

Sitzungsbericht

38. Sitzung der Tagung 2000/01 der XV. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 17. Mai 2001

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 658).
2. Mitteilung nach dem Unvereinbarkeitsgesetz und Einlauf (Seite 658).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 659).
4. Ltg. 735/A-8/27: Antrag der Abgeordneten Rosenkranz u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Arbeitsmarkt: Ausbildung statt Zuwanderung“.
Redner: Abg. Rosenkranz (Seite 662), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 665), Abg. Weninger (Seite 667), Abg. Rosenkranz (Seite 669), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 669), Abg. Präs. Schabl (Seite 670), Abg. Hinterholzer (Seite 672), Abg. Haberler (Seite 674), Abg. Kadenbach (Seite 676), Abg. Dirnberger (Seite 678).
5. Ltg. 660/G-1/11: Antrag des Kommunal-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes NÖ in Gemeinden (Marktgemeinde Ebreichsdorf; Stadterhebung).
Berichterstatter: Abg. Feurer (Seite 680).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger (Seite 681), Abg. Windholz (Seite 682), Abg. Präs. Schabl (Seite 683), Abg. Roth (Seite 683).
Abstimmung (Seite 685).
(Einstimmig angenommen.)
6. Ltg. 633/B-35/3: Antrag des Kultur-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2000.
Berichterstatter: Abg. Breiningner (Seite 686).
Redner: Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag (Seite 686), Abg. Marchat (Seite 688), Abg. Kautz (Seite 689), Abg. Mag. Fasan (Seite 691), Abg. Hiller (Seite 691).
Abstimmung (Seite 694).
(Ltg. 633/B-35/3 einstimmig angenommen; Resolutionsantrag Mag. Fasan abgelehnt.)
7. Ltg. 737/V-11/6: Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung.
Berichterstatter: Abg. Krammer (Seite 694).
Redner: Abg. Mag. Fasan mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 694), Abg. Rosenkranz (Seite 697), Abg. Kautz (Seite 698), Abg. Ing. Gansch mit Resolutionsantrag (Seite 701).
Abstimmung (Seite 704).
(Ltg. 737/V-11/6 mehrheitlich angenommen; Resolutionsantrag Mag. Fasan abgelehnt, Resolutionsantrag Ing. Gansch einstimmig angenommen.)
8. Ltg. 741/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.8 der XV. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 704).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 704), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 706), Abg. Keusch (Seite 708), Abg. Dr. Prober (Seite 712), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 713), Abg. Rupp (Seite 714), Abg. Erber (Seite 716).
Abstimmung (Seite 719).
(Einstimmig angenommen.)
9. Ltg. 736/S-5/12: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-

Pensionisten- und Pflegeheim Schrems; Abbruch des Altbestandes und Kostenerhöhung im Zuge des Neubaus.

Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 719).

Abstimmung (Seite 720).

(Einstimmig angenommen.)

10. Ltg. 722/V-11/5: Antrag des Europa-Ausschusses über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Regelungen zur Durchfüh-

rung der EU-Regionalprogramme in Österreich in der Periode 2000-2006.

Berichterstatter: Abg. Hinterholzer (Seite 720).

Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 720), Abg. Präs. Ing. Penz (Seite 722), Abg. Mag. Schneeberger mit Resolutionsantrag (Seite 723), Abg. Sacher (Seite 725), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 727).

Abstimmung (Seite 728).

(Einstimmig angenommen.)

* * *

Präsident Mag. Freibauer (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung des Landtages. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landesrat Mag. Stadler und Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine große Abordnung aus der Gemeinde Ebreichsdorf, Bürger und Gemeindevertreter mit Bürgermeister Mag. Pilz an der Spitze hier bei uns im Landtag recht herzlich begrüßen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Wir haben nach der Aktuellen Stunde den wichtigen Tagesordnungspunkt Stadterhebung der Marktgemeinde Ebreichsdorf. Liebe Ebreichsdorfer! Wir freuen uns, dass Sie da sind und das alles miterleben. Wir haben aber gleichzeitig eine Bitte: Dass Sie die Geschäftsordnung des Landtages dann einhalten. Es ist von den Besuchern her nicht erlaubt, Beifalls- oder Missfallenskundgebungen hier abzugeben. Auch wenn die Redner noch so Schönes sagen werden über Ihre Marktgemeinde. Applaus und Pfiffe und so weiter sind nicht erlaubt. Ich bitte darum. Sonst haben die Präsidenten schwere Arbeit.

Nun gelangen wir zum Tagesordnungspunkt 1: Frau Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi teilt mit Schreiben, eingelangt am 24. April 2001 mit, dass sie keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Mit Schreiben, eingelangt am 26. April 2001, gibt Frau Abgeordnete Karin Kadenbach bekannt, dass sie ebenfalls keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Ich darf das Hohe Haus um Kenntnisnahme ersuchen. Ich bringe den weiteren Einlauf dem Hohen Hause zur Kenntnis:

Ltg. 748/A-1/42 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Schittenhelm, Kadenbach u.a. betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes - und

Ltg. 749/A-1/43 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Schittenhelm, Kadenbach u.a. betreffend Änderung des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs. – Diese beiden Geschäftsstücke weise ich dem Europa-Ausschuss zu.

Ltg. 737/V-11/6 - Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung. - Dieses Stück habe ich bereits am 3. Mai 2001 dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 747/A-1/41 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 – weise ich dem Gesundheits-Ausschuss zu.

Ltg. 746/S-9 - Vorlage der Landesregierung betreffend Aufhebung des Gesetzes über die Anerkennung und Verwendung von Saatgut. - Dieses Stück weise ich dem Landwirtschafts-Ausschuss zu.

Ltg. 741/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.8 der XV. Gesetz-

gebungsperiode. - Dieser wurde am 10. Mai 2001 vom Rechnungshof-Ausschuss beschlossen und steht ebenfalls bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 744/A-1/40 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher u.a. betreffend Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992. - Dieses Stück wurde bereits am 15. Mai 2001 dem Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 745/L-30 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezugsgesetzes 1997. - Dieses Stück weise ich dem Verfassungs-Ausschuss zu.

Ltg. 736/S-5/12 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Schrems; Abbruch des Altbestandes und Kostenerhöhung im Zuge des Neubaus. - Dieses Stück habe ich bereits am 3. Mai 2001 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 738/A-4/126 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Verfehlungen von Mag. Polacek als Obmann des Landesverbandes für Schul-, Jugendspiel und Amateurtheater.

An Herrn Landesrat Gabmann:

Ltg. 739/A-5/143 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Bedeutung der Verkehrsverbindung Frankenfels Berg, Schrambach und Rotenstein in der Marktgemeinde Frankenfels für den Tourismus in dieser Region.

Ltg. 742/A-5/145 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Strategien des Bundeslandes Niederösterreich in der Technologie-, Wirtschafts- und Qualifizierungspolitik im Hinblick auf die EU-Osterweiterung.

Ltg. 743/A-5/146 - Anfrage des Abgeordneten Keusch betreffend Erhaltung der touristischen Infrastruktur am Winklinger Donauarm in der Gemeinde Ardagger.

An Landesrat Mag. Stadler:

Ltg. 740/A-5/144 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Marktgemeinde Pitten, Schwarzbau auf Liegenschaft Nr. 23/2, KG Sautern.

Alle eingelangten Anfragen wurden bereits an das jeweils zuständige Regierungsmitglied zur Beantwortung weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 634/A-4/124; von Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zu Ltg. 614/A-4/114; von Herrn Landesrat Dipl.Ing. Plank zu Ltg. 626/A-5/138 und Ltg. 657/A-5/142; von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 656/A-5/141; von Herrn Landesrat Mag. Stadler zu Ltg. 627/A-5/139 und Ltg. 740/A 5/144. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer an LH Dr. Pröll betreffend Drogen im Straßenverkehr Ltg. 634/A-4/124:

„Zur Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer, teile ich mit, dass lediglich die Fragestellungen 4 und 6 den Bereich der Landesvollziehung betreffen. Die anderen Fragestellungen beziehen sich auf den Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung und unterliegen als solche nicht dem Anfragerrecht gemäß der niederösterreichischen Landesverfassung und gemäß der Geschäftsordnung des niederösterreichischen Landtages. Zur Fragestellung 4 ist zu bemerken, dass nach der StVO als Maßnahme das Lenkverbot gemäß § 59 StVO für Fahrzeuge, die ohne besondere Berechtigung gelenkt werden dürfen, in Frage kommt. Wie viele derartige Lenkverbote verfügt wurden, kann mangels gesicherten

Datenmaterials nicht ausgesagt werden. Gleiches gilt in Bezug auf die Fragestellung 6, auch hier können keine konkreten Angaben über die Anzahl eingebrachter Anzeigen – wie auch erfolgter Bestrafungen – gemacht werden, da darüber keine Statistiken vorliegen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LHStv. Prokop betreffend etwaige Förderung Musikwirthaus „Schwarzer Adler“, Ltg. 614/A-4/114:

„Zur Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek vom 13. März 2001, Ltg. 614/A-4/114, betreffend etwaige Förderung Musikwirthaus ‚Schwarzer Adler‘ darf ich folgendes mitteilen:

Der Ankauf des Euphonions wurde aus Mitteln der Kulturabteilung nicht gefördert und wird auch zukünftig nicht gefördert werden. Daher erübrigt sich die Beantwortung der Fragen 2 – 4.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger an LR Dipl.Ing. Plank betreffend Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes, Ltg. 626/A-5/138:

„In Niederösterreich stehen für Naturschutzprojekte im Rahmen des Österreichischen Programms zur Entwicklung des ländlichen Raumes im Jahr 2001 insgesamt öffentliche Mittel in der Höhe von S 60,1 Mio. zur Verfügung. Diese Mittel betreffen das ÖPUL 2000 (S 47 Mio.), die Berufsbildung (S 4,1 Mio.) und Naturschutzprojekte im Rahmen von Artikel 33 (S 9 Mio.).

Beim ÖPUL erfolgt die Genehmigung der Projekte durch die Abteilung Naturschutz. An der Abwicklung ist auch die AMA als zuständige Zahlstelle beteiligt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der agrarischen Förderung aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln.

Die Naturschutzprojekte im Bereich der Berufsbildung werden ebenfalls aus agrarischen Förderungsmitteln (Bund, Land, EU) finanziert. Die Bewilligung erfolgt durch die Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Naturschutz.

Die bewilligende Stelle für Naturschutzprojekte im Rahmen des Artikels 33 ist die Abteilung Naturschutz. Die Finanzierung erfolgt aus EU-Mitteln und Mitteln der Abteilung Naturschutz.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an LR Dipl.Ing. Plank betreffend Auswirkungen von Natura 2000 auf den Agrarsektor im Bundesland Niederösterreich, Ltg. 657/A-5/142:

„Angelegenheiten des Naturschutzes und damit der geplanten ‚Natura 2000 Gebiete‘ fallen nicht in den mir nach der Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung zugewiesenen Zuständigkeitsbereich.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an LR Gabmann betreffend die Auswirkungen von Natura 2000, Ltg. 656/A-5/141:

„Gemäß § 2 Abs. 1 III Z 1 der Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung fällt der Naturschutz in die Zuständigkeit von Frau LH-Stellvertreter Heidemaria Onodi. Die nach dem EG-Recht vorgesehenen Meldungen von Natura 2000-Gebieten werden im Rahmen des Naturschutzrechtes (§ 9 NÖ Naturschutzgesetz 2000) vorgenommen, sodass diese Angelegenheit nicht in meine Zuständigkeit fällt.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an LR Mag. Stadler betreffend „Wasserversorgungsanlage Kautzen, hygienische Probleme“, Ltg. 627/A-5/139:

„Zu den Fragen 1 und 2:

Ist der Gewässeraufsicht der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen/Thaya bekannt, daß in der vergangenen Zeit wiederholt illegale Klärschlammablagerungen im Bereich Radschin stattgefunden haben?

Welche Veranlassungen wurden von der Gewässeraufsicht der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen/Thaya diesbezüglich unternommen?

Bereits im Jänner 2000 wurde der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen an der Thaya vom Anfrager mitgeteilt, daß in Radschin (Gemeinde Kautzen) einige Fuhren Klärschlamm abgelagert worden sind. Eine Überprüfung durch die Technische Gewässeraufsicht hat ergeben, daß es sich bei dieser Klärschlammablagerung um eine Zwischenlagerung nach einem technischen Gebrechen eines Transportfahrzeuges gehandelt hat. Dieser Klärschlamm wurde in der Folge nicht auf landwirtschaftlichen Flächen aufgebracht, sondern zur Kompostanlage Kautzen verbracht. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wohin dieser Klärschlamm ursprünglich hätte verbracht werden sollen. Sons-

tige für Klärschlamm gehaltene Lagerungen stellten sich bei der Überprüfung durch die Gewässeraufsicht als Stallmistlagerungen dar.

Im Jänner 2001 wurde im Wege des Bundesministeriums für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft die Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlich genutzten Flächen anonym angezeigt. Seitens der Technischen Gewässeraufsicht der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen/Thaya sowie der Zentralen Gewässeraufsicht der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung wurden am 29. Jänner 2001 sowie 30. Jänner 2001 lokale Überprüfungen der Wasserversorgungsanlage Kautzen, im besonderen im Bereich des Wasserspenders ‚Zeinerquelle‘ durchgeführt.

Im Zuge dieser Überprüfung wurden auch Probenahmen zur Feststellung der Wasserqualität des betreffenden Wasserspenders sowie zur Feststellung eines eventuellen Einflusses von Klärschlämmen, Festmist, Kompost sowie Klärschlammkompost gezogen. Es konnte ortsaugenscheinlich kein Anhaltspunkt für die Aufbringung von Schlämmen auf den betroffenen landwirtschaftlich genutzten Flächen festgestellt werden, jedoch wurden bauliche Mängel an der Quellfassung sowie der Umgebung der ‚Zeinerquelle‘ festgestellt.

In der Folge wurde am 19. Februar 2001 eine wasserrechtliche Verhandlung durchgeführt, wobei die nunmehr mit Bescheid vom 1. März 2001 der Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung aufgetragenen Sanierungsmaßnahmen festgelegt wurden.

Zu der in der anonymen Anzeige vom 20. Jänner 2001 erwähnten Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlich genutzten Flächen wurde im Zuge dieser Verhandlung von der Technischen Gewässeraufsicht der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen/Thaya sowie des wasserbautechnischen Amtssachverständigen folgendes ausgeführt:

„Bei den durchgeführten Ortsaugenscheinen im mutmaßlichen Einzugsgebiet der Wasserfassungen der Marktgemeinde Kautzen konnten auf den landwirtschaftlichen Flächen keine Hinweise für eine Ausbringung von in der Anzeige nicht näher definierten ‚giftigen Schlämmen‘ gefunden werden. Auch bei der vorgenommenen umfassenden Analyse der Quellwässer der ‚Zeinerquelle‘ und des vorbeifließenden Grabens konnten keine signifikanten Hinweise auf Klärschlamm oder ähnliche, gewässerbeeinträchtigende Substanzen, festge-

stellt werden. Aus fachlicher Sicht entsprechen die enthaltenen Wasserinhaltsstoffe dem normalen ortstypischen Chemismus von Grundwässern aus gemischtem Einzugsgebiet.“

Zu den Fragen 3 und 4:

Kann von der Wasserrechtsbehörde ausgeschlossen werden, daß die hygienischen Probleme der Wasserversorgungsanlage Kautzen durch diese illegalen Klärschlammausbringungen verursacht wurden?

Sind derartige Ausbringungen grundsätzlich geeignet, das Grundwasser und die damit verbundene Wasserversorgung zu beeinträchtigen?

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß die Aufbringung von Klärschlamm unter Berücksichtigung der Standortgegebenheiten zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers und der damit verbundenen Wasserversorgung führen kann. Dies gilt auch für die hygienischen Probleme der Wasserversorgungsanlage Kautzen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Mag. Stadler betreffend „Marktgemeinde Pitten, Schwarzbau auf Liegenschaft Nr. 23/2, KG Sautern“, Ltg. 740/A-5/144:

„Zu Frage 1:

Ist es zulässig, eine Baubewilligung zu erteilen, wenn die antragsgegenständliche Liegenschaft als Grünland gewidmet ist?

Gemäß § 20 NÖ Bauordnung 1996 hat die Baubehörde bei Anträgen auf Baubewilligung zu prüfen, ob dem Bauvorhaben die im Flächenwidmungsplan festgelegte Widmungs- und Nutzungsart des Baugrundstückes entgegensteht. Ist dies der Fall, darf eine Baubewilligung nicht erteilt werden.

Für nach § 15 leg.cit. bloß anzeigepflichtige Vorhaben gilt, daß, wenn das angezeigte Vorhaben den Bestimmungen des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 widerspricht, die Baubehörde das Vorhaben mit Bescheid zu untersagen hat.

Im Grünland ist die Erteilung von Baubewilligungen grundsätzlich nicht zulässig. Ausnahmen bestehen beispielsweise für erhaltenswerte Bauten im Grünland.

Zu Frage 2:

Wurde die Gemeinde Pitten seitens des Amtes der NÖ Landesregierung auf die Raumordnungsproblematik in Bezug auf die NÖ Bauordnung hingewiesen?

Im anfragegegenständlichen Fall wurde die Marktgemeinde Pitten davon in Kenntnis gesetzt, daß die Liegenschaft Nr 23/3, KG Sautern im rechtsgültigen Flächenwidmungsplan als Grünland gewidmet und sich laut Gefahrenzonenplanung innerhalb des Hochwasserabflußbereiches der Pitten befindet. Dieser Sachverhalt wurde am 5. Juni 2000 im Gemeindeamt Pitten von Sachverständigen des Amtes der NÖ Landesregierung festgehalten und von den anwesenden Gemeindevertretern zur Kenntnis genommen. Daß diese Liegenschaft nicht als Bauland gewidmet werden darf, wurde dem Bürgermeister der Marktgemeinde Pitten am 29. Juni 2000 von der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der NÖ Landesregierung schriftlich mitgeteilt.

Ungeachtet dessen wurde im Juli 2000 um die Errichtung eines Einfamilienhauses mit anschließendem Gebäude für eine Tierarztpraxis auf dem anfragegegenständlichen Grundstück angesucht. Im August 2000 wurde dieses Ansuchen mit Bescheid des Bürgermeisters der Marktgemeinde Pitten vom 9. August 2000 bewilligt.

Zu den Fragen 3 und 4:

Erachten Sie die Vorgehensweise des Bürgermeisters der Marktgemeinde Pitten für gesetzeskonform?

Wenn nein, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen?

Die Vorgehensweise des Bürgermeisters der Marktgemeinde Pitten ist nicht als gesetzeskonform zu qualifizieren. Die Erteilung einer Baubewilligung für ein auf dieser Liegenschaft geplantes Vorhaben begründet nach Ansicht der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der NÖ Landesregierung den Verdacht der Begehung des Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt nach § 302 StGB, da die Baubehörde nachweisbar wesentlich, entgegen dem geltenden Flächenwidmungsplan und damit in Übertretung der einschlägigen Bestimmungen der NÖ Bauordnung 1996 den Bauwerbern eine Baubewilligung erteilt hat, diese damit begünstigt hat und das Land Niederösterreich bzw. die Marktgemeinde Pitten in deren Interesse auf Einhaltung der oben angeführten landesrechtlichen Vorschriften verletzt hat.

Ich habe daher die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der NÖ Landesregierung angewiesen, diesen Sachverhalt der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft zur Kenntnis zu bringen.“

Präsident Mag. Freibauer: Weiters eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Rosenkranz u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagsitzung am 17. Mai 2001 zum Thema „Arbeitsmarkt: Ausbildung statt Zuwanderung“, Ltg. 735/A-8/27. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagsitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag nun zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Wir kommen daher zur Aktuellen Stunde. Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 35a Abs.6 der Geschäftsordnung die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten und die der übrigen Redner auf 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, dass eine Minute vor Ende der Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit, da sind dann die Minuten – 10 oder 15 – schon um, leuchtet das Licht ohne zu blinken. Und dann sollte die Rede wirklich beendet werden. Ansonsten muss der Präsident hiezu ermahnen dass die Rede beendet wird. Ich ersuche Frau Abgeordnete Rosenkranz als erste Antragstellerin zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Rosenkranz (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die letzten Jahre, wenn nicht beinahe schon Jahrzehnte haben wir das Thema Arbeitsmarkt vor allem unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsplatzbeschaffung diskutiert. Vor einigen Monaten nun, heuer im Herbst, hat sich das plötzlich - und eben wirklich sehr plötzlich, was auch ein interessanter Aspekt ist - hat sich das Thema plötzlich in eine ganz andere Richtung gewandelt. Plötzlich war die Rede von einem Arbeitskräftemangel und wie dem zu begegnen sei. Es hat also eine Reihe von Zahlen gegeben, 7.000 Schlüsselarbeitskräfte fehlen, dann kam die WIFO-Studie: 165.000 Arbeitskräfte fehlen im Allgemeinen. Heute lesen wir von einem im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft erscheinenden Gutachten das von 17.500 Arbeitskräften im Jahr 2002 spricht. Nicht berücksichtigt wurden in diesem Zahlenlotteriespiel, dass zum Beispiel zur gleichen Zeit zwei Studien herausgekommen sind, die von einer erheblichen Zuwanderung im Zuge der EU-Osterweiterung gesprochen haben: Die Studie der Dresdner Bank und die sogenannte IFO-Studie, eine Studie, die für das

bundesdeutsche Bundesministerium für Arbeit erstellt worden ist. Eines aber ist in diesem verwirrenden Zahlenspiel doch ganz klar durchgekommen: Die politische Botschaft nämlich, wir brauchen mehr Zuwanderung. Und ich darf hier gleich zu Beginn meiner Ausführungen deponieren, wir sehen das nicht so. Österreich und Niederösterreich ist kein Einwanderungsland! Und es gibt gute Gründe, dass das auch so bleiben soll! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf Ihnen meine Argumente darlegen. Klar ist, dass durch den Geburtenmangel der letzten Jahrzehnte – das begleitet uns ja schon seit den Sechzigerjahren – jetzt ein Zustand erreicht ist, den man auch prognostizieren konnte. Wir haben Probleme, unseren Sozialstaat und auch unseren Wirtschaftsstandard aufrecht zu erhalten. Das ist längst bekannt. Und es ist, und das ist ganz wichtig, das einmal festzuhalten, das Ergebnis falscher politischer Entscheidungen.

Doch jetzt nach Zuwanderung zu rufen anstatt diese falschen politischen Entscheidungen zu überdenken und zu korrigieren, das ist der völlig falsche Weg. Das hieße nämlich, auf den ersten Fehler einen zweiten draufzusetzen. Und langfristig einfach falsche Strukturen zu perpetuieren. Und kurzfristig - und das, glaube ich, lässt sich auch sehr gut zeigen und das ist ein sehr interessanter Aspekt - bringt Zuwanderung nämlich volkswirtschaftlich gesehen ganz genau nichts. Der erhoffte Gewinn bleibt aus.

Ich darf auf die von mir bereits angesprochene Studie aus München verweisen, die feststellt, dass während der ersten zehn Jahre der durchschnittliche Zuwanderer um 30.000,- Schilling mehr im Jahr an öffentlichen Leistungen in Anspruch nimmt als er an Steuern, an Sozialabgaben einzahlt. Die Frage, ob wir Zuwanderung brauchen um unseren Wohlstand zu sichern ist völlig falsch gestellt. Die Frage stellt sich in Wirklichkeit ganz anders: Können wir uns Zuwanderung überhaupt leisten? Und ich denke, wenn man ein bisschen überlegt, wer sich so stark dafür ausspricht, da sieht man ja schon – cui bono - wem es nützt. Einzelnen nützt es natürlich. Nur gesamtwirtschaftlich gesehen ist es ein Verlust und keine Gewinn.

Es ist vor allem die Wirtschaftslobby der ÖVP, die hier ganz starken Druck macht. Und es ist schon richtig, dass, wer den Arbeitsmarkt weiter unter Druck hält, natürlich ein Angebot an Billig-Lohnarbeitern vorfindet. Dem Einzelnen mag das nützen. Der Wirtschaft im Gesamten - die sozialen Folgekosten dieser Politik haben wir alle zu tragen - der Wirtschaft im Gesamten bedeutet dies einen schweren Verlust. Und ich habe den Verdacht,

dass man unter dem Vorwand des Arbeitskräftemangels eigentlich hauptsächlich Billig-Lohnarbeiter ins Land importieren möchte und darauf verzichten möchte, selber in Ausbildung zu investieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich stelle hiermit ganz klar fest, mit den Freiheitlichen wird das nicht gelingen! Wir können uns da übrigens auch auf das Regierungsabkommen berufen, das feststellt, dass die Zuwanderungsquote nicht erhöht werden soll. Und ich bin überzeugt davon, dass sich bei uns niemand davon entfernen wird. Es gilt vielmehr, das Problem im eigenen Land zu lösen. Und das kann man an drei Punkten ganz gut festmachen. Das erste ist, wir haben nun einmal wenig Leute. Das haben wir selbst verursacht, wir müssen mit den vorhandenen Ressourcen auskommen. Und da gibt es Ressourcen. Wir haben nach wie vor eine Arbeitslosigkeit von knapp 200.000. Was ist mit diesen Leuten? Können wir die nicht reaktivieren? Ich finde es inhuman und unverträglich, diese 200.000 Leute so quasi als „Ausschuss“ zu bezeichnen mit denen wir uns nicht ablagen wollen. Die sind nicht resozialisierbar, die lassen wir einfach. Wir holen uns Neue, mit denen wir uns leichter tun. Das ist sicher nicht der Weg den wir gehen wollen!

Es gibt überdies mittlerweile eine ganz starke Tendenz, die auch zu hinterfragen ist. Ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse sind sogenannte atypische Arbeitsverhältnisse. Mir ist bewusst, dass Teilzeitarbeit usw. in bestimmten Lebenssituationen sehr erwünscht sein kann. Aber diese hohe Zahl gibt doch ein bisschen Anlass zu Verwunderung. Und es ist zu hinterfragen, ob es sich hier wirklich immer um freiwillige atypische Arbeitsverhältnisse handelt.

Der zweite Punkt: Wir haben sehr viele ältere Arbeitnehmer, wenn sie Glück hatten, mit dem sogenannten „Golden Handshake“, wenn das nicht so gut abgelaufen ist dann vor allem durch Mobbing und schlicht und einfach Kündigung aus dem Arbeitsleben selbst vertrieben. Auch da wird es gefragt sein, nicht so locker auf die Erfahrung und den großen Vorsprung, den eine jahrelange Berufslaufbahn bietet, zu verzichten. Es wird wichtig sein, ältere Arbeitnehmer, wenn sie dies wollen, länger im Arbeitsprozess zu halten. *(Abg. Kautz: Weiß das die Firma auch? Weiß das zum Beispiel auch der Prinzhorn?)*

Ich sage es hier und ich hoffe, dass es eine breite mediale Öffentlichkeit findet und dass es dort hinkommt wohin es gemeint ist.

Und das Dritte ist die Frage des Wiedereinstiegs von Frauen in die Berufsphase. Es ist geradezu absurd, dass man einerseits versucht, die

Mütter kleiner Kinder, von denen man weiß, dass ein großer Prozentsatz sich gerne ihren kleinen Kindern widmen möchte, auf den Arbeitsmarkt zu drängen, während man die Frauen dann, wenn diese Phase vorbei ist, wenn sie 40 sind, einfach als zu alt, aus dem Arbeitsprozess herausen, den Anschluss nicht mehr gefunden, vom Arbeitsmarkt fern hält. Da wird man sich sicher einiges einfallen lassen müssen. Und ich begrüße es sehr, dass die Bundesregierung hier ein Arbeitsprogramm gestartet hat.

Punkt 2 ist, wir müssen langfristig natürlich schauen, dass wir Kinder so fördern, dass wir davon genügend haben. Und da ist dem ehemaligen Familienminister Bartenstein - ist ja geradezu grotesk - wirklich eine Abfuhr zu erteilen. Der Familienminister, der übrigens am Familienfest, das war, glaube ich, wirklich der 24. Dezember, den Familien hat ausrichten lassen heuer, es gibt keine geburtenfördernde Familienpolitik und gäbe es sie, wolle er sie nicht. Seltsames Bekenntnis, man wundert sich nicht über den mangelnden Erfolg der Familienpolitik eines ehemaligen Familienministers. Dem ist zu widersprechen.

Der Zusammenhang zwischen politischen Entwicklungen und dem demographischen Verhalten ist sehr wohl sehr genau bekannt. Und wir haben das hier schon öfters erwähnt: Wenn man die jungen Leute fragt, wieviel Kinder sie gerne hätten, so kommt man hochgerechnet auf eine Zahl von 2 - wunderbar, alles bestens. Wenn man dann anschaut, wie der Kinderwunsch verwirklicht wird, dann kommt man eben auf diese bestürzende Zahl von 1,3. Und genau diese Diskrepanz ist das Versäumnis der Politik. Und wenn wir uns nicht so weit finden, dass wir die Situationen so legen, dass Kinder erziehen keinen erheblichen auch wirtschaftlichen Nachteil mehr bedeutet, dann brauchen wir uns nicht zu wundern wenn die Leute den ökonomischen Bedingungen Rechnung tragen und eben einfach auf Kinder verzichten. Da haben wir sicher einiges zu tun.

Und das Dritte ist die Frage der Ausbildung. Und da sind wir ja auch genau bei diesen 7.000 Schlüsselkräften, die vor allem - so heißt es - in der IT-Branche fehlen. Wenn ich mir anschau, was da alles gesprochen wird, wessen man sich rühmt - Bildungsoffensive, Technologiemilliarde - so stelle ich schlicht und einfach auf Grund des Mangels fest, es hat nicht gegriffen. Und es wundert mich auch nicht. Wie ich mich hier für diese Aktuelle Stunde vorbereitet habe, habe ich mir eine Reihe von Bezirksstellen des AMS durchrufen lassen. Und ich kam zu dem Ergebnis, es gibt zur Zeit in Niederösterreich nicht eine einzige offene Lehr-

stelle für EDV-Techniker. So ist das! Die Nachfrage der Jugendlichen ist enorm, das Angebot an Ausbildung ist völlig mangelhaft. Es gibt keinen einzigen Lehrplatz. Es gibt in Niederösterreich keine einzige öffentliche berufsbildende mittlere Schule mit diesem Schwerpunkt. (*Abg. Hinterholzer: St. Pölten!*)

Obwohl St. Pölten, die HTL St. Pölten, vor kurzem einen Antrag gestellt hat, parallel zu der Höheren Technischen Lehranstalt eine Fachschule einzurichten ist dieser Antrag abgelehnt worden. Es gibt keine einzige berufsbildende mittlere Fachschule mit diesem Schwerpunkt. Es gibt eine Schule in Korneuburg, die diese Ausrichtung hat, das ist eine Privatschule. Es gibt sonst nur Schulen, die sich schön langsam zu einem Schwerpunkt bequemen. Es gibt sie nicht! (*Abg. Hinterholzer: Landesberufsschule Amstetten! - LHStv. Prokop: Mödling auch!*) Ich habe mich wirklich ganz genau erkundigt. Es kommt darauf an, wie man das Profil definiert. Wenn Sie mit Fachleuten sprechen wird das bestätigt. Es gibt diese einschlägigen Schulen nicht. Und wenn es schon nicht gelingt - und das sollte übrigens aber auch gelingen -, die Wirtschaft davon zu überzeugen - wer nicht in die Saat investiert und in die Ausbildung investiert, der braucht sich nicht wundern wenn er dann nicht ernten kann, nämlich keine Fachkräfte hat, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaft dazu zu bringen, hat zumindest die Politik einzugreifen und im Bereich der Schulen auf diesem Sektor für Ersatz zu sorgen. Und dieser relative Mangel, der nach oben hin zwar schwächer wird aber auch besteht, setzt sich eben im Bereich der HTLs - zwei haben wir, der Ansturm ist enorm, es könnten mehr sein - und auch im Bereich der Fachhochschulen fort.

Und ich wundere mich auch nicht, dass die Wirtschaft also nicht mit übertrieben großem Ehrgeiz daran geht, Lehrstellen zu schaffen. Denn grundsätzlich ist das Klima in Niederösterreich entgegen dem, was immer wieder behauptet wird, nicht besonders innovativ und innovationsfreundlich. Und ich verweise auf die ECO-Plus-Studie Telematik, die nicht zu Unrecht, das hat einen guten Grund gehabt, dass sie vor der Nationalratswahl 1999 zurückgehalten worden ist. Ich darf Ihnen nur zwei Sätze vorlesen aus der Zusammenfassung, die bestürzende Prognosen für die Osterweiterung erlauben. Da geht es um Telematik, Telekommunikation und Informatik, das ist der Zusammenhang: Im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union wurde in den Studien des Wald- und Weinviertels auch das benachbarte Ausland, im Konkreten Südmähren, Westslowakei, Südböhmen mit einbezogen. Interessant ist hier vor allem die relativ gute Telematik-Ausstattung der Betriebe im angrenzenden Aus-

land. Dort hat man die Stunde Null genützt. Tatsache ist, dass die mittlerweile besser ausgestattet sind als wir. Und das zweite: Andererseits ist die Ausstattung mit Telematik-Hilfsmitteln in niederösterreichischen Betrieben sehr niedrig. Auch die Ausbildung und das Know How der vorwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierten Betriebe auf diesem Sektor ist sehr gering.

Es wundert mich nicht, dass niemand großes Interesse hatte, das vor einer Nationalratswahl bekannt zu geben. Also im Bereich Bildungsoffensive und Technologiemilliarde, da gilt es schon wirklich erst einmal diese Schlagwörter mit Leben zu erfüllen.

Wenn wir das ernst nehmen und wirklich versuchen hier aufzuholen was bis jetzt versäumt wird, dann können wir das, was wir hier wollen, verwirklichen. Nämlich Ausbildung statt Zuwanderung. Es dreht sich hier ja um eine Grundsatzentscheidung und das sollte man dann eben schon sehr ernst nehmen. Zuwanderung: Einwanderungsgesellschaften sind in ihrem Kern harte Gesellschaften. Sie sind Ellbogengesellschaften. Sie sind ganz besonders unsolidarisch. Es ist ganz besonders schwer, sozialstaatliche Maßnahmen in Einwanderungsgesellschaften durchzusetzen. Jeder kennt das Beispiel Amerika. Und ich darf noch einmal auf diese IFO-Studie zurückkommen. Da steht auch ein Ratschlag. Es ist ja zuerst gesagt worden, kurzfristig bringt Einwanderung nichts. Denn was ein durchschnittlicher Zuwanderer aus dem öffentlichen Topf heraus nimmt ist weitaus mehr als er hinein zahlt. Aber es ist ein Ratschlag, wie die bundesdeutsche Regierung doch einen kurzfristigen Nutzen aus der Zuwanderung ziehen könnte. Das Wort dazu heißt selektiv verzögerte Integration. Und gemeint ist damit, dass man Zuwanderer in den ersten Jahren von sozialstaatlichen Leistungen ausschließt. Das wird hier ernsthaft diskutiert. Nur wenn man das macht dann hat man einen Profit.

Und da ist auch ganz klar dargelegt: Entweder Sozialstaat oder Einwanderungsgesellschaft. Und jeder muss es für sich überlegen. Wir haben uns hier ganz klar entschieden, Ausbildung statt Zuwanderung! Wir wollen, dass Österreich ein Sozialstaat bleibt und lehnen es deshalb ab, dass es eine Einwanderungsgesellschaft wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir haben hier soeben von der Frau Klubobfrau Rosenkranz einmal mehr den bösen Ausländer mit seiner schlimmen Fratze vorgeführt bekommen. Diesmal nicht im Kleid des Illegalen, der über die Grenze marschiert, sondern im offenbar mindestens so bedrohlichen Outfit des Facharbeiters oder im Anzug des Computertechnikers.

Die Polemik in der Formulierung des Titels für diese Aktuelle Stunde lässt ja schon Rückschlüsse auf die Motive zu. Es geht nicht um „welche Art der Zuwanderungspolitik wollen und brauchen wir“, und „welche Art der Ausbildungs- und Weiterbildungspolitik wollen und brauchen wir“, sondern es wird fadenscheinig ausgespielt gegeneinander als könnte man nur entweder Ausbildung oder Zuwanderung durchführen und nicht beides gleichzeitig. Damit entlarvt sich das Motiv selbst. Und man möchte schon gar nicht mehr darauf eingehen, wenn nicht noch jetzt am Schluss ein besonders merkwürdig formulierter Ausspruch gefallen wäre, um das einmal höflich zu formulieren.

Wer sich allen Ernstes hier herstellt und sagt, entweder Sozialstaat oder Einwanderungsgesellschaft ist erstens historisch, politisch und geographisch mehr als schlecht bewandert. Vielleicht schauen Sie einmal nach Skandinavien, wo beides gleichzeitig geht. Und die politologische Untersuchung, dass zum Beispiel die Einwanderungsgesellschaft in der USA wegen der Einwanderungen ein anderes Sozialsystem hätte als das österreichische, also das ist vermutlich im ersten Semester Politikwissenschaften bereits stark zurückzuweisen und von jedem Anfänger zu argumentieren. Ich weise es daher als eine fast schon dumpfe Rhetorik des Schürens von Ängsten und Unsicherheiten zurück, denn in keiner Art und Weise ist eine solche Aussage haltbar!

Wenn wir jetzt zum Thema kommen, und ich bin ja gespannt wie die Frage cui bono in meinem Fall dann beantwortet wird wenn ich mich für eine geordnete Zuwanderung ausspreche. Weil ich habe weder einen Konzern noch bin ich Mitglied der ÖVP Wirtschaftslobby, wenn es eine solche noch gibt. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Mag. Schneeberger: Was nicht ist kann noch werden! Sie können sich ja verbessern! Man ist ja lernfähig!)* Na wenn, dann eine grüne Wirtschaftslobby. Und

das schaut dann eindeutig anders aus als die ÖVP-Wirtschaftslobby. *(Beifall bei den Grünen.)*
Und mit Ihrem Minister Bartenstein werde ich sicher nicht so schnell mithalten können.

Zum Thema Arbeitsmarkt, Ausbildung und Zuwanderung, denke ich, ist zuerst einmal ein klarer und von Vorurteilen unverstellter Blick auf die Bedürfnisse unserer Gesellschaft notwendig. Und wir kennen alle die demographische Entwicklung, die ja nicht nur Österreich trifft, sondern ein Merkmal der Industriegesellschaften in einem hier durchaus relativ dicht besiedelten Gebiet dieser Erde ist.

Wir stellen fest, und die Zahlen wurden genannt, ich wiederhole sie nicht, Sie kennen sie auch alle, dass wir uns auf einen Arbeitsmarkt zu bewegen wo weniger Arbeitskräfte im Überschuss vorhanden sind, sondern zumindest in bestimmten Bereichen ein Mangel herrschen wird oder schon herrscht. Ich nehme das mit einem Quäntchen Vorsicht, weil wir nicht übersehen sollten, dass dabei auch ein Trend verschleiert wird, dass McJobs, geringfügig Beschäftigte und schlecht abgesicherte und atypische Beschäftigungsverhältnisse zunehmen im Vergleich zu den sogenannten „normalen“ Arbeitsverhältnissen. Das heißt, man sollte das nicht nur mit der rosaroten Brille sehen. Aber tendenziell kann man davon ausgehen, dass Europa, Mitteleuropa, damit auch Österreich, etwa das nachvollziehen wird, was wir in Holland schon haben, nämlich einen Arbeitskräftemarkt im oberen Segment, im mittleren und oberen Segment, wo die Arbeitssuchenden sich die Jobs aussuchen können statt umgekehrt. Das erfordert natürlich einen ganzen Bereich Maßnahmen im Ausbildungssektor auf den ich noch zu sprechen komme.

Der zweite deutliche Trend, den wir feststellen und der seit Jahren auch die bundespolitischen Weichenstellungen befasst, ist die Frage der Absicherung des Pensionssystems. Und hier frage ich mich, welche angebliche Sozialpolitik denn die FPÖ vertreten will, wenn sie im Klartext sagt, es kommt überhaupt keine Zuwanderung in Frage. Alles, was jenseits der Grenze zu uns herein will ist grundsätzlich abzulehnen. Da sollen die Leute lieber bis 65 oder 70 arbeiten. Das kann es ja wohl nicht sein! Erklären Sie das einmal einem Facharbeiter, der gesundheitliche Probleme hat, dass er jetzt noch fünf Jahre oder vielleicht irgendwann einmal noch länger arbeiten soll, nur weil Sie ja gar keinen ausländischen Arbeiter hier in Österreich haben wollen. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Waldhäusl: Wer hat das gesagt?)*

Das, was wir allerdings eindeutig feststellen müssen - vielleicht kann sich das rechte Lager

dann wieder ein bisschen beruhigen dabei rhetorisch - ist, dass wir in der Ausbildungspolitik, in der Bildungspolitik mit Versäumnissen der Vergangenheit zu kämpfen haben. Wir kennen alle jene Schwierigkeiten, die die Wirtschaft heute hat, im IT-Bereich entsprechend qualifizierte Kräfte schon heute zu finden. Und da hilft es nichts wenn jetzt sich vielleicht einige wenige Frauen, über das Kindergeld verlockt, zu weiteren Geburten anregen lassen. Das hilft für die IT-Jobs, die heute schon offen sind nichts wenn vielleicht in 20 Jahren ausgebildete Kinder diese Jobs annehmen können. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Eine Fußnote da vielleicht: Mit der Frauenpolitik, die vor allem von der FPÖ vorangetrieben wird, sehe ich nicht, wie tatsächlich eine positive Motivation entstehen soll, bei dieser praktischen Unvereinbarkeit von Beruf und Familie tatsächlich sich für Kinder zu entscheiden. Sie machen es jungen Familien, Männern und Frauen immer schwerer, tatsächlich ihr berufliches Leben zu vereinbaren mit einem Familienleben. Das ist ein bisschen doppelbödig was Sie hier betreiben. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Das wissen Sie aus der Praxis! – Unruhe bei der FPÖ.)*

Und wenn wir schon dabei sind und Sie eh gerade aufpassen: Die Ausbildungspolitik, die unter dieser Regierung betrieben wird ist ja auch nicht gerade eine, die dazu beitragen wird, qualifiziertes Personal heranzubilden. Denn es wird gekürzt. Es werden Studiengebühren eingeführt, es wird überall in den höheren Bildungswegen gekürzt und eingespart. Und es gibt eine Umschichtung der Gelder, weg von den Jugendlichen, weg von den Auszubildenden, hin zu den Kleinstkindern. Das heißt, von null bis drei Jahren soll es verstärkt Geld geben. Der Effekt ist, dass die Frauen in der Zeit dann auch leichter zu Hause bleiben. Von wegen, Potenziale für den Arbeitsmarkt erschließen. Und am anderen Ende, dort, wo tatsächlich Qualifikation für den Arbeitsmarkt aufgebaut werden soll, spart diese Bundesregierung. Das ist eindeutig abzulehnen. Bei geordneter Zuwanderung hin oder her, diese Ausbildungspolitik ist eine verkehrte! *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Und letzter Punkt, was ist denn bitte derartig schlimm an der Zuwanderung? Was ist schlimm an einer geordneten Zuwanderung bei entsprechender Integration, die man ihnen österreichischerseits auch ermöglicht und nicht aufzwingt, wie es ja manche skurrile Ideen auch schon gegeben hätte. Was ist denn so schlimm, wenn ein Mensch, der jenseits der March geboren ist, diesseits der March sich ansiedeln will? Ist das schlimmer als wenn ich sage, ich möchte jetzt 10 Jahre lang in London leben? Also was ist diese Hetze gegen die Zuwan-

derung, die hier betrieben wird in Wirklichkeit? Es ist das Schüren von Feindbildern, mit denen eine etwas in Bedrängnis geratene Partei versucht, eines ihrer alten Rezepte wieder zu beleben. Dazu ist das Thema wirklich zu schade! *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir fordern daher seitens der Grünen eine Offensive im Ausbildungs- und Weiterbildungsbe- reich. Gerade in jenen Bereichen, wo wir heute noch Defizite haben, zum Beispiel im Facharbeiter- bereich, zum Beispiel im IT-Bereich, aber auch im Bereich der Beschäftigungsrate von Frauen. Das ist gerade in Niederösterreich in den Grenzregionen ein wichtiges Thema, wo wir immer wieder schon Versprechungen gehört haben, dass es eine Bil- dungsoffensive in der Grenzregion spezifisch für Frauen geben soll. Ich warte noch immer darauf. Wir haben dort tatsächlich Probleme. Und wir for- dern zweitens neben dieser Ausbildung einen vernünftigen Umgang, eine vernünftige Diskussion über eine geordnete Zuwanderung, die nicht nur im Interesse der Wirtschaft gesehen werden soll, son- dern vor allem im Interesse der Menschlichkeit gesehen werden soll.

Im Übrigen bin ich der Meinung, in Nieder- österreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gemel- det hat sich Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. Weninger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Eingangs möchte ich eine Anmerkung der Frau Abgeordneten Rosenkranz mit aller Vehemenz zurückweisen: Wenn sie als Hinweis auf das in Österreich vorhandene Arbeitslosigkeitspotential davon spricht, diese Gruppe der Arbeitslosen sei nicht resozialisierbar. Dieser Ausdruck, der von Ihnen verwendete Ausdruck, unterstellt jedem Österreicher und jeder Österreicherin, die arbeitslos ist, entweder aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie von ihrer Firma auf Grund des Alters scheinbar nicht mehr gebraucht werden, dass sie asozial seien. Diesen Ausdruck haben Sie ver- wendet und das möchte ich auf das Schärfste zu- rückweisen. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Unruhe bei der FPÖ.)*

Überhaupt ist das, was uns die Freiheitliche Partei heute als Thema dieser Aktuellen Stunde serviert, längst gesellschaftlich und wirtschaftspoli- tisch nicht mehr Realität, was sogar die Frau Abge- ordnete Rosenkranz einleitend zugestanden hat.

Wir haben doch viele Jahre lang darüber diskutiert, wieviel Zuwanderung unser Land verträgt und fin- den uns heute im Rahmen einer internationalen Debatte vor der Fragestellung, wieviel Zuwande- rung unserer Land braucht, wieviel Zuwanderung andere Staaten brauchen. Tatsache ist, und es wurde angesprochen, dass es verschiedene Prog- nosen gibt, die im Wesentlichen davon ausgehen, dass bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von zweieinhalb Prozent und einer un- gefähr gleich bleibenden Bevölkerungsentwicklung bis ins Jahr 2005 in Österreich rund 165.000 zu- sätzliche Arbeitskräfte benötigt werden.

Ich schließe noch ein Beispiel an um die Rela- tionen besser darstellen zu können. In Deutschland wird eine Entwicklung prognostiziert, die davon ausgeht, dass die Einwohnerzahl von derzeit etwa 82 Millionen Einwohner bis ins Jahr 2050 auf rund 59 Millionen Einwohner zurückgehen wird. Und was diese Entwicklung bedeutet auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistung und die Sicherung des Sozialstaates, müssen wir diskutieren. *(Abg. Mayerhofer: Ihr habt verfehlte Familienpolitik ge- macht! Darüber müssen wir reden!)*

Aufgabe der Politik ist es, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Öster- reicherinnen und Österreichern möglichst Vollbe- schäftigung garantieren zu können und jene aus- ländischen Mitbürger einzuladen, die wir als Fach- kräfte brauchen. Und egal, ob das jetzt der ÖVP- Wirtschaftsflügel ist oder die Prinzhorn-Konnektion, Tatsache ist, dass die österreichische Wirtschaft diesen Fachkräftemangel beklagt, flexible Zuwan- derungsmöglichkeiten statt der starren Quoten einfordert. Und dass die Freiheitlichen sich dieser Diskussion im Wesentlichen verschließen und ein- fach wieder beginnen, auf dem Klavier der Auslän- derfeindlichkeit zu spielen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Die Intention dieser Diskussion, so wie sie be- gonnen wurde, ist eine gewohnte Manier die wir von der FPÖ kennen. Es werden die Vorurteile gestärkt, es werden Ängste geschürt, es wird von einer drohenden Überfremdung gesprochen, fal- sche Zahlen und Kategorisierungen werden zur Hand genommen. Aber ich weiß auch was dahinter steckt in dieser Diskussion: Entweder ist es ein Täuschungsmanöver oder ein Ablenkungsmanöver. Entweder wollen Sie die Öffentlichkeit darüber täu- schen, dass Sie eigentlich die größere Regierungs- partei sind, die Regierungsverantwortung seit mehr als einem Jahr in diesem Land tragen und für all das verantwortlich sind was die Frau Kollegin Rosenkranz heute beklagt hat. Es liegt in Ihrer Hand, die Zuwanderungspolitik und die Bildungs- po-

litik in diesem Land so zu gestalten, dass es der österreichischen Wirtschaft und dem österreichischen Sozialstaat zugute kommt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist eher ein Ablenkungsmanöver als ein Täuschungsmanöver. Indem Sie wieder ein Thema gesucht haben, wo Sie glauben, in Ihren Reihen punkten zu können. Nach den schwerwiegenden Wahlverlusten der letzten Wochen und Monate versuchen Sie, mit diesem Thema von den Maßnahmen der Bundesregierung abzulenken. Reden wir wieder über die „bösen Ausländer“, dann diskutiert keiner über die Belastungspolitik der Bundesregierung, von der Autobahnvignette bis zur Ambulanzgebühr, von der höchsten Steuerbelastung seit 1945 bis hin zur Besteuerung der Unfallrenten. *(Abg. Mayerhofer: Ihre Minister haben den Grundstein dafür gelegt, wissen Sie das Herr Kollege?)* Der Finanzminister Grasser! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Tatsache ist, dass bei euch wieder die Ausländerfeindlichkeit und der Rassismus fröhliche Urständ' feiert. Dass Ihr von einem Integrationsvertrag redet, aber in Wirklichkeit nur von Pflichten und Sanktionen und wenig über Rechte. Dass die FPÖ wieder von Integration redet, aber in Wirklichkeit Ausgrenzung meint. Und es gibt ja dann auch so die offenen Aussprüche wie im Wiener Wahlkampf, wo ein Kandidat sagt, wir werden Österreich wieder ausländerfrei machen.

Liebe Freunde! Die tatsächliche Politik auch der freiheitlichen Wirtschaftslobby schaut jedoch ganz anders aus! Ihr habt ein Saisonier-Gesetz beschlossen. Ihr habt ein Gesetz beschlossen, wo ausländische Mitbürger nach Österreich geholt werden, sechs Monate lang zu Mindestlöhnen arbeiten können und müssen, alle Steuerabgaben und Sozialabgaben bezahlen müssen, ohne jemals auch nur daraus etwas zurückbekommen zu können. Und gleichzeitig bewirkt diese Maßnahme nicht nur die Ausbeutung dieser Arbeitnehmer, sondern sie führt auch dazu, dass tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Österreicherinnen und Österreicher, die zu schlecht bezahlten Kollektivvertragsbedingungen im Gastgewerbe und Tourismus beschäftigt waren, verdrängt werden. Mit Eurem Saisonier-Modell macht Ihr genau das Gegenteil von dem, was die Frau Abgeordnete Rosenkranz so bitterlich beklagt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Kollegin von den Grünen hat ja bereits angeführt, der Schweigekanzler hat ja für einige Minuten sein Schweigen gebrochen und verkündet, dass die Österreicher wieder bis 65 arbeiten sollen.

Ich glaube, die allgemeine Resonanz im Staat, in der Öffentlichkeit, in der politischen Diskussion und auch in den Medien hat ja klargestellt, dass dieses ... *(Unruhe bei der FPÖ. - Abg. Kurzreiter: Ihre Finanzminister haben dafür den Grundstein gelegt, Herr Kollege!)*

Ich habe schon gesagt welcher Kanzler es ist. Der ÖVP-Bundeskanzler mit eurer Unterstützung. Ich glaube, es ist eine Diskriminierung all jener Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, krankheitsbedingt in Pension gehen müssen, oder von der Wirtschaft als altes Eisen vor die Tür gesetzt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Schweigen wurde nur kurz unterbrochen, und der Bundeskanzler wurde falsch verstanden. Ich glaube, es ist eher um seine Person gegangen. Nachdem er versprochen hat, wenn er die Wahl verliert, geht er in Opposition und dann trotzdem mit den Freiheitlichen Bundeskanzler geworden ist, hat er dabei sich selbst gemeint und will selbst mit 65 noch Bundeskanzler sein. Aber ich glaube, da sollte er sich nicht allzu sehr auf die österreichischen Wählerinnen und Wähler verlassen. *(Beifall bei Abg. der SPÖ.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fallen in dieser Debatte dann immer so Worte wie das holländische Modell, wo es ganz andere Begleitmaßnahmen gibt, wie zum Beispiel ein Anti-Diskriminierungsgesetz oder ein Programm für Gleichstellung von Zuwanderern am Arbeits- und Wohnungsmarkt. Dann wird sehr viel von der Sprache gesprochen, die ausländischen Mitbürger sollen möglichst rasch die Sprache erlernen. Wir sind für all diese Vorhaben, es liegt an Ihnen, die finanziellen Mittel dazu zur Verfügung stellen, dass es auch die entsprechenden Angebote gibt im Bereich der Deutschkurse etc. Und was die Diktion der Übernahme heimischer Gepflogenheiten betrifft: Integration heißt nicht totale Anpassung. Wenn wir bei der Übernahme heimischer Gepflogenheiten sind nur einen Tipp Richtung Freiheitliche Partei: Gehen Sie zur Frau Minister Forstinger, die soll mit ihrem neuen ÖBB-Chef, dem Herrn Vorm Walde reden und soll ihm beibringen, dass er in Zukunft eine Stelze isst statt Eisbein und einen Spritzer trinkt statt einer Schorle. Soviel zur Übernahme heimischer Gepflogenheiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Liebe Freunde! Wie gehen wir mit jenen Fachkräften um, und ich habe in meinem Bereich viele große internationale Konzerne in denen ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind, wie gehen wir mit denjenigen um, die innerhalb ihres Konzernes sich der Konzernsprache bedienen? Englisch oder Französisch. Geht es nach den Freiheitlichen soll man die alle ausweisen.

Liebe Freunde! Ich muss zum Schluss kommen, der Herr Präsident blinkt. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das weltweit hoch angesehene österreichische Bildungssystem auszuhungern, den Zuzug ausländischer Fachkräfte zu verhindern und arbeiten bis 65 lösen das Problem des Arbeitskräftemangels nicht. Geben wir jenen Österreicherinnen und Österreichern, die keine Arbeit haben, eine Chance. Die Bundesregierung setzt mit ihrer Politik des Sparens, des Kürzens und des Ausgrenzens die Zukunftschancen Österreichs mutwillig und eiskalt aufs Spiel. Wir Sozialdemokraten werden diese Politik des Speed Kills auf allen Ebenen vehement bekämpfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz zur tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Rosenkranz (FPÖ): Hoher Landtag! Ich melde mich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Ein Mittel, zu dem man greift, wenn man unbewusst oder bewusst falsch verstanden worden ist. Bewusst falsch verstanden, das Wort im Mund verdreht, letzteres war wohl hier der Fall. Ich stelle fest, angesichts von Arbeitslosenzahlen von immer noch knapp 200.000 ist es unverständlich, dass man davon spricht, dass es einen Arbeitskräftemangel gibt und dass man diese 200.000 Arbeitskräfte so behandelt als wären sie Ausschuss, als hätte man keine Möglichkeit mehr, sie in einen Arbeitsprozess zu integrieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen ist, als Sie die Formulierung zu dieser heutigen Aktuellen Stunde gelesen haben. Mir war beim Lesen des Themas und der Formulierung klar, wer Antragsteller ist. Es ist jene Gruppe in der Freiheitlichen Partei, und ich sage bewusst, jene Gruppe in der Freiheitlichen Partei, mit der ich und viele in diesem Haus und Gottseidank viele in der Bevölkerung nichts, aber schon gar nichts am Hut haben will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist nämlich unverantwortlich, meine Damen und Herren, fast fahrlässig, ein sensibles Thema, dem man sich stellen muss, wo viele in der Bevölkerung verunsichert sind, Vorurteile, Ängste haben, negative Erfahrung aus dem Umfeld, so darzustellen. Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen

Partei: Trennen Sie sich von dieser Art von Politik! Sie ist polemisch, sie ist österreichfeindlich, sie ist tendenziös, sie ist populistisch und sie schadet der Republik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Selbstverständlich wollen wir uns dieser Thematik stellen. Aber verantwortungsbewusst. Die Formulierung des heutigen Themas müsste lauten: Arbeitsmarktpolitik: Forcierte Aus- und Weiterbildung und Zuwanderung mit Augenmaß nach menschlichen und arbeitspolitischen Grundsätzen.

Hoher Landtag! Lassen Sie mich zum ersten Teil kommen, zur Bildung. Da befinden wir uns in der föderalistischen Diskussion. Wer den Bundespräsidenten Ogi gehört hat, Bildung ist in der Schweiz Landessache. Wer Belgien kennt, das kleine Eupen, Bildung ist Regionalsache. Bei uns leider nicht. Und trotzdem wird in diesem Land Niederösterreich bewusst Bildungspolitik über bundespolitische Bildungsmaßnahmen hinaus gemacht. Und weil ich hier in der ersten Reihe unsere Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop sehe: Sie lässt keine Möglichkeit aus um innovativ, initiativ, kreativ, markt- und bedürfnisorientiert eigene niederösterreichische bildungspolitische Akzente zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber auch der Herr Landeshauptmann betont immer wieder, wir können nur dann Top-Region und Insel der Menschlichkeit werden und bleiben, wenn wir in den Faktor Bildung, nämlich einen Standortfaktor, einen weichen, der immer mehr Wert gewinnt, entsprechend initiativ investieren.

Daher lassen Sie mich einige bildungspolitische, arbeitsmarktrelevante Investitionen Made in Niederösterreich hier stenogrammartig vorstellen. Denken Sie in der Ausbildung an die Donau-Universität, an die Fachhochschulen. Wir sind federführend im Fachhochschulbereich. Denken Sie an die Landesakademie. Denken Sie im Weiterbildungsbereich an das jüngste Kind quasi von Liese Prokop, an die IT-Ausbildung, wo wir einfach marktorientiert, zielorientiert, bedürfnisorientiert an die Menschen herangehen. Wir bieten Ihnen Alternativen, Kollegin Rosenkranz. *(Abg. Rosenkranz: Warum fehlen sie dann die EDV-Facharbeiter? - Abg. Haberler: Wo?)*

Kollege Haberler! Dir kann man anbieten was man will. Du siehst den Baum vor lauter Wald nicht oder umgekehrt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist Bildungspolitik. Hier bedürfnisorientiert zu agieren. Hier bieten wir den Absolventen der PädAk entsprechende Möglichkeiten an, in einer Art Kolleg zweiseitig ein technisches Bildungsniveau zu erhalten, das attraktiv für die Wirtschaft ist. Mit dem

Nebeneffekt, dass gerade mit wenigen weiblichen ... (Abg. Keusch: *Es soll auch für die Menschen attraktiv sein!*)

Also, ich habe noch nie eine Bildungspolitik gesehen in diesem Land, die nicht menschenadäquat ist. Das ist doch infam, Herr Kollege! (Beifall bei der ÖVP.)

Und gerade das Arbeitsmarkt-Service hat in Kooperation mit dem Land Niederösterreich diese Initiative forciert. Da werden 10 Millionen bedürfnisorientiert investiert. Und das ist unsere Art von Antwort auf Bedürfnisse der Menschen. (Abg. Keusch: *10.000,- Schilling Studiengebühr!*)

Meine Damen und Herren! Mit dieser Art von Politik wird der Arbeitsplatz Niederösterreich positioniert und gefestigt!

Hohes Haus! Hoher Landtag! Lassen Sie mich zum zweiten Bereich kommen, nämlich zur Zuwanderung. Trotz all dieser Anstrengungen im Bildungsbereich ist es notwendig, auf Grund der Bevölkerungsentwicklung, Kollegin Rosenkranz, in dem einen oder anderen Bereich der Wirtschaft ausländische Arbeitnehmer hereinzuholen. Seien wir nicht blind auf einem Auge! Das ist eine Notwendigkeit. Wenn wir bis zum Jahr 2005 allein einen Mangel in Österreich prognostiziert in der Größenordnung von 35.000 Arbeitsplätzen haben, dann kann ich das bevölkerungstechnisch nicht lösen, da muss ich hier entsprechend eine Öffnung qualifizierter Natur durchführen. Und wir, die Österreichische Volkspartei Niederösterreich, stehen zu einer Asyl- und Einwanderungspolitik Made in Rot-Weiß-Rot bzw. Made in Blau-Gelb. Und was heißt das? Die Zuwanderungspolitik trägt den Namen eines Niederösterreichers, nämlich Ernst Strasser. Und die basiert, Kollege Haberler, nicht auf einer Sozialromantik à la Grün, sondern die basiert auf einem Humanismus, basierend auf einem christlich-sozialen Menschenbild. Das ist unsere Orientierung! (Beifall bei der ÖVP.)

Und diese Politik, Hohes Haus, diese Asyl- und Einwanderungspolitik ist auf vier Säulen aufgebaut. Auf einer menschlichen Asylpolitik, dass wir eines vermeiden, nämlich das Asylshopping. Auf einer raschen Integrationspolitik, wo Bildung, Arbeit und Familie wesentliche Bestandteile sind, und auf eine klar geregelte Einwanderungspolitik. Und hier darf ich Strasser zitieren: Es gibt ein Recht auf Asyl, es gibt aber kein Recht auf Einwanderung. Aber wir haben ein Interesse an einer klar geregelten Zuwanderung. Und wir werden als vierte Säule die Basis nehmen, konsequente Missbrauchsbekämpfung. Wir werden gerechte Maßnahmen unterstützen gegen Scheinehen, gegen Scheinoptionen und gegen Scheinstudien.

Meine Damen und Herren! Unsere Eckpunkte einer ganzheitlichen Integrationspolitik sind neben einer politisch rechtlichen Integration kulturelle und gesellschaftliche Integration, soziale und wirtschaftliche Integration und die entsprechende Familieneinheit. Das heißt, wer in diesem Land legal lebt soll auch legal arbeiten können! (Beifall bei der ÖVP.) Hohes Haus! Das ist die blau-gelbe Bildungspolitik und die blau-gelbe Zuwanderungspolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Schabl.

Abg. Präs. Schabl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte auch sagen, ich weiß nicht wie es den Zuhörern gegangen ist bei den jetzt gehaltenen Darbietungen zur Frage der Ausbildung statt Zuwanderung. Die Themenstellung an sich ist etwas worüber man sich grundsätzlich den Kopf zerbrechen muss, ob das, so wie es da steht, überhaupt in diesem Haus Platz haben sollte. Nämlich weil sie viel zu ernst ist um so polemisch und so vordergründig diskutiert zu werden.

Und ich meine, dass die Frage Ausbildung und Zuwanderung zwei Themen sind, die miteinander zwar korrespondieren, aber grundsätzlich einen ganz anderen Zugang haben müssen. Die Frage der Ausbildung ist natürlich für eine Volkswirtschaft, für eine moderne Gesellschaft etwas ganz Entscheidendes. Und die Bildung von sogenanntem Humankapital der Grundstein für Fortschritt, für sozialen Fortschritt und wirtschaftlichen Fortschritt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man die Analyse jetzt für Niederösterreich hernimmt und sich die Entwicklung der letzten zehn Jahre anschaut, so ist klar, dass Niederösterreich eine gute wirtschaftliche Entwicklung genommen hat. Aber im Bereich der Ausbildung haben wir nach wie vor Defizite. Das ist nicht allein ein niederösterreichisches Problem, aber ich sage das deshalb, weil hier auch auf Landesebene etwas getan werden kann. Und die Maßnahmen, die gesetzt wurden in den letzten Jahren, sehr geehrte Damen und Herren, und verstärkt gesetzt wurden in den letzten Jahren, waren noch auf die Gesetzeslage der alten Bundesregierung, nämlich auf den Nationalen Beschäftigungsplan zurückzuführen. Seit der jetzigen Bundesregierung sind sie entweder im Auslaufen bzw. die Frage der Lehrlingsstiftungen oder der Ausbildungsmaßnahmen, die Lehrlingsstiftungen wurden oder werden an und für sich außer Kraft gesetzt und die Ausbildungsmöglichkeiten werden zurückgenommen.

Und da ist es richtig, wenn es in Niederösterreich einen Schulterchluss gibt zwischen der Frau Landeshauptmannstellvertreterin und auch den Sozialdemokraten im Kampf um die Ausbildungsqualität in Niederösterreich. Ich darf aber auch dazu sagen, dass die Mitteldotierung seitens des Landes in diesem Bereich sicher verstärkt werden kann, weil große Teile der Mittel, das heißt 90 Prozent bzw. 85 Prozent der Mittel AMS-Mittel sind. Und diese AMS-Mittel, seien es Bundesmittel oder welche der Arbeitsmarktförderung, kommen sozusagen aus den Arbeitnehmertöpfen. Nur damit das auch dementsprechend klargeht ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Klar ist auch, dass in Fragen der Osterweiterung die Frage der Ausbildung, Lehrausbildung eine entscheidende sein wird. Und da ist die Frage schon so zu beantworten, dass gerade im Bereich der Grenzregionen, und dazu gehört das nördliche Niederösterreich, die Frage der Aus- und Weiterbildung eine entscheidende ist. Und zu den Übergangsfristen im Arbeitnehmerbereich, in der Frage der Freigabe der Arbeitsmärkte gehört ganz einfach eine bildungspolitische Offensive dazu. Und da brauchen wir verstärkt einen „Angriff“, sage ich einmal, im Bereich der Fachhochschulen, eine noch bessere Qualifizierung der Fachhochschulen in der Ausbildung. Die wir ja haben, Wr. Neustadt ist ja da ein Beispiel. Wir brauchen die Ausdehnung im Bereich Baden, im Bereich Schwechat. Und wir brauchen, sehr geehrte Damen und Herren, eine Verbesserung, eine weitere Verbesserung der beruflichen Bildung.

Es hat sich gezeigt, dass die Zahl der Auszubildenden, die Lehrverhältnisse um 30 Prozent in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Das liegt natürlich auch an dem Bereich der Betriebsorganisationen. Viele Bereiche wurden ausgegliedert, hauptsächlich, sagen wir, die Instandhaltungsbereiche. Und da sage ich, ganz unpolitisch, quer über alle Bereiche, egal, ob das ÖBB waren oder EVN, da waren sie alle gleich. Das erste was sie geschlossen haben, zuerst ist das Reinigungspersonal drangekommen und dann gleich die Lehrwerkstätten. Weil man gesagt hat, man kann sich das nicht mehr leisten oder man will sich das nicht mehr leisten. Vor zehn Jahren hat man begonnen, und jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, jetzt hat man das Ergebnis. Jetzt sagen dieselben Leute, die mit der Ausbildung aufgehört haben, wir haben keine Fachkräfte mehr.

Und das ist etwas, sehr geehrte Damen und Herren, das man in dieser Argumentation nicht entsprechend gelten lassen kann. Wir haben immer gesagt, auch als Arbeitnehmervertreter, wir brauchen eine Fondslösung, einen Berufsbildungs-

fonds. Wo Mittel für eine gezielte qualifizierte Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Weil wir auch wissen, dass natürlich im Kleingewerbebereich durch einen hohen Mitteleinsatz in der Ausbildung Geld benötigt wird. Aber das kann man nicht dadurch erreichen, dass man in den Gemeinden die Kommunalsteuern entsprechend erlässt. Das hat keinen Effekt gehabt. Das sieht man heute an den Zahlen. Und es hat auch keinen Effekt wenn man mehr Lehrberufe schafft, 100.000, vom Einschlichter bis zu McDonalds, dem man einen eigenen Lehrberuf beschert hat. Das kann in Segmenten zwar helfen, aber in der wirklichen Herausforderung bringt es nichts.

Das heißt, wir brauchen auch eine durchlässigere Bildung vom Lehrberuf bis hin zur universitären Ausbildung. Und, sehr geehrte Damen und Herren, in Niederösterreich war es immer wichtig, hier gemeinsam zu kämpfen. Das war immer ein gemeinsames niederösterreichisches Thema. Und genau diese Bundesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, das muss man auch sagen, und, Herr Klubobmann Mag. Schneeberger, ich war dir dankbar für diese Wortmeldung, aber vielleicht wissen das deine Leute im Bund nicht oder du redest dort anders. Da gibt es zwei Möglichkeiten. Aber du bist ja, ich weiß ja, dass du ein „Steher“ bist sozusagen. Vielleicht sagst du es einmal deinen Leuten auf Bundesebene was wichtig ist für diese Region. Weil genau das Gegenteil ja gemacht wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Genau das Gegenteil wird gemacht indem hier Bildungsmittel gekürzt werden. Weniger Bildung heißt somit weniger Chancen für die Zukunft. Und vielleicht schaffen wir es, hier einen niederösterreichischen Schulterchluss für die Ausbildung, für die Weiterbildung, für die Fachhochschulen und für eine verstärkte Berufsausbildung in Niederösterreich zu finden. Wenn ich hernehme den NAP, was hier passiert ist mit eurem Wirtschaftsminister. 300 Lehrlinge hätten nicht entsprechend weiter beschäftigt werden können, wenn zum Teil die Mittel, das muss man sagen, auch durch Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop, die sich da hart „draufgehaut“ hat, das muss man sagen, aber mit uns erkämpft werden mussten. Aber das war zuerst Gesetz. Das war klar, dass das sein muss. Das haben sie jetzt abgedreht. Und zukünftig soll es das nicht mehr geben. Und das ist kein rotes, blaues oder schwarzes Argument, das muss ein niederösterreichisches Argument sein. Sehr geehrte Damen und Herren! Aber auf Bundesebene dürfte das nicht so sein. Und jetzt müsste es einmal Spitz auf Knopf gehen, wozu man sich dementsprechend dann bekennt. Ich bin froh, dass es hier diese Zusammenarbeit gibt. Und ich habe geglaubt ich hör

nicht recht, wenn hier sozusagen diese Argumente ausgetauscht werden zwischen ÖVP und FPÖ, die in Wirklichkeit, wenn es darauf ankommt, immer gemeinsam gegen die Interessen im Bereich der Auszubildenden stimmen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. – Unruhe bei der ÖVP.)*

Herr Vizepräsident! Es hilft nichts: Schau, im Bereich der Berufsausbildung, im Bereich des nationalen Beschäftigungsfonds ist das alles so festgeschrieben. Ist das alles so festgeschrieben, sehr geehrte Damen und Herren. *(Abg. Kurzreiter: Alles war nicht so gut, Herr Kollege! Was war mit Euro-Team?)*

Aber wir haben ja in Niederösterreich die Chance, es besser zu machen. Besser zu machen. Und darum fordere ich den Landtag auf, hier wirklich nicht Äpfel mit Birnen zu vermischen. Ich glaube, dass das polemische Herangehen der F der völlig falsche Weg ist. Und dass wir gerade in einer Zeit der Osterweiterung diesen gemeinsamen Zugang zur Ausbildung brauchen in Niederösterreich. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

5.000 Unternehmen mehr pro Jahr und damit die höchste Gründungsintensität aller Bundesländer, ein Wirtschaftswachstum von 5,3 Prozent, weit über dem Bundesdurchschnitt, und eine Rekordbeschäftigung von 521.000 unselbständig Erwerbstätigen zeigt deutlich, dass die niederösterreichische Wirtschaft im Aufschwung ist und die gewaltigen Strukturveränderungen der letzten Jahre wirklich sehr gut gemeistert hat. Und deswegen, Frau Kollegin Rosenkranz, weise ich Ihre Worte, wonach Sie gemeint haben, die Wirtschaft hätte Entwicklungen verschlafen, auf das Schärfste zurück. Weil ich glaube, diese eindrucksvollen Zahlen beweisen tatsächlich, dass die Wirtschaft unter gewaltigen Anstrengungen die Anforderungen und die Herausforderungen angenommen hat und sie auch sehr, sehr erfolgreich bewältigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie sich mit Unternehmern unterhalten, und das würde ich Ihnen dringend empfehlen, dann sind es vor allem zwei Probleme, die immer wieder angesprochen werden. Zum Einen ist es der verstärkte Wettbewerbsdruck durch die größeren Märkte, der wirklich den Betrieben erhebliche Anstrengungen im Bereich Qualitätsverbesserung, Marketing und Vertrieb abverlangt. Und zum Ande-

ren ist es der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, egal ob im mittleren oder im höheren Management oder im Facharbeiterbereich, in allen Bereichen, der den Unternehmen immens zu schaffen macht und es ihnen immer schwerer macht, ihre Aufträge auch termingerecht zu erfüllen.

Und zu Recht werden von der Politik, glaube ich, Lösungsansätze gefordert. Denn das Thema wird immer brisanter. Eine Umfrage der Industriellenvereinigung hat gezeigt, dass zwei Drittel der niederösterreichischen Industriebetriebe in den nächsten zwei bis drei Jahren einen steigenden Fachkräftemangel befürchten. Die Bereiche IT, Produktion, Forschung, Entwicklung und Design, also wiederum nahezu alle Bereiche und Ausbildungsgrade. Und die WIFO-Studie, die jetzt schon mehrmals angesprochen wurde, untermauert es ja ganz deutlich mit Zahlen. Denn seit dem Vorjahr geht das Angebot an Arbeitskräften, die erstmals in das Arbeitsleben eintreten, auf Grund der nun kontinuierlich fallenden Geburtenraten nunmehr zurück. Das ist ein Problem, das sich hier abzeichnet und wofür daher Lösungen dringend gefordert sind.

Das Wirtschaftswachstum wurde mit 2,5 Prozent jährlich bis zum Jahr 2005 angenommen. Und ich glaube, wir werden dieses Wirtschaftswachstum dringend brauchen. Zum Einen, weil wir es wirklich ernst meinen und alle Anstrengungen unternehmen, den Staatshaushalt zu sanieren. Etwas, was ich hier außer Frage stellen möchte. Wir brauchen daher dieses Wirtschaftswachstum! Weniger als 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum wird außerdem Folgen haben für die Sicherstellung unseres Sozialsystems ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge. Wir werden diese 2,5 Prozent brauchen und können daher diese Aussagen der Studie des WIFO nicht negieren. Es hat dabei auch keinen Sinn, mit Scheuklappen zu agieren und den Kopf in den Sand zu stecken, aus welchen Gründen wohl immer. Wenn man dem Wirtschaftswachstum nicht langfristig Schaden zufügen will ist daher ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die hier auch schon angesprochen wurden, unverzüglich anzugehen.

Ein anhaltender Arbeitskräftemangel wird langfristig das Wachstum behindern und auch die Ansiedlung von neuen Betriebe behindern. Denn welcher Betrieb siedelt sich schon in einer Region an, in der er keine Aussicht hat, entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen? Wenn Sie mit dem Hauptgeschäftsführer der ECO-PLUS sprechen, so hat der bereits in der jetzigen Situation wirklich schon erhebliche Schwierigkeiten, potenzielle Investoren davon zu überzeugen, dass der Wirtschaftsstandort Niederösterreich ein geeigneter ist. Weil am Arbeitsmarkt für Neuansiedlung die

qualifizierten Mitarbeiter schlichtweg nicht vorhanden sind. Letztendlich, Herr Kollege Keusch, ist auch die Ansiedlung des BMW-Werkes in unserer Region an diesen Problemen und keinem anderen gescheitert. Ich glaube, man sollte daher die Warnung des Experten Univ.Prof. Walterskirchen sehr ernst nehmen. Wer nicht langfristig Wachstums- und auch Wohlstandseinbußen hinnehmen will, für den sind hier eben Konsequenzen gefordert. *(Abg. Keusch: Die Wirtschaft hat sich bis jetzt für die Ausbildung nicht stark gemacht!)*

Wenn ein Prozent der Erwerbstätigkeit nicht gedeckt werden kann, und es sind nur 30.000 Arbeitsplätze, dann hat es Wachstumseinbußen von einem Prozent zur Folge, bei entsprechend qualifizierten Arbeitsplätzen sogar zwei Prozent. Und natürlich ist bei dem Bündel von Maßnahmen in erster Linie die Qualifikation der Arbeitslosen gefordert. Aber ich glaube, auch die Zahlen des AMS sprechen eine deutliche Sprache. Im Dezember des Vorjahres hat das AMS noch darüber berichtet, dass die Arbeitslosigkeit gegenüber 1999 um insgesamt 10,5 Prozent gesunken ist und die Arbeitsmarktentspannung auch in den Problemgruppen gegriffen hat. Im April war die Schlagzeile, dass trotz eines Arbeitskräftemangels in sehr vielen Bereichen und Regionen die Arbeitslosigkeit kaum mehr sinkt. Wobei der überwiegende Anteil der Arbeitslosen eigentlich nur Pflichtschulabschluss aufweist. Und an den Herrn Kollegen Schabl: Die Wirtschaft hat mit dem dualen System der Lehrlingsausbildung, glaube ich, Großes geleistet und leistet Großes. Denn es sind immer wieder österreichische Lehrlinge, die bei internationalen Wettbewerben Spitzenplätze erreichen. Und es war die Wirtschaft, die gerade in den letzten Jahren der hohen Geburtenzahlen wesentlich mehr Lehrlinge trotz nicht geeigneter Rahmenbedingungen ausgebildet hat. Und wenn Sie angesprochen haben, dass es die jetzige Bundesregierung ist, die zu wenig Maßnahmen setzen würde für neue Ausbildungssysteme, dann kann man dem entgegenhalten, dass es gerade heuer im Jahr 2001 unter dieser Bundesregierung gelungen ist, dass allein in Niederösterreich sieben neue Studienlehrgänge an Fachhochschulen genehmigt wurden und auch umgesetzt werden. Also Maßnahmen in diese Richtung sind im Gange und sie müssen weiter noch fortgesetzt werden.

Ich möchte auch hinweisen, dass gerade in Niederösterreich im Bereich des territorialen Beschäftigungspaktes mit dem Projekt der Umschulung von arbeitslosen Pädagogen zu IT-Fachkräften auch in sehr vielen Umschulungsbereichen man Maßnahmen auch bei sensiblen Gruppen gelegt hat. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammen-

hang auch den von der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop angekündigten Verein „Null Handicap“, den das Land gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft und der Industrie ins Leben rufen wird. Es wird dadurch sicherlich gelingen, Behinderte schneller über die Möglichkeit des Leasings durch die Betriebe in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Wenn man schätzt, dass 60.000 Arbeitskräfte durch Umschulung und Qualifikation bei entsprechender Anstrengung in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können, so ist, glaube ich, gerade der Vorwurf der Freiheitlichen Partei, dass man sich hier Geld ersparen möchte, einfach nicht richtig. Allerdings sollte man diese Ziele auch realistisch sehen. Es wird nicht jeder Arbeitslose wirklich einzugliedern sein. Dazu ist es auch notwendig, die Struktur der Arbeitslosigkeit genauer zu hinterfragen. Und man wird dann sicherlich merken, dass nicht jeder Einzelne eingegliedert werden kann wenngleich hier noch ein Potential vorhanden ist.

40.000 Arbeitnehmer, so sagt das WIFO, können durch die längere Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Bei steigender Lebenserwartung ist Österreich nach wie vor bei den vorzeitigen Pensionierungen Spitzenreiter. Und obwohl die Altersgrenze für den Pensionsantritt unverändert bei 65 liegt, geht der Durchschnittsösterreicher nach wie vor mit 57 in Pension. Natürlich muss es finanzielle Anreize für einen längeren Verbleib im Berufsleben geben, ebenso wie ein Bonussystem für Arbeit nach Erreichen des Regelpensionsalters. Aber langfristig wird man sich bei der demographischen Entwicklung am Regelpensionsalter zu orientieren haben.

Ein Arbeitskräftepotential von rund 30.000 Arbeitnehmern ortet das WIFO bei der Frauenbeschäftigung. Frauen sind vor allem in technischen Berufen nach wie vor massiv unterrepräsentiert, obwohl sicherlich viele die Eignung dazu hätten. In der Berufsverteilung sind lediglich acht Prozent in technischen Berufen vertreten, während 72 Prozent aller Verkäufer weiblich sind. Also gezielte Berufsorientierung, Weiterbildung, Jobcoaching und die Erleichterung des Berufswiedereinstiegs nach der Kinderpause sind gefragt. Aber ich glaube, gerade mit der Einführung des Kindergeldes ab dem 1. Jänner 2002 wird es den Frauen ermöglicht, gleichzeitig die Inanspruchnahme des Karenzurlaubes zur Kinderbetreuung und eine Zuverdienstmöglichkeit von 200.000,- Schilling im Jahr zu haben. Damit wird es den Frauen wirklich möglich gemacht, einen Teilzeitjob über der Geringfügigkeitsgrenze anzunehmen und gleichzeitig Kindergeld zu beziehen. Ich glaube, damit ist wirklich dann die Mög-

lichkeit gegeben, auch mit dem Arbeitnehmer in Kontakt zu bleiben und auch mit der Weiterbildung und der Weiterentwicklung in einem Betrieb mitzuhalten. Denn gerade diese große Pause, die in einer Zeit der sehr raschen Weiterentwicklung entstanden ist, hat den Frauen Schwierigkeiten gemacht wieder im Berufsleben Fuß zu fassen. Und sie haben oft Schwierigkeiten gehabt, das Versäumte nachzuholen.

Natürlich muss auch weiter an der Optimierung der flächendeckenden Kinderbetreuungseinrichtungen gearbeitet werden. Denn gerade in den skandinavischen Ländern, wobei man allerdings die Systeme nicht unmittelbar vergleichen kann, ist eine wesentlich höhere Frauenbeschäftigungsquote von in etwa 70 Prozent gegeben, während sie bei uns bei 62 Prozent liegt. Und zudem ist gerade in den skandinavischen Ländern die Geburtenrate wesentlich höher als bei uns. Was eindeutig beweist, dass Frauen beides wollen: Beruf und Kinder! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Auch wenn das Frauenpotential voll ausgeschöpft ist, mehr Qualifikation gegeben ist, klafft ganz einfach die Lücke von 35.000 Arbeitnehmern, die nur durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte abgedeckt werden kann. Und ich glaube daher, die Forderung nach mehr qualifizierter Zuwanderung unter kontrollierbaren Bedingungen, wie es Wirtschaftsminister Bartenstein formuliert hat, ist mehr als berechtigt. Es ist auch höchst an der Zeit, endlich Aufenthaltsbewilligung und Arbeitsgenehmigung zu harmonisieren. Wer legal hier lebt muss auch hier arbeiten können, wie es auch schon angesprochen wurde.

Präsident Mag. Freibauer: Frau Abgeordnete! Das Schlusswort!

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Ich komme zum Schlusswort, Herr Präsident! Ich glaube, wir brauchen mehr Bewusstseinsbildung und ein Netzwerk von Maßnahmen in der Bildungspolitik genauso wie in der Beschäftigungspolitik um die Zukunft am Arbeitsmarkt auch wirklich bewältigen zu können. Die Devise dabei muss, glaube ich, ohne Scheuklappen lauten: Ausbildung und geordnete Zuwanderung. Und nicht: Ausbildung statt Zuwanderung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. Haberler (FPÖ): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Manche Aktuelle Stunde mag zu diskutieren sein, welchen Namen man ihr gibt. Starten sollte man sie, Herr Klubobmann Mag. Schneeberger, allerdings nicht als Märchenstunde. Denn Ausbildung statt Zuwanderung ist keine Erfindung der FPÖ Niederösterreich. Sondern Ihrer Gesinnungsgenossen aus der Bundesrepublik. (*Abg. Mag. Schneeberger: Bei uns gibt es keine „Genossen“!*) Der Herr Rüdgers, der in Wirklichkeit diesen Slogan abgeschwächt dann zum Landtagswahlkampfthema gemacht hat, zum Hauptthema gemacht hat. Und damit selbstverständlich in einer ähnlichen Gesellschaft wie wir in Niederösterreich einen Wahlsieg davon getragen hat. (*Abg. Dirnberger: Hier geht es also nur um die Wahl! Das sieht man eindeutig!*)

Was wirklich unappetitlich war oder worüber man sagen könnte, es kann sehr weit von rechts kommen und man sollte es nicht ganz so deftig ausdrücken und es könnte zu schweren Missverständnissen führen, das war der ursprüngliche Slogan, den Ihre Gesinnungsfreunde aus der Bundesrepublik gebracht haben. Der nämlich lautete: „Kinder statt Inder“. Nur soweit die Richtigstellung zu Ihrer Ausführung, zu Ihren überzogenen, die hinten und vorne nicht stimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Richtigstellungen sind hier einige anzubringen. Zum Beispiel auf den Kollegen Weninger. Super! Wir wären dafür, dass wir Milliarden mehr in die Ausbildung unserer Jugend stecken. Milliarden mehr in die Ausbildung stecken für die Arbeitslosen, für den Wiedereinstieg, wie die Kollegin Hinterholzer es genannt, hat von Frauen, die in der Kinderpause waren. (*Abg. Kautz: Damals war das Geld dazu da!*)

Nur, wer war es denn, der diesem Land 2.000 Milliarden Schilling Schulden beschert hat? Wer war es, der die ÖBB abgewirtschaftet hat? Wer war es, der die ASFINAG-Schulden von über 200 Milliarden verursacht hat? Wer war es, der den „Konsum“ ruiniert hat in diesem Land? Ihr, die Sozialdemokraten, die sich hierher stellen und dann Geld fordern, das sie bereits vor Jahrzehnten ausgegeben haben! (*Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei der SPÖ.*)

Ihr seid es, die es unmöglich machen, jetzt in das Füllhorn zu greifen und zu sagen, hier eine Milliarde mehr, da eine Milliarde mehr! Und daher ist auch das Problem in der Ausbildung vorhanden. Weil ihr

das Budget ruiniert habt! Weil ihr dieses Land an den Rand des Abgrunds im finanziellen Bereich gebracht habt. Das Schlusslicht Europas sind wir bei den Finanzen! *(Beifall bei der FPÖ. – Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Dank eurer Versagerpolitik, die ihr 30 Jahre lang, davon 16 Jahre lang mit schwarzer Schützenhilfe in diesem Land betrieben habt. Ihr habt das Budget geplündert, ihr habt über weite Strecken die Zukunft eurer Kinder verspielt. Ihr habt Schulden gemacht. Und jeder vierte Steuerschilling, der in Österreich heute vom Finanzminister, der hier zu Recht genannt wurde, eingetrieben worden ist und eingetrieben wird, jeder vierte Steuerschilling geht nur in die Zinsrückzahlung für die Schuldentilgung. Das ist die Tatsache, mit der wir jetzt zu kämpfen haben. Und das ist die Tatsache, wo ihr euch herstellt und sagt, nach einem Jahr freiheitlicher Regierungsbeilegung, jetzt müsst ihr alles besser machen, jetzt müsst ihr alles in 12 Monaten erledigt haben. Ihr habt 30 Jahre lang dieses Land abgewirtschaftet. Und ihr tragt die Verantwortung dafür, dass es große politische Defizite auch in der Ausbildung gibt. *(Beifall bei der FPÖ.- Unruhe bei der SPÖ.)*

Auf die Ausführungen der Kollegin Mag. Weinzinger, die übrigens schon wieder einmal nicht im Saal ist, gehe ich nicht ein. Nur eines lassen Sie mich schon sagen: Interessant, und Frau Kollegin Hinterholzer, da rinnt es mir kalt über den Rücken, interessant ist diese Koalition, die sich hier abzeichnet. Die auch schon medial vor wenigen Wochen über den Fernseher, ORF 2, hereingeflattert ist. Diese Koalition zwischen den links-linken Marxisten auf der einen Seite, nämlich der Frau Stoitsits und dem Herrn Leitl auf der anderen Seite. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Hier sind die Herrschaften „im Bandl“, die auf der einen Seite um jeden Preis Profit erwirtschaften wollen und auf der anderen Seite die, die dieser Gesellschaft durch überzogenen Zuzug ganz einfach ausbauen, auswechseln und umbauen wollen. *(Abg. Hinterholzer: Das ist Menschenverachtung was Sie betreiben!)*

Lassen sie es mich ganz klar feststellen für uns Freiheitliche in diesem Land Niederösterreich: Österreich ist kein Einwanderungsland und Österreich soll auch keines werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden noch massive Probleme bekommen wenn wir nicht aufpassen. Ich schneide nur das Thema EU-Osterweiterung an. Wir werden, und da sind vor allem, und da hat die SPÖ ausnahmsweise einmal Recht, da sind ÖVP und FPÖ gefragt. Wir werden statt den unseligen Übergangszeiten, Übergangsfristen, Übergangsquoten brauchen bei der EU-Osterweiterung. Es kann nicht sein, dass ein Staat, in dem die Bevölkerung

durchschnittlich 20 Prozent des Nettoeinkommens Österreichs hat, einfach zur EU aufgenommen wird, wie das etwa in Ungarn mit 23 Prozent der Fall ist. Wie das bei der Slowakei mit 26 Prozent der Fall ist. Ob das dann 2004 passiert, 2010 oder 2011, die Katastrophe ist dieselbe. Unser Arbeitsmarkt würde überschwemmt werden. Wir werden hier alle gemeinsam Lösungen ausarbeiten müssen.

Und lassen Sie es mich noch einmal ganz klar definiert sagen: Einwanderungsgesellschaften à la USA, Einwanderungsgesellschaften à la Südafrika, à la Australien sind Ellbogengesellschaften. Sie sind unsozial, leiden meistens unter hoher Kriminalität, haben schreckliche Sozialstandards. Und ein Teil der Bevölkerung muss in einer Art von Sklavenarbeit sein Dasein fristen. Das ist ganz einfach die Wahrheit.

Und deshalb verstehe ich es nicht, Herr Vizepräsident Dirnberger: Sie als Arbeiterkämmerer müssten längst wissen, wir haben das in der Arbeiterkammer oft genug diskutiert, wie problematisch die Zuwanderung ist wenn sie nicht kanalisiert ist. Wenn die Leute nicht zuvor ausgesucht worden sind. Wir haben es immer wieder gesehen zwischen 1990 und 2000, wie sehr unsere Arbeitnehmer beim Lohnniveau unter Druck gekommen sind, bei der Arbeitslosigkeit unter Druck gekommen sind. Und viele, viele Menschen, vor allem in jenen Bereichen wo ich auch herkomme, etwa aus Wr. Neustadt, in den Arbeitervierteln ganz, ganz massiv unter Druck gekommen sind. Ganz einfach, was die Existenz, den Akt der Existenz der Familien betroffen hat. Das ist eine Tatsache. Eine Tatsache, die daraus entstanden ist, dass man in Österreich innerhalb eines Jahrzehnts 500.000 Menschen ohne Wenn und Aber zuwandern hat lassen. Deshalb verstehe ich es nicht, es ist ein glatter Verrat an dem Klientel der Arbeitnehmer, dass Sie als Vizepräsident hergehen und eine erhöhte Zuwanderung fordern. Wir haben noch nicht einmal die Folgen dieser ungeregelten und übermäßigen Zuwanderung der Neunzigerjahre hinter uns gebracht. Wir haben das noch nicht aufgearbeitet. Wir werden noch Milliarden an Geldern aus den Sozialkassen brauchen um die Schäden zu beseitigen und Sie fordern schon wieder neue Zuwanderungen. Es ist unsozial! Stellen Sie Ihren Posten zur Verfügung. Es wäre wirklich an der Zeit, dass Sie Ihren Platz dort räumen. Ich sage es Ihnen ganz offen wie es ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der NÖ Arbeiter- und Angestelltenbund ist dank Ihrer Person nur noch der Wurmfortsatz der Interessensvertretung der Wirtschaftstreibenden, nämlich in Wirklichkeit des Wirtschaftsbundes in Niederösterreich. Sie haben keine eigene Linie, Sie vertreten die Arbeitnehmer nicht. Ziehen Sie die Konsequenzen daraus! *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Interessant ist aber, weil sich gerade die Sozialdemokraten wieder melden komme ich zu euch zurück, interessant ist die Reaktion auf den Skandal in eurem Kernbereich. Wo ist die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi gewesen? Wo, lieber Kollege Karl Pietsch, warst du als in Wr. Neustadt der sozialdemokratische Paradebetrieb - ich habe es schon angekündigt - der sozialdemokratische Paradebetrieb Gutenberg - heute auch Leykam - aufgedeckt wurde, dass es dort laufend Schwarzarbeiter gibt. Und dass nach einer ersten Verhaftungswelle, wo 13 Arbeitnehmer illegaler Art und Weise dort ausgehoben wurden wenige Wochen später gleich wieder eine ganze Partie von 17 Arbeitnehmern nämlich illegale Ausländer dort ausgehoben wurden. *(Abg. Jahrmann: Bei einer Leiharbeitsfirma!)*

Und das bei den Sozialdemokraten nur wenige Wochen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenige Wochen, nachdem ihr, nachdem eure Betriebsräte dort, eure Genossen dort, mehrere Arbeitnehmer gekündigt haben. Ihren Familien die Existenz weggenommen haben. Da seid ihr hergegangen in eurem Musterbetrieb und habt euch zweimal hintereinander erwischen lassen, wie ihr statt österreichischen Arbeitnehmern, die ihr gekündigt habt, Schwarzarbeit in Wr. Neustadt verrichten habt lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was ist aber das wirklich Verwerfliche an dieser Sache? Das ganz schlimme im Hintergrund? Mit diesem Paradebetrieb, in dem ihr die Schwarzarbeit zulässt, in dem ihr sie deshalb zulässt weil ihr keinerlei negative Meldungen darüber in der Öffentlichkeit abgesehen habt. *(Abg. Pietsch: Wer lässt es zu? - Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Die SPÖ! Die SPÖ als Hauptverantwortliche in diesem Betrieb. Da gibt es einen sozialistischen Betriebsrat. Dort wurde, lieber Kollege Pietsch, dort wurde 1993, als das Volksbegehren „Österreich zuerst“ gelaufen ist, eine Betriebsversammlung einberufen wo man gesagt hat, wenn einer von euch unterschreibt hat er am nächsten Tag die Kündigung. Illegale beschäftigt ihr dort! Wenn ein Freiheitlicher dort beschäftigt wäre hätte er die Kündigung längst bekommen. Das ist nämlich in Wirklichkeit die Qualität, die ihr im niederösterreichischen Arbeitsmarkt in euren Paradebetrieben zeigt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und das ist traurig. Ich habe es vermisst von dir, lieber Kollege Pietsch, ich habe es von der Frau Onodi vermisst, von der Frau Landeshauptmannstellvertreter, ich habe es auch von dir, lieber Herr Präsident Schabl ganz schwer vermisst, dass ihr hier klärende Worte sprecht. *(Abg. Präs. Schabl: Das ist nicht unser Betrieb! Und dir werden wir es sagen!)*

Dass ihr sagt, da ist etwas vorgefallen, da ist etwas

eingerrissen in unserem Betrieb was wir nicht haben wollen und was in Zukunft auch nicht mehr vorkommen wird. Und wir werden nach der Zuverlässigkeitsklausel des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in Zukunft vor Vergaben auch die Firma Gutenberg überprüfen. Nein, der Kollege Pietsch hat gesagt, das ist uns wurscht, wir werden dort weiterhin Dinge in Auftrag geben. *(Abg. Pietsch: Bitte, rede keinen Blödsinn!)*

Kurz und bündig, worum geht es? Es geht darum, dass wir in Niederösterreich und österreichweit unseren eigenen Arbeitslosen, allen voran aber der Jugend in Zukunft Arbeitsplätze bieten. Der Wiedereinstieg der Frauen, er wurde schon genannt, eine ganz wichtige Sache, die wir zu bewerkstelligen haben. Und lassen Sie mich abschließend eines klar feststellen: Wir vom NÖ Landtag hier, alle Abgeordneten, wie wir hier sitzen, sind nicht dafür gewählt worden für irgendeine Wirtschaftslobby, eine internationale, einzutreten. Wir sind nicht dafür gewählt worden dass wir die EU hier vertreten. Wir sind von den Niederösterreichern und Niederösterreichern gewählt worden, für die wir die Arbeitsplätze zu sichern haben, für die Jugend, für die Zukunft zu schaffen haben. Und nicht für irgendwelche Lobbies, wie Sie das von ÖVP und SPÖ über weite Strecken machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Kadenbach.

Abg. Kadenbach (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich weiß nicht, lieber Herr Abgeordneter Haberler, wo Sie die letzten 30 Jahre gelebt haben. Ich kenne Ihre persönliche Biographie nicht. In diesem Land können Sie nicht zu Hause gewesen sein. Weil ich bin jetzt 43 Jahre alt, ich bin in Österreich geboren und aufgewachsen und ich habe erlebt, was 30 Jahre sozialdemokratische Regierungsverantwortung für dieses Land geleistet hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und es ist Ihre Partei, die jetzt alles unternimmt um dieses wertvolle Erbe innerhalb kürzester Zeit zu zerschlagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

So wie Ihnen offenbar die Leistungen der letzten 30 Jahre entgangen sind, dürfte Ihnen auch entgangen sein, dass die von Ihnen zitierten Schwarzarbeiter keinen einzigen Augenblick bei der Firma Gutenberg-Leykam beschäftigt waren. Es handelt sich in beiden Fällen um eine Leiharbeitsfirma. Und die Firma Gutenberg-Leykam hat alles, wofür sie zuständig ist, getan um diesen Vorfall kein zweites Mal vorkommen zu lassen. Das waren

zwei verschiedene Firmen. Sie haben sofort beim erstenmal reagiert, eine weitere Firma beschäftigt. Es liegt nicht an der Firma Gutenberg. Und außerdem steht sie in keinem Naheverhältnis zur SPÖ Niederösterreich. Das möchte ich auch hier klarstellen.

„Ausbildung statt Zuwanderung“, unter diesem Titel haben die Freiheitlichen die heutige Aktuelle Stunde beantragt. Heute, Hoher Landtag, stellen sich Ausbildung und Zuwanderung in Österreich noch als zwei mögliche Alternativen dar. Betrachtet man jedoch die Politik, die die blau-schwarze Bundesregierung mit Billigung so mancher ihrer Architekten derzeit verfolgt, so besteht aller Anlass zur Sorge, dass sowohl Ausbildung wie auch Zuwanderung dem Nullfetischismus dieser Regierung zum Opfer fallen könnten.

Zuwanderung ist unzweifelhaft zum Standortfaktor geworden und wird auch weiter entscheidend für die Entwicklung und vor allem für die Wohlstandsentwicklung dieses Landes sein. Die internationale Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte hat bereits eingesetzt. Fachkräfte sind aber Menschen. Und Menschen wandern eher dort ein, wo ein offenes, menschliches Klima herrscht. Seitens der Bundesregierung und auch hier vor allem seitens der Freiheitlichen werden permanent falsche Signale gesetzt. Und die FPÖ in Niederösterreich hat es sich offenbar zum Ziel gesetzt, dieses zweifelhafte Ziel der Bundespartei, das Schüren von menschenverachtenden Vorurteilen gegenüber Ausländern noch zu überbieten.

Österreich, Niederösterreich kann sich eine Nullzuwanderung nicht leisten. Aus gesellschaftspolitischer, aus kultureller, aber auch aus wirtschaftlicher Hinsicht nicht. Österreich, Niederösterreich kann sich aber auch die massiven Einschränkungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich nicht leisten. Denn wie heute schon vielfach zitiert, wird in Österreich in den nächsten Jahren ein zusätzlicher Arbeitskräftemarkt von zirka 165.000 Menschen zu bedienen sein. Und wenn heute zu diesem Thema auch schon sehr kontroversiell diskutiert wurde, dieses Faktum, dass dieser Arbeitskräftemangel besteht, wurde von keinem der Redner in Frage gestellt.

Wie trägt nun diese Bundesregierung mit Billigung so mancher ihrer Architekten diesem Wissen Rechnung? Denn ich habe heute ganz gute Analysen gehört, die wir absolut und hundertprozentig teilen. Nur, was macht diese Bundesregierung und auch manche Vertreter in diesem Hohen Haus mit diesem Wissen? Sie macht exakt das Gegenteil von dem was notwendig wäre. Statt Weltoffenheit

praktiziert sie Schotten dicht. Statt volle Fahrt voraus heißt es im Bildungsbereich zur Zeit bestenfalls halbe Kraft. Das sind keine Lösungen für die Zukunft dieses Landes, meine sehr geehrten Damen und Herren. Für uns Sozialdemokraten kann daher das Thema dieser heutigen Aktuellen Stunde auch nur heißen „Ausbildung und Zuwanderung“. Wir können und wollen weder auf das eine noch auf das andere verzichten.

Die Frage nach den dringend benötigten Arbeitskräften wurde heute zum Teil auf die Frage Zuwanderung ja oder nein reduziert. Dies halte ich für unzulässig. Für mich ist das eine gesellschaftspolitische Frage, die viel breiter zu sehen und zu diskutieren ist. Welche Maßnahmen werden derzeit gesetzt um das vorhandene Arbeitskräftepotential optimal zu nutzen?

Hohes Haus! Die große Bevölkerungsgruppe der Frauen stellt zweifelsohne ein beträchtliches Potential für den Arbeitsmarkt dar. Die Erfahrungen in den Schulen zeigen uns, dass Mädchen und damit Frauen hervorragende Leistungen bringen und sich vielfach durch hohe Bereitschaft auszeichnen Bildungsinhalte anzunehmen. Diese Leistungsbereitschaft, gepaart mit hoher sozialer Kompetenz, ist eine nahezu ideale Voraussetzung für Berufe aller Art. Daher ist es auch so wichtig, dass sich Frauen durch nichts davon abbringen lassen, ein möglichst hohes Ausbildungsniveau zu erreichen. Denn dieser Weg allein ist auch die Garantie einer möglichst hohen Unabhängigkeit und einer Wahlfreiheit. Die Ansicht mancher konservativer Gruppen in diesem Land, Berufsbildung und Bildung generell sei für Frauen nicht so wichtig, denn ihre Aufgabe sei ja in erster Linie die Familie, ließe diesen Bereich in den Hintergrund treten, ist durch zahlreiche Untersuchungen, so auch die niederösterreichische Frauenstudie aus dem Jahr 1998 ganz eindeutig widerlegt. Frauen wollen beides, Beruf und Familie!

Meine Damen und Herren! Für mich ist das Land Niederösterreich in diesem Bereich besonders gefordert. Die gesamten Bildungseinrichtungen unseres Bundeslandes müssen auf ihre Tauglichkeit für die Ausbildung von Frauen permanent geprüft werden. Das Land Niederösterreich trägt eine große Verantwortung, die auch die Wirtschaft einklagen wird. Umso unverständlicher ist es daher auch für mich, dass der Herr Landeshauptmann zu den Kürzungen und den Belastungen der Bundesregierung im Bildungsbereich, hier zum Beispiel auch die Studiensteuer, schweigt. Wir werden ihn, der sich so gerne als Architekt der blau-schwarzen Regierung bezeichnen lässt, auch mit diesen Baumängeln konfrontieren. Es genügt nicht, in Sonn-

tagsreden die Bildungspolitik in diesem Land zu preisen, die Top-Region zu fordern, wenn man am darauffolgenden Tag den Kürzungsplänen der Bundesregierung zustimmt. Wir brauchen in Niederösterreich Bildungsinitiativen, die die Ausbildungschancen allgemein, aber im Speziellen für die Frauen erhöhen.

Hoher Landtag! Bekennt man sich zu dem Ziel, vorrangig bereits in Österreich ansässige Menschen zu beschäftigen, so gilt es, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen. Das möchte, entnehme ich dem heutigen „Kurier“, angeblich auch Bundesminister Bartenstein. Doch was realpolitisch zu dieser Zeit passiert, bewirkt genau das Gegenteil: Milliarden werden dafür eingesetzt, Frauen nachhaltig aus dem Arbeitsprozess zu drängen. Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei und von der Freiheitlichen Partei, überreichen den Niederösterreicherinnen mit dem Kinderbetreuungsgeld ein Trojanisches Pferd. Was von Ihnen als große frauen- und familienpolitische Errungenschaft gepriesen wird, erkaufen sich die Niederösterreicherinnen mit der Gefährdung ihrer beruflichen Zukunft. Abgesehen von den unklaren arbeitsrechtlichen Konsequenzen bei voller Inanspruchnahme der Karenzzeit, wie steht es denn in Niederösterreich mit ausreichenden Wiedereinstiegshilfen nach der Karenz? Welche Initiativen für flächendeckende Weiterbildungsmaßnahmen, für zukunftsorientierte Qualifizierungsmaßnahmen begleiten in Niederösterreich die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes? Denn ohne diese Wiedereinstiegshilfen, ohne entsprechende Ausbildungsinitiativen droht nach der Karenzzeit das Berufliche und damit auf Sicht auch das wirtschaftliche Aus für die Frauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es uns ehrlich darum geht, die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes mit Hilfe der Frauen abzudecken, werden wir auch in Sachen Kinderbetreuung noch einiges tun müssen. Denn je besser das Angebot an flächenergänzenden Maßnahmen in einem Land ist, desto höher ist die Geburtenrate und desto höher ist die Frauenerwerbsquote. Ein Blick auf die entsprechenden Daten aus den EU-Mitgliedstaaten spricht hier eine ganz klare Sprache. Es wird daher auch unsere Aufgabe hier sein, die entsprechenden Mittel für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in Niederösterreich zur Verfügung zu stellen. Und es wird die Aufgabe der Wirtschaft sein, Arbeitsplätze und Arbeitszeiten so zu gestalten, dass Eltern Beruf und Familie vereinbaren können.

Gute Ausbildung, die Möglichkeit, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen und somit die Chance auf eine Erwerbsbiografie, die ein unab-

hängiges, selbstbestimmtes Leben ermöglicht, trägt mit Sicherheit dazu bei, das große Potential, das Frauen für den Arbeitsmarkt darstellen, in Zukunft besser auszuschöpfen. Hoher Landtag! Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Niederösterreich stellt sich die Frage „Ausbildung oder Zuwanderung“ nicht. Die Sozialdemokratie erteilt der xenophoben Abschottungspolitik der Freiheitlichen eine klare Absage. Wir treten für eine Politik ein, die sozial, demokratisch und weltoffen ist. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. Dirnberger (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich als Schlussredner dieser Aktuellen Stunde resümieren, ich sage es eher persönlich betroffen, resignieren. Der Titel der Stunde „Arbeitsmarkt: Ausbildung statt Zuwanderung“, Herr Kollege Haberler, dieser Titel allein schon ist eine Irreführung und gleichzeitig eine Einführung in freiheitliche Ressentiments. *(Abg. Rosenkranz: Das ist der Wahlkampflogan der CDU!)*

Eine Einführung in freiheitliche Ressentiments, garniert mit der Ignoranz gegenüber den vielen positiven Initiativen im Land Niederösterreich zur Beschäftigung und zur Ausbildung gerade der jungen Generation.

Zurück zu dieser Einführung, ihrer Einführung in die freiheitlichen Ressentiments. Nun, in der Geschichte der Menschen hat es immer diese Bewegung der Ausländerfeindlichkeit gegeben. Die Wurzel, die große Wurzel der Ausländerfeindlichkeit ist sicher der Nationalismus. Aus dieser Wurzel steigt zu allen Zeiten immer wieder in den verschiedenen Völkern die Krankheit der Ausländerfeindlichkeit heraus. Und ich glaube, weder Chirurgie noch Pharmazie können hier etwas bewirken, sie sind machtlos. Man kann hier kein Rezept verschreiben gegen diese Krankheit der Ausländerfeindlichkeit. Unsere Pflicht, meine Damen und Herren, ist es aber, mutig dem gegenüber zu treten. Mutig dem gegenüber zu treten, denn Menschenrechte sind unteilbar! Und daher hat unser Innenminister Dr. Strasser ganz klar festgehalten seine Position: Wer hier lebt muss auch hier legal arbeiten dürfen. Die Haltung der Freiheitlichen, meine Damen und Herren, ist es, einerseits dadurch, dass man den legal in Österreich lebenden Ausländern das Arbeitsrecht weiter wegnehmen will, inhuman auf der einen Seite und richtet sich auf der anderen Seite aber auch gegen die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn nahezu alle Ausländer, die legal in Österreich leben sind ja

gezwungen, illegal zu Dumpinglöhnen zu arbeiten um zu überleben.

Dazu möchte ich eines sagen: Die Arbeit ist schon dazu da dass man leben kann und nicht zum Überleben. Das muss man auch, glaube ich, anerkennen für alle, ob In- oder Ausländer. Und damit werden durch diese fortgesetzte Blockade der Freiheitlichen die Inländer in vielen Bereichen durch billige Schwarzbeschäftigung verdrängt. Und es steigt auch der Lohndruck auf die österreichischen Arbeitnehmer. Daher unterstützen wir, unser Klubobmann Mag. Schneeberger hat das eingangs ja so klar zum Ausdruck gebracht, unseren Innenminister Dr. Strasser, der hier einerseits sehr pragmatisch an die Lösung der diffizilen Probleme herangeht. Und andererseits auch getragen ist von unseren christdemokratischen Werten, nämlich diesem Grundrecht auf Arbeit. Das ist ein Grundrecht, das wir als unteilbar befinden. Und das nicht beliebig aufgeteilt werden kann und nicht beliebig, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, wie es die Frau Vizekanzler gemeint hat, relativiert werden kann. Je nachdem ob es günstig oder ungünstig ist. Menschenrechte sind unteilbar! Und wenn wir, das möchte ich gerade als Arbeitnehmersvertreter sagen, wenn wir so oft von der Wirtschaft und der Gesellschaft Gerechtigkeit einfordern, dann dürfen wir die Gerechtigkeit anderen nicht vorenthalten. Wir haben kein Recht, das einzufordern, wenn wir es anderen, die in einer noch schwierigeren Situation oftmals sind, vorenthalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Kollegin Rosenkranz! Ihre Parole, es tut ja weh das zu wiederholen, ich muss es noch einmal hier offensichtlich wiederholen, Ihre Parole, Sozialstaat oder Einwanderungsgesellschaft, wenn Sie da Südafrika, Australien implantieren wollen in Niederösterreich, na wo leben wir denn? Ich glaube, nicht die Menschen sind unsere Gegner. Die Menschen können niemals unsere Gegner sein, ob sie da oder dort wohnen. Sondern unsoziale Verhaltensweisen sind unsere Gegner! Unsoziale Verhaltensweisen, wenn zum Beispiel nach einem WIFO-Bericht eben der Zuwachs der Schwarzbeschäftigung mehr gestiegen als jener in der offiziellen Wirtschaft. Wenn in bestimmten Bereichen eben, wie ich es zuvor angezogen habe, die legale Beschäftigung durch illegale Beschäftigung substituier wird. Und da natürlich besonders Frauen wieder zum Handkuss kommen. Denn interessanterweise sind es immer wieder auch gerade in diesen Bereichen die Frauen, die hier zu Billigslöhnen beschäftigt werden.

Und wenn ich schon bei diesem Thema bin, rührt das sehr nahe an die Frage der Leiharbeit.

Natürlich ist es sehr klar, dass man den Sozialdemokraten am Beispiel Gutenberg-Leykam sagen kann, es ist besser in der Praxis genau zu kontrollieren als allgemein dagegen zu protestieren. Aber doch möchte ich klar auch sagen, dass die Frage der Leiharbeit in Österreich sicherlich in Zukunft einer Lösung bedarf. Weil im letzten Jahrzehnt, und da ist nicht die neue Regierung verantwortlich, im letzten Jahrzehnt eben durch die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung die Leiharbeit so überhand genommen hat und hier bestimmte Auswüchse da sind. Und wir verdammen ja Leiharbeit nicht vom Grundsatz her, aber bestimmte Auswüchse sind da, die man wirklich entschieden bekämpfen muss.

Und Frau Kollegin Rosenkranz! Sie haben da Dinge in Ihrer Presseaussendung zur heutigen Aktuellen Stunde, die Sie entriert haben, geschrieben, die man ja gar nicht glauben kann. Wenn Sie da schreiben unter dem Übertitel „Arbeitslose Lehrer umschulen ist keine Bildungsoffensive“. Naja, da werden sich aber die jungen Lehrer und die Abgänger der PädAk, die sonst am Arbeitsmarkt derzeit eben keine Chance haben - vor fünf Jahren haben sie das noch nicht gewusst dass sie dort keine Chance bekommen werden - die werden sich aber bedanken bei Ihnen wenn Sie die Initiative von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop so zurückweisen, so beiseite schieben. Wo die eine hochqualifizierte Ausbildung bekommen an der Fachhochschule und damit einen zweiten Berufsbereich, unabhängig ob sie einmal die Chance haben zurückzugehen in den Lehrberuf, eine neue, tolle Berufschance bekommen. Was werden die dann sagen dazu? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder, und lassen Sie bitte auch ein bisschen meinen Lokalstolz als Zwettler da einmal durchblicken. Klaus Schneeberger, unser Klubobmann, war in Zwettl vor kurzem bei einer Veranstaltung dabei, selbstverständlich auch unser Bezirksabgeordneter Kollege Honeder, wo unsere Schulen die vernetzte Zukunft im Waldviertel präsentiert haben, die AHS und die Handelsakademie. Und Sie schreiben da und sagen da, naja, die EDV-Ausstattung der Schulen ist katastrophal. Es fehlt offensichtlich alles u.s.w. Die werden sich bedanken! In meiner Heimatstadt Zwettl haben an diesen beiden Schulen – und weitere, ich habe die nur exemplarisch vorgestellt - haben die Schüler mit den Lehrkräften in jahrelanger Arbeit wirklich Konzeptarbeit geleistet. Und wir sind weit fortgeschritten in der Vernetzung, in der Kommunikation, die wirklich sehenswert ist. Worauf wir als Waldviertler stolz sein können. Da führen wir eigentlich im Land Niederösterreich gegenüber anderen Regionen, die weit mehr Wirtschaftskraft haben als

dies mein Heimatbezirk aufweist. Ich glaube, darauf kann man wirklich stolz sein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und Sie tun das so ab wie wenn da gar nichts wäre! Wie wenn da gar nichts zusammengebracht würde! Und ich möchte sagen, auch die Wirtschaft hat sich da wesentlich beteiligt. Die Wirtschaft hat zum Beispiel in Zwettl den beiden Schulen mit einer 700.000,- Schilling-Spende wesentlich geholfen zur Weiterführung der Ausstattung. Also alle haben zusammen geholfen. Unser Klubobmann hat das vor kurzem in unserer Bezirksstadt entsprechend auch der Öffentlichkeit mit den Schülern, die das präsentiert haben, und den Professoren, darstellen können. Das so abzutun, das tut eigentlich wirklich weh.

Bleiben wir bei Ihnen, Frau Rosenkranz. Wenn Sie meinen, die Ausländer, die Zuwanderer kosten uns 30.000,- Schilling, so ist das natürlich ganz genau nachzuweisen dass das nicht der Fall ist. Ich bin ja nicht der Anwalt jetzt der Zuwanderer ... *(Abg. Waldhäusl: Inländer werden von euch überhaupt nicht mehr vertreten, nur Ausländer!)* Wenn ganz klar auf der Hand liegt, dass die Zuwanderer bei den Sozialabgaben, bei der Besteuerung weit mehr einzahlen in die Sozialtöpfe als sie bekommen können auf Grund der rechtlichen Situation, zum Beispiel bei der Notstandshilfe oder weil sie keine Wohnbauförderung bekommen, dann liegt klar auf der Hand, dass sie hier mit diesen 30.000,- Schilling einfach ein Plakat herstellen das keine Hand und keinen Fuß hat, wo überhaupt keine Basis dafür existiert. *(Abg. Rosenkranz: Sie informieren sich nicht! Sonst würden Sie es wissen!)*

Oder, Kollege Haberler, weil Sie mich so attackiert haben, naja, Sie schreiben in dieser Presseausendung zur heutigen Aktuellen Stunde von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Jahre sind ins Land gezogen, dass das nicht mehr die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist, sondern die Europäische Union. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die war auch wichtig, die Märkte in Europa zu ordnen, die Handelspolitik zu ordnen. Das ist alles zweite und dritte Ebene. Die Europäische Union, das muss ich Ihnen wirklich eindeutig noch einmal sagen heute, ist eine Wertegemeinschaft. Eine Wertegemeinschaft, wo unsere Grundwerte der Freiheit, der Demokratie verteidigt werden. Und in aller Welt verteidigt werden.

Und ich glaube, das ist das Wesentliche, was Sie immer wieder bei dieser Europäischen Union, auch bei der Erweiterung immer, vergessen. Wenn Sie hier irgendwelche Beispiele anführen, warum es noch viele Jahre und Jahrzehnte nicht gehen soll, dass Menschen, die 30 Kilometer, 50 Kilometer von uns entfernt da wohnen, dass die nicht bei

der Europäischen Gemeinschaft sein sollen. Wenn Sie das immer wieder hinauszögern wollen, eigentlich verhindern wollen. Da kann ich nur sagen, das tut eigentlich weh, weil Sie das Wesen und den Sinn der Europäischen Gemeinschaft bis heute nicht verstanden haben.

Und da muss ich ganz klar stellen, was dieser Vorwurf ist. Nämlich dass wir hier dazu beitragen wollen mit der Zuwanderung, dass die Menschen keine Arbeit finden. Das ist ganz und gar nicht der Fall! Denn ein ausgeglichener Arbeitsmarkt ist ja unser aller Ziel. Ein ausgeglichener Arbeitsmarkt ist wichtig. Persönlich für den Einzelnen, damit der einzelne Arbeitnehmer die Chance auf den Posten hat. Und natürlich auch kollektiv wichtig, damit wir Kollektivverträge abschließen können. Nicht unter Druck, sondern dass wir das Beste für die Arbeitnehmer herausholen können. Doch uns das zu unterstellen, das tut wirklich sehr, sehr weh.

Ich möchte daher zusammenfassend eines ganz klar sagen: Wir Niederösterreicher gehen unseren Weg unbeirrbar weiter. Das ist vor allem der Weg der vielen Pröll/Prokop-Initiativen. Denn diese Pröll/Prokop-Initiativen haben schon eines, was man klar sagen muss. Das ist nicht mehr, wie es vielleicht vor Jahrzehnten der Fall war, das Gießkannenprinzip, wo man einfach Geld hineinschüttet und die Hoffnung hat, es möge was rauskommen. Sondern das sind ganz konkrete, differenzierte Antworten auf neue Fragestellungen, die sich in der Wirtschaft und für die Arbeitnehmer heute stellen. Und mit dieser klaren Haltung gehen wir in die Top ten-Regionen. Ich glaube, das ist der Weg für die Zukunft, worauf wir uns jetzt und in Zukunft von den Freiheitlichen in keiner Weise beirren lassen werden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Arbeitsmarkt: Ausbildung statt Zuwanderung“, Ltg. 735/A-8/27, für beendet. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Stadterhebung von Ebreichsdorf. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Feurer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück **Ltg. 660/G-1/11** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Feurer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 660/G-1/11, Stadterhebung der Marktgemeinde Ebreichsdorf.

Der Regierungsvorlage ist zu entnehmen, dass die Gesamtbevölkerungszahl der Marktgemeinde Ebreichsdorf von 8.205 Einwohnern im Jahr 1989 auf 10.225 im Jahr 1999 angestiegen ist. In der Marktgemeinde sind 366 Klein- und Mittelbetriebe

unterschiedlicher Sparten beheimatet. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Ebreichsdorf auf den Sektoren des Schulwesens, der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheits- und Sozialwesens, des Sportes und der Kultur, als Wirtschaftsstandort sowie auf Grund seiner zentralen Lage im Wiener Becken, der günstigen Verkehrsverbindungen und seiner dynamischen Bevölkerungsentwicklung eine zentral-örtliche Bedeutung erlangt hat. Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest:*)

„Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Stadterhebung der Marktgemeinde Ebreichsdorf).“

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Ebreichsdorf! Das kam in den letzten Jahren in diesem Haus immer unter negativen Vorzeichen vor, weil es immer um ein Thema ging, nämlich die Pläne von Magna dort. Und ich möchte daher am Anfang den Bewohnerinnen und Bewohnern von Ebreichsdorf, die über weite Strecken zu Unrecht immer in diesem negativen Kontext genannt worden sind, mein Mitgefühl aussprechen, dass hier kein besseres Image aufgebaut werden konnte und die Leistungen ... (*Abg. Mag. Schneeberger: Das ist Ihr negatives Bild, das Sie gezeichnet haben!*) Ich komm schon noch drauf, Herr Klubobmann. Weil let's call a spade a spade, wie man im Englischen sagt, man muss Dinge auch benennen können, aber man soll auch differenzieren, wo sie ihre Ursachen haben und wo nicht. Und die Gesamtbevölkerung von Ebreichsdorf und die Entwicklung der letzten Jahre war sicher von anderen Dingen ebenfalls geprägt, wurde aber über weite

Strecken zu Unrecht für die Bevölkerung überschattet von einem Monsterprojekt, das es deswegen dennoch zu kritisieren gilt.

Die Leistungen der Gemeinde Ebreichsdorf waren trotzdem in den letzten Jahren und Jahrzehnten, in einer schwierigen Region, die als alte Industrieregion, als Textilindustrieregion von genau dem Zusammenbruch dieses Zweiges geprägt war und wo es darum ging, einerseits eine Wirtschaftsentwicklung und eine Arbeitsplatzentwicklung in Gang zu bringen, die Lebensmöglichkeiten in der Region bietet und andererseits mit einem Trend mitzuhalten, der dazu geführt hat, dass immer mehr Bevölkerung aus dem Großraum Wien direkt aus Wien aufs Land hinausgezogen ist, dort aber beruflich sich nicht verankert hat, sondern da eine Art Wohn- und Schlagsiedlung damit auch entstanden ist. Das ist, wie wir alle wissen, kein leichtes Unterfangen, für keine Gemeinde, damit auch für Ebreichsdorf nicht so leicht gewesen. Und ich denke, bislang ist das über weite Strecken sehr gut bewältigt worden. Umso wichtiger ist es daher, dass man sich bemüht, eine lebendige Infrastruktur vor Ort am Leben zu erhalten oder aufzubauen. Und Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort zu bieten und nicht nur darauf zu bauen, dass die Leute nicht alle nach Wien auspendeln und dann am Abend oder gar am Wochenende eben wieder zurückkommen. Jetzt einmal abgesehen von den öffentlichen Verkehrswegen, die diesen Pendlerinnen und Pendlern zur Verfügung stehen in Ebreichsdorf.

Ich würde daher begrüßen, wenn man jetzt in Zukunft verstärkt auch noch versucht mit einer kleinräumigen Wirtschaftsentwicklung, mit Betriebsansiedlungen in einem kreativen und kleinräumigen Bereich hier lokal und regional eine lebendige Struktur aufzubauen und zu entwickeln. Und glaube, und da komme ich sehr wohl zum Thema zurück, dass der jetzt eingeschlagene Weg von der jetzigen Gemeinderegierung in die Irre führen kann. Nämlich auf ein einziges großes Projekt zu setzen, das mit großen Versprechungen antritt, die über weite Strecken nicht zu halten sein werden, wie jede vernünftige Prognoserechnung zeigt.

Das große Projekt der „World of Wonder“, der Riesenkugel, die im Übrigen gar nicht die regionale Belebung im Auge hat, es sollte ja „Vienna Globe“ heißen im letzten Entwurf, ist ja zumindest vorläufig vom Tisch. Vorläufig sage ich vorsichtshalber, weil weder Bürgermeister Pilz noch Frank Stronach jemals einen Zweifel daran gelassen haben, dass man das Projekt in einer zweiten Phase schon umsetzen möchte. Ich jedem Fall ist nach wie vor ein großes Projekt mit dem Pferdesportpark vor Ort

vorhanden, auf das ich jetzt gar nicht im näheren Detail eingehen möchte. Sondern ich möchte mir nur wünschen, dass das, was Landeshauptmann Dr. Pröll einmal versprochen hat, nämlich dass keine anderen Regeln angewendet werden als bei jedem kleinen Häuslbauer, tatsächlich eingehalten wird. Bislang könnte jeder kleine Häuslbauer, ob er in Ebreichsdorf oder sonstwo es versucht, nur davon träumen, eine derartig intensive Beratung, Hilfestellung und Begleitung durch die Landesregierung zu erhalten, ein derartiges Augenzwinkern für rechtliche Auflagen zu ernten und in seinem Interesse EU-Recht beiseite gelegt zu wissen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Na, das sind Untergriffe!)*

Das sind Fakten, die ich benenne. Und Herr Klubobmann, ich lade Sie ein, Sie können ja gerne herauskommen ans Rednerpult und mich widerlegen dort, wo ich Unwahrheiten Ihrer Meinung nach gesagt habe. Ich habe nur das benannt, wie die Entwicklung gelaufen ist.

Und damit bin ich nämlich auch schon fertig mit meiner Kritik an diesem Entwicklungsweg. Weil ich denke, das, worum es geht, und auch gerade in diesem Antrag jetzt, ist nämlich die Zukunft für die Bevölkerung von Ebreichsdorf. Und da ist es uns als Grüne ein zentrales Anliegen, dass eine hohe Lebensqualität erhalten bleibt und sogar ausgebaut wird und nicht beeinträchtigt wird. Darum auch die Sorge wegen dieses großen Projektes. Weil die gesamte Region ja heute schon unter einer enormen Verkehrsbelastung zu leiden hat. Und ich denke, es ist wichtig, gerade wenn eine Stadterhebung jetzt vorgenommen wird, dass man diesen Aspekt der Verkehrsinfrastruktur und der Belastung genau im Auge behält und sich überlegt, wie man hier auf Qualität für die Bevölkerung statt auf Belastung der Region setzen kann.

Ich halte es im Interesse der Lebensqualität für Ebreichsdorf wichtig, dass neben einem lebendigen Stadtzentrum und Stadtkern ein Natur- und Erholungsraum erhalten bleibt. Beides ist nicht selbstverständlich und schon gar nicht selbstverständlich angesichts des großen Projektes wenn Gastronomieunternehmen oder Freizeit- und Sporteinrichtungen im Ortskern, ich nenne nur den Reitstall im Schloss zum Beispiel, in ihrer Existenz bedroht sind. Und zur Lebensqualität gehört auch ein Aspekt, nämlich die Mitbestimmung und die offene Information für die Bevölkerung, die auch Vertrauen in die Politik schaffen soll. Und ich fürchte, da ist gerade bei einigen Teilen der Bevölkerung in Ebreichsdorf in den letzten Jahren einiges an Porzellan zerschlagen worden und das Vertrauen in die Politik und die Landesregierung hat hier Schaden genommen.

Wichtig ist, denke ich, dass in jedem Fall eine Entwicklung auch eingeschlagen werden kann, und da gibt es auch natürlich jegliche grüne Unterstützung dafür, die Ebreichsdorf mit dieser Stadterhebung auch einen eigenen Status verleiht, der mehr ist als nur irgendwo ein Vorort von Wien oder ein Anhängsel von Wien. Nämlich eine eigenständige Entwicklung mit der eigenen Geschichte, die Ebreichsdorf mitbringt und die man im Auge behalten und fördern sollte.

Wir werden daher sehr gerne im Interesse der Bevölkerung und der klaren Anmerkung, dass wir das nicht als Billigung der Politik der Gemeinderierung verstanden wissen wollen, aber im Interesse der Bevölkerung der Stadterhebung Ebreichsdorfs gerne zustimmen. Und wünschen der Bevölkerung vor allem eine hohe Lebensqualität auch in Zukunft. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Windholz.

Abg. Windholz (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Vor allem aber meine sehr geehrten Damen und Herren aus Ebreichsdorf, die sie heute zu uns hier in das Landesparlament gekommen sind.

Der heutige Tag, Tag der Stadterhebung, ist wohl ein Tag der Freude und ein Tag der Anerkennung. Dieses Ebreichsdorf kenne ich nicht nur aus meiner politischen Tätigkeit, von mehreren Wahlveranstaltungen, sondern auch im privaten Bereich. Und ich erinnere mich an eine Begebenheit, die gezeigt hat, dass Ebreichsdorf wirklich etwas Besonderes ist: Vor zirka zwei Jahren begleitete ich meine jüngere Tochter zu einem Judo-Wettkampf nach Ebreichsdorf und konnte dort eigentlich den direkten Vergleich ziehen, nachdem ich mit ihr mehrere solcher Turniere besucht habe. Einen Vergleich, der zeigt, dass Ebreichsdorf ein Hort des Idealismus ist. Hervorgetan durch engagierte Gemeindevertreter, Bürgermeister, Geschäftsführende Gemeinderäte, die sich in Zukunft dann Stadträte nennen werden, Gemeinderäte, die wirklich mit Herz bei der Sache waren. So wie die gesamte Bevölkerung sich dort in einem wirklichen Höchstmaß engagiert hat.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Und ich weiß, das ist kein Einzelfall. Dort wird Idealismus wirklich gelebt. Und ich darf daher namens der Freiheitlichen Landtagsfraktion Ihnen

wirklich von ganzem Herzen gratulieren zu dieser Stadterhebung. Und ich glaube, heute werden wir auch die Gründungsväter überzeugen, die das einmal als Dorf konzipiert haben, daher „Ebreichsdorf“, und ich glaube. Ihnen, der Stadt Ebreichsdorf, steht wirklich zu Recht diese Stadterhebung zu. Wünsche Ihnen für die kommenden Feierlichkeiten und insgesamt für die gesamte Zukunft alles erdenklich Gute. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Präsident Schabl.

Abg. Präs. Schabl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bürgermeister! Herr Vizebürgermeister! Es ist dies nicht üblich, aber heute schon.

Wenn eine Marktgemeinde zur Stadtgemeinde erhoben wird, zur Stadt, so ist das nicht ein Höflichkeitsakt, sondern man übernimmt damit in hohem Maße Verantwortung, auch formal. Und es ist ein Akt natürlich auch der politischen, der gesellschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Stellung dieser Gemeinde bzw. der zukünftigen Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Mandatar unseres Bezirkes Baden weiß ich, was hier in Ebreichsdorf in den letzten Jahren geleistet wurde. Und dass es sich diese Gemeinde nicht immer leicht gemacht hat. Und damit Sie nicht glauben, das wäre, ich sage einmal, politisch etwas verfänglich, weil wir hier einen sozialdemokratischen Bürgermeister hätten: Wir haben hier eine Bürgerliste, einen sozialdemokratischen Vizebürgermeister, die aber die Herausforderungen ... Und die Vorrednerin, die Frau Abgeordnete Mag. Weininger, hat gemeint, diese Monsterprojekte. Ich bin nicht der Meinung dass es Monsterprojekte sind, sondern es sind Großprojekte. Und ich bin der Meinung, dass sich die Gemeindevertretung sehr gut überlegt hat was sie tut und dass die Gemeindevertretung auch in dieser Frage das vollste Vertrauen der Region hat und hier sicher die richtigen Entscheidungen trifft in diese Richtung. Vielleicht nicht immer zur Freude einiger weniger Minderheiten. Die können ja ihre Meinung sagen. Aber es kann nicht so sein, dass die Mehrheit da hingestellt wird als jene, die in Wirklichkeit hier etwas Schlechtes tun für die Region bzw. für die Stadt.

Und ich meine, dass in diesem Feld, in diesem Spannungsfeld die Gemeindevertretung das Richtige gemacht hat. Dass es auch nicht leicht war, diesen Expansionskurs der Gemeinden auf Grund des Umfeldes um Wien, die Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahrzehnten war ja auch dementsprechend, zu verkraften. Und sie haben das

strukturell, infrastrukturell, glaube ich, sehr gut bewerkstelligt. Wobei die Gemeindevertretung auch weiß, dass sie zukünftig natürlich auf die neuen Herausforderungen sich noch besser vorbereiten muss. Das wissen sie.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wichtig ist auch, dass die Rahmenbedingungen seitens des Landes und Bundes für diese Aufgabe gewährleistet sein müssen. Ich sage das deshalb, weil es eben heißt, Verwaltungsbezirk Baden und Gerichtsbezirk Ebreichsdorf. Ich sage das unter einer Fußnote: Einer Marktgemeinde, die dann Stadtgemeinde wird, das Stadtrecht zu verleihen und gleichzeitig vielleicht hier ausrichten zu lassen, dass sie zukünftig kein Gerichtsstandort mehr ist, das ist doch etwas, was nicht sehr förderlich ist für die Infrastruktur einer aufstrebenden Stadt. Und ich meine auch, dass es klar sein muss und selbstverständlich, dass Ebreichsdorf auch weiterhin Gerichtsstandort bleibt. Das ist auch wichtig für die Region, für die Bürger und das Selbstverständnis für die zukünftige Stadt.

In diesem Sinne, sehr geehrte Damen und Herren, stimmt die sozialdemokratische Fraktion natürlich diesem Antrag sehr gern zu und wir wünschen der Bevölkerung und der Gemeindevertretung alles Gute. Und Sie können versichert sein, dass Sie die politische Unterstützung für Ihre Projekte seitens der Sozialdemokraten haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Roth.

Abg. Roth (ÖVP): Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident!

Wenn eine Marktgemeinde zur Stadt erhoben wird, ist das keine alltägliche Angelegenheit. Eine Stadterhebung stellt den sichtbaren Ausdruck der Anerkennung einer Gemeinde durch die gesetzgebende Körperschaft dar. Eine Stadterhebung bringt damit den Stellenwert einer Gemeinde in unserem Land Niederösterreich ganz besonders zum Ausdruck.

Um die Voraussetzungen zu einer Stadterhebung zu erfüllen, bedarf es neben dem entsprechenden historischen Hintergrund auch einer überörtlichen Bedeutung, die die Folge einer kommunalen Aufbauleistung ist, die einer Gemeinde bei Gott nicht in den Schoß fällt. Und so möchte ich als Bürgermeisterin doch eingehen auf die Leistungen, die die bisher noch Marktgemeinde erbracht hat und es sei mir erlaubt, näher darauf einzugehen als meine Vorgänger.

Ich möchte beginnen bei einem der wichtigsten Werte und dem Gut, das wir in unserem Land haben, nämlich bei den Kindern und der Jugend. Man kann wirklich die Marktgemeinde Ebreichsdorf als eine Schulgemeinde erster Klasse bezeichnen. Sich um das Schulwesen zu kümmern hat in dieser Gemeinde Tradition. Bereits im Jahre 1568 als Freiherr Hieronymus von Beck Schloss Ebersdorf samt seiner Zugehörung kaufte, wie es heißt, in dieser Zeit wurde bereits erstmals eine Schule erwähnt.

Heute verfügt die Gemeinde über drei Volksschulen, die in den letzten Jahren mehrmals um- und ausgebaut wurden, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Auch für die Kleinen im Ort wird viel getan. Die Kommune verfügt über fünf Kindergärten. Wobei der Kindergarten in Ebreichsdorf-Piestingau neu errichtet wurde und die Kindergärten in den Ortsteilen Weigelsdorf und Unterwaltersdorf um- und ausgebaut wurden um dem Ansturm durch die Kinder, durch die Kleinen gerecht zu werden. An weiterführenden Schulen steht eine Hauptschule zur Verfügung mit einem Fassungsraum von zirka 300 Schülern und mit einer dreigruppigen Hortgruppe. Zu erwähnen ist auch das Don Bosco-Gymnasium, das den jungen Menschen nicht nur eine umfassende Allgemeinbildung zur Verfügung stellt, sondern auch Wert legt auf wertorientierte Persönlichkeitsbildung und –entfaltung.

Das, was besonders zu bemerken ist und was dankenswerterweise umgesetzt wurde in der Gemeinde, nämlich 1992/93 wurde ein eigenes Gebäude für das Sonderpädagogische Zentrum errichtet. Dieses wurde im Schuljahr 1999/2000 auf fünf Klassen erweitert. In dieser Schule werden Kinder mit unterschiedlichen Lernschwächen sowie geistig und körperlich behinderte Kinder in verschiedenen Schulstufen und in Altersklassen von 6 bis 18 Jahren gemeinsam unterrichtet. Eine wunderbare Leistung, für die der Verwaltung zu danken ist was sie da zu Wege gebracht hat.

Bei der umfassenden Förderung der Jugend darf natürlich die Musikschule für zirka 300 Schülerinnen und Schüler nicht fehlen. Eine gut ausgebildete Jugend erhöht nicht nur die Zukunftschancen jedes Einzelnen, eine gut ausgebildete Jugend ist die Zukunft für unser Land. Und so ist der Marktgemeinde zu danken, dass sie eine besonders kinderfreundliche Einstellung hat. Diese Haltung schlägt sich auch im Voranschlag des letzten Jahres mit 19 Millionen nieder. Eine gewaltige Ausgabe, ein gewaltiger Aufwand.

Ich möchte auch kurz auf den Wohnbau eingehen. Im Wohnbau wurde auch in den letzten vier Jahren Sanierungsarbeit geleistet, wie sie bis dahin in der Gemeinde einzigartig ist und nicht passiert ist. Es wurde ein Wohnhaussanierungsprogramm durchgeführt, wodurch fünf Gemeindefohnhäuser generalsaniert und dem heutigen Standard angepasst wurden. Und in der nächsten Zeit werden die vier restlichen Wohnhäuser ebenfalls generalsaniert. 1999 wurde mit der Errichtung von 54 neuen Wohnungen begonnen, die in drei Etappen fertig gestellt werden. Auch ein Seniorenwohnheim mit 22 Wohneinheiten, ein Kommunikationsraum sowie eine Sozialstation der Volkshilfe ist in der Gemeinde vorhanden.

Es gibt auch ein Großprojekt, nicht das wie Sie meinen, sondern ein anderes, das einen ganz wichtigen kulturpolitischen Auftrag erfüllt. Nämlich die Errichtung eines Gemeindezentrums, in dem auch Geschäftslokale und Wohnungen integriert werden. Damit erfüllt die Gemeinde nämlich den kulturpolitischen Auftrag, in dem das letzte noch vollständig erhaltene Monument aus der großen textilen Vergangenheit der Region revitalisiert und einer neuen Nutzung zugeführt wird.

Eine lebendige Gemeinde zeichnet sich durch ein reges Vereinsleben aus. Auch das lässt sich die Gemeindeverwaltung viel kosten und zeichnet sich durch eine sehr wohl überlegte und gute Subventionspolitik aus. Es gibt in ihrer Gemeinde in einer ganzen breiten Palette von Sport, Kultur, Jugend-Senioren- Freizeitgestaltung eine Infrastruktur an Vereinen, die das Miteinander, das so wichtige Miteinander einer Gemeinde aufbauen, vertiefen und pflegen. Ich möchte diese Gelegenheit nützen und einen wichtigen Dank allen Freiwilligen in Niederösterreich aussprechen. Es wird hier von unzähligen Menschen ein Dienst an der Öffentlichkeit durchgeführt, der weder durch die Gemeinden, durch das Land noch durch den Staat finanzierbar wäre. Und ich möchte mich hier an dieser Stelle für alle freiwilligen Dienste im Land und auch in der Gemeinde recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP, Abg. der SPÖ und Abg. Gratzler.)*

Als Vorstandsmitglied der NÖ Dorf- und Stadterneuerung bin ich natürlich sehr erfreut und stolz darauf, dass es in Ebreichsdorf drei Dorferneuerungsvereine gibt. Vereine, die die Geschichte der Ortschaften erforschen, dokumentieren, Kleinbauten revitalisieren, auch kulturelle, gesellige, soziale Schwerpunkte im Ort setzen und die sich auch bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes eingebracht und mit beschäftigt haben. Auch die

Notwendigkeit der geistigen Dorferneuerung, die zum Beispiel sich beschäftigt mit der Integration von Randgruppen, der Stärkung des sozialen Bewusstseins und die sich auch versteht als Vermittler zwischen Gemeinde und Bürgern, dies alles wurde erkannt und in die Tat umgesetzt.

Wie schaut es mit der Wirtschaft in Ebreichsdorf aus? Auch hier wurde einiges geleistet. Nach der Schließung der großen Textilindustrie und dem dadurch entstandenen Verlust an Arbeitsplätzen war es für die Gemeinde nicht leicht, diese Verluste zu verkraften. Man kann aber beobachten, dass durch eine äußerst kluge Ansiedlungspolitik und die Schaffung von Betriebszonen die erforderliche Umstrukturierung und die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben in unterschiedlichen Sparten vorangetrieben werden konnte. Dies führte zu einer Stabilisierung und zu einer Zunahme von neuen örtlichen Arbeitsplätzen. Dies schlägt sich natürlich, wie den Budgets der letzten Jahre zu entnehmen ist, auch in einem Ansteigen der Kommunalsteuer nieder, die natürlich wieder in die Infrastruktur investiert werden kann.

Und nun zum Schluss noch einige Gedanken zur Entwicklungsstrategie des Ortes. Ich habe den Unterlagen entnommen, dass in den letzten 10 Jahren die Marktgemeinde Ebreichsdorf um gut 2.000 Einwohner gewachsen ist. Das bedeutet einen Zuwachs von 25 Prozent in relativ kurzer Zeit. Da ich eine Gemeinde übernommen habe, die mit einer ähnlichen Problematik konfrontiert ist und da ich auch bemüht bin, die Nachteile dieser Entwicklung zu minimieren, habe ich gesucht, wie Sie das bewältigen und habe mich beschäftigt damit. Und bin im Almanach Ihrer Gemeinde fündig geworden. Da habe ich einen Satz gefunden, der mir sehr, sehr gut gefallen hat und mit dem ich mich persönlich total identifiziere, weil das auch mein Weg ist für meine Gemeinde. Sie schreiben: In den letzten Jahren haben wir unser Ziel eines gebremsten Wachstums der Marktgemeinde Ebreichsdorf klar erreicht und die geplanten Zahlen wesentlich unterschritten. Der Grund: Es wurden keinerlei großflächige Umwidmungen mehr bewilligt. Zitatende. Ich kann Sie nur beglückwünschen zu dieser Politik. Denn Sie setzen nicht auf Quantität, Sie setzen auf Qualität. Und im Interesse Ihrer Gemeindebürger erhöhen Sie durch diese Vorgangsweise die Lebens- und Wohnqualität. Sie setzen nicht auf ungebremstes Wachstum, sondern es geht Ihnen um den Ausbau der menschlichen Infrastruktur Ihrer Gemeinde. Und das ist ganz, ganz wichtig. Und auch dafür möchte ich Sie beglückwünschen zu diesem Weg.

Bei der menschlichen Infrastruktur möchte ich auch die anwesenden Gemeindebürger auf eines hinweisen, obwohl ich glaube, in der Gemeinde Ebreichsdorf weiß man das. Zu einer positiven Gemeindeentwicklung muss jeder einzelne Gemeindebürger seinen Beitrag leisten. Und in einer Gemeinde gibt es nur dann ein Bergauf und eine positive Politik, wenn Bürger und Gemeindeverwaltung an einem Strang ziehen und miteinander diese Arbeit bewältigen und leisten.

Ich habe das Gefühl, dass das in Ihrer Gemeinde der Fall ist. Und so darf ich dem anwesenden Herrn Bürgermeister, der Gemeindevertretung und den Einwohnern von Ebreichsdorf meinen Glückwunsch aussprechen zu dem, was sie miteinander in den letzten Jahren geschafft haben. Ich darf Ihnen auch weiterhin zum Wohle Ihrer Gemeinde eine gute Hand bei der weiteren Entwicklung ihres Ortes wünschen. Und ich denke, wenn ich sehe, wie Sie die letzten Jahre bewältigt haben, habe ich keine Sorge um das, was als Furchtbares in den Hintergrund gestellt wird. Sie werden das bewältigen. Ich denke, Herausforderungen bedürfen auch einer besonderen Beratung. Und ich sehe es als keinen Nachteil an, wenn das Land Niederösterreich Sie besonders berät und sich Hilfe stellend zur Seite stellt. Ich denke, dass das nur etwas Positives ist und ein Vorteil. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So bitte ich den Hohen Landtag, der Stadterhebung von Ebreichsdorf die Zustimmung zu geben, darf Ihnen alles Gute wünschen, Ihnen gratulieren und Ihnen noch einen schönen Tag der Feier wünschen. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Präs. Schabl, Gebert und Gratzer.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Feurer (SPÖ): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Es wird darauf verzichtet. Ich darf daher zur Abstimmung kommen. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 660/G-1/11:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. *(Beifall im Hohen Hause. – Dritter Präsident Ing. Penz erhebt sich.)*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich darf Ihnen namens des NÖ Landtages sehr herzlich gratulieren, dass dieser Antrag zur Stadterhebung von Ebreichsdorf einstimmig angenommen wurde. Ich

wünsche auch der Gemeinde und der nunmehrigen Stadt Ebreichsdorf eine gedeihliche Entwicklung. Ich wünsche allen Bewohnerinnen und Bewohnern, ob jung oder alt, eine besondere Lebensqualität und Lebensfreude. Alles Gute, viel Glück und Gottes Segen für die Zukunft in der nunmehrigen Stadt Ebreichsdorf! *(Beifall im Hohen Hause. – Dritter Präsident Ing. Penz nimmt Platz.)*

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Breining, die Verhandlungen zum Geschäftsstück **Ltg. 633/B-35/3** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Breining (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über das NÖ Sportgesetz, Sportbericht 2000.

Das NÖ Sportgesetz normiert im § 2 Abs.4, dass das Land Niederösterreich jährlich einen Sportbericht zu erstellen hat. Im Sinne dieses Gesetzesauftrages wurde für das Jahr 2000 ein Sportbericht, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält, erstellt. Der Förderbericht enthält jene Projekte, die mit einem Beitrag des Landes Niederösterreich á 50.000,- Schilling = 3.633,64 Euro gefördert wurden. Ich stelle daher den Antrag namens des Kultur-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2000 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 2000 wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident! Ich bitte um Einleitung der Debatte und um Abstimmung.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich danke für den Bericht und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Sportbericht des Jahres 2000 liegt uns vor und das Handbuch des Sports liegt uns ebenfalls vor. Und es ist sehr interessant das durchzublättern und darin die vielfältigen Tätigkeiten, Vereinstätigkeiten, sportlichen Tätigkeiten und auch die vielfältigen Fördertätigkeiten des Landes zu studieren und daraus auch gegebenenfalls die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Betrachtet man die Gesamtmittel, die in Niederösterreich für den Sport aufgewendet werden, dann sieht man auch, dass da ein durchaus solides

Verhältnis steht im Vergleich zu den Bundesmitteln. Wenn wir etwa 700 Millionen Bundesmitteln mit den 86 Millionen Landesmitteln vergleichen, dann ist es im Vergleich zur Bevölkerungszahl ein durchaus ausgewogenes Verhältnis.

Etwas fällt allerdings auf wenn man etwas näher ins Detail und hinter diese Zahlen blickt. Für den Sport insgesamt werden also ausgegeben in Niederösterreich 86 Millionen Schilling. Nicht ganz die Hälfte davon, nämlich 39 Millionen Schilling fließen in den Sportstättenbau. 15 Millionen davon, also etwa noch einmal die Hälfte oder etwas weniger, fließen in den Spitzensport. Und etwa 8,5 Millionen fließen in den Jugendsport. Das sind also durchaus vernünftige Zahlen. Und das sind auch ganz, ganz wichtige Bereiche, denen sich die niederösterreichische Sportpolitik widmen soll. Wenn man sich aber die Statistik dann weiter anschaut, dann findet man etwas, was doch sehr, sehr nachdenklich stimmt. Ganze 135.000,- Schilling, das sind 0,2 Prozent des gesamten Sportbudgets in Niederösterreich, fließen in den Behinderten- und Versehrten-sport. Und das, meine Damen und Herren, stimmt schon ein wenig nachdenklich. Daher sind wir der Ansicht, dass der Behinderten- und Versehrten-sport stärker als bisher in den Förderungsrichtlinien des Sportgesetzes verankert sein sollte. Das Sportgesetz, der § 2 Abs.1 lit.9 erwähnt zwar den Behindertensport, aber unter „ferner liefern“. Und schon in den Förderungsrichtlinien zum Sportgesetz ist eigentlich der Behinderten- und Versehrten-sport nicht mehr vorhanden.

Wenn man sich aber im Handbuch des Sports die vielen Disziplinen ansieht, in denen Behinderte und Versehrten-sportler Meisterschaften betreiben und hier ganz hervorragende Leistungen erbringen, so ist dieses Missverhältnis noch krasser. Und wir meinen, dass dieses Missverhältnis doch drastisch verringert werden müsste und dass man nun viel, viel stärker als bisher die Bedeutung des Behinderten- und Versehrten-sportes anheben sollte. Und daher darf ich Ihnen einen Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 633/B-35/3, NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2000, betreffend Behinderten- und Versehrten-sport.

Laut Statistik des NÖ Sportberichtes wurden dem Sport in Niederösterreich im Jahr 2000 insgesamt S 86,052.378,72 zugeführt. Der größte Teil davon geht berechtigterweise in den Sportstättenbau sowie in den Spitzen- und Jugendsport.

Weiters weist die Statistik aus, dass dem Behinderten- und Versehrten-sport im Berichtsjahr lediglich der Betrag von S 135.000,- zugeführt wurde. Das ist weniger als 0,2 Prozent der Gesamtausgaben für die Sportförderung.

Im § 2 des Sportgesetzes wird der Behinderten- und Versehrten-sport zwar als förderungswürdig angeführt, in der Praxis scheinen die Förderungen allerdings anderen Sportvereinen zugute zu kommen. Auch in den im Handbuch des Sports auf Basis des Sportgesetzes präzisierten Förderungsrichtlinien scheint der Behinderten- und Versehrten-sport im Gegensatz zum Breiten-, Spitzen- und Jugendsport nicht auf.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Behinderten- und Versehrten-sport sowohl in den Förderungsrichtlinien des NÖ Sportgesetzes als auch in der Förderpraxis zu mehr Bedeutung zu verhelfen und den Landtag über diese Tätigkeit im nächsten Sportbericht zu informieren.“

Ich ersuche Sie um Zustimmung zu dieser Resolution und bitte Sie, zu bedenken, dass auch auf Bundesebene die Tendenz in diese Richtung geht. Nämlich dass man hier den Behindertensport auch in die besondere Sportförderung einfließen lassen möchte, wie die Frau Vizekanzlerin unlängst mitgeteilt hat. Und worüber auch im Parlament diskutiert wurde. Nun ist es nicht unbedingt unsere Forderung, im § 4 des Sportgesetzes den Behinderten- und Versehrten-sport zu verankern. Sondern es geht darum, dieser spezifischen Art des Sporttreibens mehr Bedeutung zu verleihen. Es ist ja das Bundesgesetz nicht unbedingt 1:1 mit dem Landesgesetz vergleichbar. Aber ich meine, es ist wichtig. Wir könnten uns zum Beispiel vorstellen, dass nicht 0,2 Prozent des Gesamtbudgets für den Behinderten- und Versehrten-sport sondern 2,0 Prozent dafür zur Verfügung stehen. Das wäre vielleicht ein vernünftiges Verhältnis.

Wir müssen auch sehen, dass ja der Behinderten- und Versehrten-sport gerade für diese Menschen entsprechend wichtig ist, weil er eben nicht nur die körperliche Verfassung, sondern auch die seelische Verfassung stabilisiert und daher ein ganz, ganz wesentlicher Rehabilitations- und Stabilisationsfaktor sein kann. Und das halten wir für wichtig. Für die Rehabilitation ist Sport natürlich auch ansonsten, nicht nur was Behinderte und Versehrte betrifft, sondern auch Kranke, beispielsweise Drogenkranke, wir haben ja unlängst erst davon

gesprochen, in der Therapie, in der Integration ganz besonders wichtig. Es gibt da unzählige Versuche. Es gibt da beispielsweise die Initiativen des Anton Proksch-Institutes, es gibt Initiativen der Universitäten. Das wäre auch etwas, was man entsprechend intensivieren könnte.

Natürlich ist der Sport auch ganz wesentlich in der Drogenprävention. Weil natürlich die Seele, der Geist, der Körper, der ganze Mensch gefestigt wird und daher Suchtverhalten an und für sich nicht unbedingt gefördert wird, sondern ganz im Gegenteil, durch das Sporttreiben. Wiewohl auf der anderen Seite auch, und auch das gibt es, Sport oder sportliche Betätigung zur Sucht werden kann. Und das ist auch ein ganz interessanter Aspekt dabei. Andererseits wieder gibt es auch im Spitzensport, und das ist auch unbestritten, ein Drogenproblem. Ich glaube, das sollten wir auch sehen.

Nun, das Drogenproblem im Spitzensport heißt Doping. Der Sportbericht geht auch auf dieses Problem ein. Und mir gefällt ein Satz, der hier steht: Das beste Mittel im Kampf gegen Doping ist umfassende Information. Das ist in jedem Fall einmal ganz, ganz wesentlich. Für mich gilt das insbesondere für den Breitensport. Denn Aufklärung ist tatsächlich besonders wichtig, wenn man den Leuten klar machen muss, dass es sinnlos ist, die positiven Effekte, aber auch ganz einfach den Spaß, den Sport machen will und soll, durch die Einnahme von irgendwelchen Doping-Mitteln, von irgendwelchen Anabolika oder derlei, ich denke jetzt beispielsweise ans Bodybuilding, entsprechend wieder kaputt zu machen.

Ich glaube aber andererseits, dass im Spitzensport Aufklärung bezüglich Doping nicht mehr eine allzu große Rolle spielt. In Wirklichkeit ist das bekannt. In Wirklichkeit sind Spitzensportler ja Menschen, die mit ihrem Trainerstab und mit ihrem Beraterstab tagein, tagaus mit Doping zu tun haben und auch genügend wissen über Doping. Zumindest ihre Berater und ihre Trainer wissen es. Und hier geht es weniger um Aufklärung, wie ich meine, sondern hier geht es darum, sich klar zu machen, dass ganz einfach Spitzensport ohne Doping, oder sagen wir einmal ohne leistungsfördernde Medikamente heute fast nicht mehr denkbar ist; und Spitzenleistungen auch nicht. Die Frage wird im Spitzensport doch vielmehr sein, was gilt heute als Doping, was steht denn auf der Doping-Liste und was kann nachgewiesen werden und nicht was ist Doping und was nicht. Und daher sollten wir in diesem Zusammenhang schon auch die gesellschaftliche Bedeutung des Spitzensports hinterfragen. Und uns auch dessen bewusst sein, dass Spitzensport und Spitzensportlerinnen und -Sportler

Vorbilder für die Menschen sind. Nicht weil wir das wollen oder weil sie sich unbedingt so darum reißen, sondern weil die Menschen durch die moderne Mediengesellschaft das ganz einfach so sehen und die Sportlerinnen und Sportler zu Vorbildern machen.

Dabei ist nicht wichtig ob sich die Frau Dorfmeister beim Reinigen ihrer weltmeisterlichen „Ohrwascheln“ verletzt hat und das in den Medien widergegeben wird. Es ist auch nicht wichtig, wie oft sich der Herr Landeshauptmann mit der Frau Weltmeisterin Dorfmeister fotografieren ließ. Oder wie viele Mitglieder der Bundesregierung sich in St. Anton fotografieren haben lassen und wieviel Geld sie dort verbraucht haben für ihre diversen gesellschaftlichen Verpflichtungen. Das ist in Wahrheit für den Vorbildcharakter von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern nicht wichtig. Wichtig ist hingegen meiner Ansicht nach schon, ob ein ehemaliger Spitzensportler und heutiger Politiker eine offenbar schwer alkoholisierte und halb bewusstlose junge Frau nicht ganz angezogen um 4 Uhr Früh in einer Garage absetzt, dort allein zurück lässt. Nicht wichtig ist, was die beiden vorher gemacht haben. Wichtig ist, dass er das tut. Das ist für mich keine Vorbildfunktion.

Wichtig ist, und das ist etwas ganz, ganz Bedeutsames, was unlängst der ehemalige Schirennläufer Thomas Sykora am Gesundheitstag hier im Landhaus gesagt hat bezüglich der Vorbildfunktion eines Sportlers: So zu leben, dass man sich dessen bewusst ist, dass man beobachtet und zwangsläufig auch nachgeahmt wird. Das heißt also, so zu leben, wie man es selber glaubt, dass es wichtig ist. In dem Bewusstsein, dass Menschen einen sehen und Menschen einen beobachten. Und mir ist da eines dazu eingefallen, was immer wieder als Problem erscheint und auch offenbar wird im Verhalten von Spitzensportlern und ehemaligen Spitzensportlern, wo man vielleicht etwas tun kann. Wo man vielleicht aufklärend und bildend einwirken kann. Und das ist das Verhalten von den Damen, insbesondere von den Herrn, muss man sagen, Spitzensportlern am Steuer. Ich denke da an die Herren Ralph Schuhmacher und Höflechner. Und ich denke an die traurige Geschichte des Rudi Nierlich. *(Zwischenruf bei Abg. Marchat.)*

Das ist ganz wurscht welcher politischen Partei die angehören. Es geht darum, was sie für eine Vorbildwirkung erzeugen wenn sie 180 km/h fahren statt 130 km/h. Darum geht es! Und es geht darum, wie diese in diesem Falle negative Vorbildfunktion in den Medien wahrgenommen und dargestellt wird. Und das ist mir besonders aufgefallen bei Rudi Nierlich, der zu einer Art Märtyrer der Straße gemacht worden ist. In Wirklichkeit war dieser traurige

Anlass eigentlich einer von dem man sich wünschen hätte müssen, dass dieses Opfer doch einen Sinn hat. Dass man den Menschen sagt, um Gottes Willen, Leute, ihr gefährdet euch, eure Gesundheit und andere und deren Gesundheit! Das ist leider in diesem Zusammenhang nicht hinüber gekommen. Und das wünsche ich mir manchmal mehr, auch von der Gesellschaft, auch von der Politik und nicht zuletzt von den Medien, dass man das mehr in den Vordergrund stellt. Denn sonst müsste man den Spitzensport doch ein wenig mehr als bisher hinterfragen und seine Rolle hinterfragen. Und nachdenken, ob die Gewichtung der Förderungen im Zusammenhang mit der Sportpolitik überhaupt in dieser Form sinnvoll ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. Marchat (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Mag. Fasan! Also die billige Polemik ... Ich hätte mir ein bisschen mehr erwartet zu diesem Sportbericht, weil er, glaube ich, wirklich gut gemacht ist. Was du hier von dir gibst ist wirklich billig. Und ich möchte eines schon sagen. Ich möchte überhaupt nichts verteidigen, aber es gilt auch für einen Spitzensportler die Unschuldsvermutung. Und wenn jemand wo verurteilt ist, dann kann man über das reden. Aber das ist halt typisch wie ihr die Probleme angeht. Mehr will ich dazu nicht sagen. Selbstverständlich haben Spitzensportler Vorbildwirkung in dieser Gesellschaft, aber sie sind eben auch nur Menschen. Also das möchte ich hier einmal feststellen. Das war es aber schon zu dir.

Ich komme zum Sportbericht 2000 und möchte vorausschicken, dass auch unsere Fraktion diesem Sportbericht die Zustimmung geben wird. Und möchte auch damit nicht hinter dem Berg halten, dass ich als Mitglied des Landessportrates hier wirklich nur Positives berichten kann. Ich habe das auch voriges Jahr schon gemacht. Weil die zuständige Abteilung, aber auch das zuständige Regierungsmitglied, nämlich die Frau Landeshauptmannstellvertreterin, bei diesen Sportbeiratssitzungen oder Landessportratssitzungen die Vorbereitung, glaube ich, wirklich hier optimal betreiben. Und auch für die Vereine oder auch für die Gemeinden das optimal ist. Und eigentlich, seit ich in diesem Gremium bin, alle Beschlüsse auch einstimmig gefallen sind. Ich glaube, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, das Kompliment darf ich Ihnen wirklich machen, dass das hier wirklich hervorragend funktioniert. *(Beifall bei der FPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Gestatten Sie mir aber, dass ich ein paar Worte zur Nachwuchsarbeit sagen will, aber speziell zur Nachwuchsarbeit im niederösterreichischen Fußball. Ich weiß dass es hier wichtig ist, dass wir Vereine haben. Uns ist einmal wichtig, dass die Admira nicht absteigt, dass wir Vereine haben, die vorne sind. Es ist aber auch wichtig, was in den kleinen Vereinen geleistet wird, wo der Großteil der Nachwuchsarbeit geleistet wird. Und dass diese kleinen Vereine bei der Förderung eben nur dann zum Zug kommen wenn Umbauten oder Sanierungen anstehen. Wenn man sich diese kleinen Vereine anschaut, und es sind oft Unterligavereine oder noch weiter unten spielen die ... (*Abg. Leichtfried: Gebietsliga!*)

Ja, jetzt heißt es Gebietsliga. Gebietsliga, 1. Klasse, ich meine, dass es hier Vereine gibt, die oft bis zu fünf, sechs Nachwuchsmannschaften haben, wo einige wenige Funktionäre das alles betreuen, zu den Matches fahren. Ich bin selber mittlerweile auch betroffen, weil zwei meiner Söhne in der U8 spielen bei so einem Verein. Da muss ich schon sagen, dass hier vielleicht eine Umstellung im Förderungswesen natürlich langfristig passieren sollte. Dass man auch das hier irgendwo bewertet, was tut so ein Verein, wieviele Nachwuchsmannschaften gibt es? Dass man hier vielleicht auch finanzielle Anreize schaffen könnte.

Und ich habe ein Negativbeispiel und das tut mir wirklich weh. Das ist dieser SKN in St. Pölten. Das ist mittlerweile der dritte Anlauf hier in St. Pölten einen Spitzenverein zu machen. Da gibt es auf der einen Seite das Bundes-Nachwuchszentrum, Gottseidank, da haben wir vor Jahren hier einstimmig beschlossen auf meine Initiative, dass das wieder ins Leben gerufen wird. Und hier sind, glaube ich, Top-Ergebnisse gegeben durch hervorragende Trainer, durch wirklich hervorragende Arbeit. Die Unter 18 zum Beispiel liegt momentan auf dem dritten, vierten Platz so permanent in Österreich, liegt vor Rapid, liegt also vor hervorragenden Vereinen. Und die Kampfmannschaft des SKN wird heuer Meister. Jetzt steht der Aufstieg bevor und man kommt nicht auf die Idee, dass man einige der jungen Burschen mit einbaut. Sondern man entnimmt den Medien schon wieder, dass zwei, drei neue Legionäre gekauft werden sollen. Und ich glaube, das kann es wirklich nicht sein, dass wir hier die jungen top ausbilden, die dann hier keine Zukunft sehen. Wenn sie Glück haben kommen sie höher hinauf, aber die meisten enden dann irgendwo da im Umkreis, eben bei Gebietsligaver-einen, verdienen da ein bisschen Geld, und das war es wieder. Das heißt, wir haben Top-Spieler ausgebildet und sie schaffen diesen Sprung in die Kampfmannschaften nicht. Weil eben oft ausran-

gierte Legionäre, das muss man auch sagen, hier den Platz verstellen.

Und da müsste man sich doch etwas einfallen lassen. Ich weiß auch nicht, welche Regelung es sein könnte. Aber man müsste hier wirklich einmal vom niederösterreichischen Fußballverband aus schauen, ob es nicht doch möglich ist, dass man in den unteren Klassen versucht, ohne Legionäre auszukommen. Es kann aber nicht so sein, dass ein Verein das macht, die anderen holen sich wieder Legionäre, und dann steigt dieser Verein ab. Also ich glaube, in diese Richtung sollten wir an-denken, Frau Landeshauptmann. Ich bin gerne bereit, hier auch mitzumachen.

Zum Behindertensport ein paar Worte. Wir werden diesen Antrag mit unterstützen. Auch wenn er von den Grünen kommt, sage ich jetzt dazu. Weil es, glaube ich, an und für sich sinnvoll ist, wenn wir in diese Richtung mehr tun. Und, Kollege Mag. Fasan, du hast es ja gesagt, die Vizekanzlerin als zuständiges Regierungsmitglied versucht sich hier auch verdient zu machen und dem Behinderten- und Versehrten-sport etwas mehr Raum und auch finanzielle Mittel einzuräumen.

Abschließend möchte ich mich hier bedanken bei allen Sportfunktionären, speziell bei den vielen kleinen, unermüdlichen Funktionären, die das ehrenamtlich machen. Und ich begrüße auch die Aktion, dass im Herbst dann anlässlich des Jahres der Freiwilligen auch Sportfunktionäre eingeladen werden, dass man hier symbolisch Dankbarkeit signalisiert für diese Arbeit, die in den Vereinen geleistet wird. Und ich glaube, dass der Sport hier in Nieder-österreich in guten Händen ist. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Sportbericht! Ich glaube, heute hat ein anderer Abgeordneter Marchat gesprochen gegenüber früheren Jahren. Aber ich bin der Meinung er ist lernfähig und hat auch im Sport dazu gelernt.

Den Sportbericht kann man wirklich als positiv bezeichnen und die Entwicklung im Sport von Niederösterreich ebenso. Ich glaube, wir sind einen Weg gegangen, lange Jahre, nicht immer so einhellig wie heute, und haben für den Sport viel erreicht. Wenn ich nur nachdenke, dass vor 20 Jahren ein Sportstättenplan ausgearbeitet wurde,

wo nicht einmal jede Gemeinde einen Sportplatz hatte, geschweige denn eine Sporthalle, und wir heute diesen Plan praktisch erfüllt haben, übererfüllt haben und jährlich anpassen, so ist das auch Verdienst des Landes durch die Förderungsmaßnahmen. Aber auch Verdienst der Gemeinden, die sehr viel Geld hier investieren.

Ich darf aber trotzdem, bevor ich weiter zum Positiven komme, einen Fall anschneiden, der, glaube ich, positiv gedacht war, nur leider durch Menschen nicht positiv behandelt wird. Wir haben eine Kollektiv-Unfallversicherung, die wohl eine Zahl ausgeworfen hat, wer gestützt wurde dabei. Ich meine aber, es gibt eine Haftpflichtversicherung. Und wenn ich hier sehe, wie da gearbeitet wird, muss ich nachdenken, ob das Land es wirklich notwendig hat, sich eines Maklers zu bedienen. Und ob es die Versicherung notwendig hat, sich eines Maklers zu bedienen.

Ich habe einen konkreten Fall, dass bei einem Sportplatz vor sechs Wochen ein Ball hinaus geschossen wurde und eine Windschutzscheibe kaputt ging. Und gestern wurde ich ganz erbost sowohl von der Autofirma als auch von der geschädigten Frau angerufen, da hat sich noch nichts gerührt. Und wie ich dann beim Makler angerufen habe hieß es, „jessas na, ich habe vergessen, das Formular, die Unfallmeldung, weiter zu schicken“. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sicher kann man etwas vergessen. Aber wenn derjenige oder die Versicherung den Fall gleich in die Hand bekommen hätte, wäre alles schon erledigt. Ich glaube daher, man soll den direkten Weg gehen, der Versicherung das selbst abwickeln lassen und nicht zwischen Land und Versicherung einen Makler einschalten der dann irgendwo entsprechend schlecht arbeitet sodass das Land und die Versicherung in Verruf kommt. Denn es sind in jeder Bezirksstadt fast alle Versicherungen vertreten. *(LHStv. Prokop: Makler ist keine Verpflichtung! Jeder kann selbst abschließen!)*

Nein, das Land Niederösterreich hat einen Makler dazwischen geschaltet bei der Haftpflichtversicherung. Ich kann das noch konkret sagen. Denn das ärgert mich. Als ich die örtliche Versicherung angerufen habe, hieß es, überhaupt kein Problem, wird sofort erledigt. Und das ist bereits heute auf dem Überweisungswege. Über sechs Wochen hat das gedauert. Noch dazu handelt es sich um eine junge Frau, ihr Gatte, der Fußballer, arbeitslos und auch nicht recht begütert. Daher glaube ich, gehen wir den direkten Weg.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich zu dem Antrag kommen. Herr Kollege Mag. Fasan! Man muss ein bisschen mehr sehen

beim Behindertensport. Mit mir kann man diskutieren, ob die 135.000,- Schilling auf die 142.340,- Schilling aufgestockt werden. Nämlich auf jenen Betrag, den auch andere Sportverbände bekommen. Denn die Behinderten sind ja nicht ausgenommen vom Sportstättenbau, sie sind nicht ausgenommen vom Spitzensport und sie sind nicht ausgenommen von der Förderung der Sportgeräte. Und sie sind auch nicht ausgenommen von der Förderung der Hallen. 400.000,- Schilling zum Beispiel nur für die Sporthalle in St. Pölten. Das heißt, wenn man Anträge einbringt sollte man sich bitte über das ganze Spektrum erkundigen was wer bekommt. Und dann kann man darüber diskutieren ob es mehr sein soll oder ob es dabei bleiben soll. Daher würde ich wirklich vorschlagen, diskutieren wir im nächsten Sportbericht alles genau herausgeschrieben, was davon behinderte Sportler bekommen haben, nicht die Summe, denn dann, glaube ich, schaut das Bild anders aus. Denn die 135.000,- Schilling von heute haben wir hier nirgends drinnen bei den Sportvereinen und Sportverbänden. Da gibt es die 142.000,- Schilling und die nächste Grenze bei 101.000,- Schilling. Also wenn ich da auf die 142.000,- Schilling kommen kann, okay. Alles andere, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sollte man schon in einem Gefüge lassen. Denn wenn ich normalerweise bei einem Rädchen drehe, kommt das ganze Getriebe ins Laufen und ob wir das wollen, glaube ich, sollte man vorher bedenken bevor wir am Rädchen drehen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich noch zu zwei Standpunkten kommen: Doping. Ich glaube, man darf nicht nur den Sportlern und den Trainern hier Schuld geben. Ich glaube, man müsste auch der Pharmaindustrie einmal klar machen, welche Mittel Dopingmittel enthalten oder auf der Liste stehen. Denn wenn ich heute oder alle Jahre neue Medikamente auf den Markt bringe, so ist der Sportler teilweise gar nicht in der Lage festzustellen ob verbotene Substanzen in diesen Mitteln enthalten sind. Daher glaube ich, man müsste weiter oben ansetzen. Bei der Auswahl und bei der Produktion der pharmazeutischen Industrie, bei den „Pulverln“, um es anders auszudrücken, schon darauf achten, was ist drinnen, was darf ich nehmen und was darf ich nicht nehmen. Und wenn zum Beispiel bei normalen Grippe-tabletten oder bei Angina-Medikamenten verbotene Mittel enthalten sind, ist es schon problematisch wenn der Sportler Angina hat, sich dementsprechend mit Medikamenten versorgt und nachher bei der Harnprobe stellt sich heraus, er ist gedopt. Er hat nicht gedopt, er hat nur Angina-Mittel genommen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier sollte man einmal versuchen, auch mit der Industrie zu reden um das klar zu stellen.

Nun, ich darf schon zum Schluss kommen. Der Sportbericht ist wie alljährlich positiv. Ich bin glücklich darüber, dass im Landessportrat diese Einheligkeit besteht. Alle Probleme können ausgesprochen werden, werden auch ausgesprochen. Und anstehende Probleme werden normalerweise auch einer positiven Lösung zugeführt. Dafür darf ich danken und wir werden selbstverständlich dem Sportbericht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur auf die Wortmeldung des Kollegen Kautz insofern antworten als ja aus genau diesem Grunde unser Resolutionstext so gestaltet ist. Wir haben ja nicht gesagt es soll jetzt die Kategorie Versehrten- und Behindertensport, sage ich einmal, eingeführt werden oder entsprechend anders dotiert werden. Sondern wir haben gesagt, es soll dem Behindertensport mehr Bedeutung beigegeben werden.

Ich zitiere aus der Statistik: Sie ist ja nicht von mir, die Statistik, ich habe das auch nicht irgendwie gelinkt, sondern ich zitiere schlicht und ergreifend aus der Statistik des Sportberichtes wo das so drinnen steht. Statistik 2000. Dem Sport wurden zugeführt und so weiter, und dann ist eben aufgelistet. Und als vorletzte Stelle sehe ich eben den Behinderten- und Versehrtensport mit 135.000,- Schilling. Das ist also die Statistik.

Und der zweite Teil und auch die zweite Intention des Antrages ist auf der einen Seite der § 2 des Sportgesetzes, wo im Abs.1 lit.9 der Versehrten- und Behindertensport zwar drinnen ist, wenn ich aber weiter blättere und die Förderungen des Sports, die Richtlinien nehme, dann ist es nicht mehr drinnen. Ich sehe darin schlicht und ergreifend eine zu geringe Bedeutung, die man dem beimisst. Mir ist schon klar, dass im Veranstaltungswesen, im Sportstättenbau natürlich auch Behindertensportvereine und Versehrtensportvereine dabei sind. Die Intention dieser Resolution ist, und deshalb auch der so allgemein gehaltene Antrags-text, insgesamt dem Behinderten- und Versehrten-sport zu mehr Bedeutung zu verhelfen. Das ist unsere Intention. Und jetzt nicht speziell irgendwelche Beträge, Fixbeträge, fixe Gesetzesvorhaben durchsetzen zu wollen. Daher ist das so allgemein

gehalten um dem insgesamt mehr Bedeutung zu verleihen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner kommt Abgeordneter Hiller zu Wort.

Abg. Hiller (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Sportbericht 2000 ist leider insgesamt von den Sportergebnissen her nicht zu jener Superlative geworden wie uns wir das zu Beginn vorgestellt hatten. Es sind große Sportevents durchgeführt worden, vor allem die Erwartungen bezüglich der Olympiade in Sydney haben sich großteils nicht erfüllt. Dennoch kann man sagen, dass der Sport in Niederösterreich auch im vergangenen Jahr 2000 von einem ausgezeichneten Erfolg begleitet und ihm dieser beschieden war. Die Weiterentwicklung im Spitzensport als auch dieselbe im Breitensport hat ein weiterhin erfreuliches Ausmaß. Das ist hier festzustellen und festzuhalten.

Aber was ganz, ganz wichtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht ja nicht alleine um den Sport selbst, sondern vor allem um das organische Umfeld, an das in der heutigen Zeit hohe Anforderungen gestellt werden. Einerseits also Sportmanagement, Sportbetreuung, eine Standardverbesserung der NÖ Sportstätten, die von Jahr zu Jahr in beträchtlichem Ausmaße festzustellen ist. Und vor allem auch eine gewisse Kontinuität, die aus diesem Sportbericht abermals hier festzustellen ist.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, moderne Sportaktivitäten brauchen also diese gute Infrastruktur. Im Jahr 2000 konnte unsere Landes-sportschule in St. Pölten ihr zehnjähriges Bestandsjubiläum feiern. Dies mit einer guten und sehr beachteten Sportgala. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass diese Sportschule anfangs doch mit Zweifel beäugt worden war, dass viele Kritiker aufgetreten sind. Wir können stolz sein, dass eigentlich von Beginn an eine gute Auslastungsbilanz insgesamt gegeben war und dass auch der zügige Aus- und Weiterbau nach wie vor weiter stattfindet und nicht abgeschlossen ist.

Vor allem also für den Sportstandort St. Pölten, und darauf ist auch mein Vorredner Franz Marchat eingegangen, gilt es, ein einer Landeshauptstadt entsprechendes Top-Sportangebot neben dem Breitensport, den wir nicht zurückstellen wollen, zu organisieren. Leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir das nicht erzwingen. Son-

dem wir können nur Grundlagen dafür schaffen, damit es dann unter dem Einsatz bester Trainer, Lehrer und Akteure auch zu dieser wünschenswerten Situation kommen kann. Aber gerade die Einrichtung des Oberstufenrealgymnasiums für Sport sowie einer Handelsschule in gleicher Richtung lässt also hier doch gewisse positive Synergien sichtbar werden, die einem dichten Spitzensportangebot im Großraum unserer Landeshauptstadt hier eine gute Grundlage sein können. Und wir denken dabei alle – und das hat auch Marchat gesagt – vor allem doch mit einem weinerlichen Auge daran, dass also St. Pölten derzeit im Fußball nicht gerade die Nummer 1 in Niederösterreich ist und nicht in den Top-Ligen mitspielen kann. (*Abg. Hintner: Aber Mödling!*)

Gottseidank, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da rührt sich sofort der Herr Abgeordnete Hintner, ist es der Admira Mödling gelungen, nach einer sehr sensiblen Zeit und Phase wieder Fuß zu fassen. Und Trainer Hans Krankl hat also, ich weiß nicht in welcher Form hier die Admira Mödling aus dem Abstiegsfeld herausgeführt. Aber ich glaube, Niederösterreich ist an Terrain so weit und so großräumig zu sehen, dass auch ein zweiter National-Player in der obersten Spielklasse ohne weiteres seinen Platz haben würde. Wenn das in der Landeshauptstadt eines Tages passieren sollte, dann sind wir alle gemeinsam darüber froh.

St. Pölten hat aber einige Tops anzubieten. Vor allem das nächste Woche wieder beginnende internationale ATP-Turnier. Auch UKJ SÜBA St. Pölten im Bereich Basketball ist eine Topmannschaft. Und das gilt es genauso Wert zu schätzen, auch wenn hier vielleicht das Publikumsinteresse in Österreich noch nicht so groß ist wie das in den Massensportarten, etwa Fußball oder dem Schifahren oder Tennis vorzufinden ist.

Nun, es gilt, diese Landessportschule entsprechend weiter zu entwickeln. Beachtlich sind die Leistungen, die in diesem vergangenen Dezennium erbracht wurden. Und das ist alleine an den Kursen schon abzuschätzen und zu erkennen, wenn man laut Bericht weiß, dass mehr als 700 Kurse, Schul- und Projektwochen hinzugerechnet, hier abgewickelt wurden. Es ist dem Schulleiter, dem Herrn Krispel und seinem Team sicherlich Dank und Anerkennung dafür abzustatten, dass es gelingt, auf die vielfältigen Interessen der verschiedenen Benutzer einzugehen, die hier nicht nur Benutzer sind, sondern viele haben hier Heimat gefunden im sportlichen Sinn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Sportjahr 2000 stand aber dennoch zu Jahresbeginn im Banne sehr positiver Ereignisse. Vor allem

die Damen, ich will sagen, die weiblichen Sportsternen konnten sich hier ganz besonders in den Vordergrund rücken. Unsere weltmeisterliche Michaela Dorfmeister ist eine Miss Riesentorlauf im vergangenen Jahr geworden. Aber auch eine weitere Pernitzerin oder ein Mitglied des Pernitzer Wintersportklubs, Iris Lienhard, eine Skibob-Sportlerin hat es zu Weltcup- und Weltmeisterehren gebracht. Seriensieger Hypo Niederösterreich ist beim Damen-Handball abermals das Kunststück gelungen, ihre Serie an Europacupiteln auch im Jahr 2000 entsprechend fortzusetzen.

Im Bereich unserer männlichen Vertreter in diesem Genre finden wir sehr gute Erfolge. Vor allem unsere Cracks im Tischtennis, im internationalen Tischtennis haben solche hier erbracht. Damit sind Werner Schlager und Karl Jindrak angesprochen, welchen es gelungen ist, also Erstgenanntem, erstmals ein Top-Turnier für sich und Niederösterreich zu entscheiden.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, große Hoffnungen, wie so oft, haben wir Niederösterreicher vor allem in die Olympischen Spiele gesetzt. Niederösterreich hatte die größte Teilnehmerriege im Reigen der Bundesländer zu verzeichnen. Allein 27 Athletinnen und Athleten von 95 österreichischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat unser Bundesland gestellt. Die Erfolge, kann man schlussendlich sagen, waren nicht schlecht. Leider blieben Highlights aber insgesamt aus. Man muss aber hier auch berücksichtigen, dass gerade bei Olympiaden die größte Dichte an Teilnehmern vorhanden ist, dass hier absolute weltweite Präsenz gegeben ist. Insgesamt gesehen können wir uns auch mit diesem Ereignis und dessen Ergebnissen zufrieden schätzen.

An Sportevents im Jahr 2000 ist ganz besonders anzuführen die Prolongierung der Internationalen Springturniere auf Schloss Grafenegg, eine Topveranstaltung im Bereich des Pferdesportes, nicht nur national sondern auch international von Bedeutung. Und, wie immer jedes zweite Jahr, als Abschluss des Sportjahres in Niederösterreich der Schiweltcup am Semmering. Wo es gelungen ist, unter dieser Veranstaltung auch wesentliche wirtschaftliche und touristische Elemente in die vormals touristisch notleidende oder in die Bedeutungslosigkeit zurückgefallene Region wieder zu bringen. Der Semmering hat hier nicht nur mit dem Sport ein tolles Angebot auszurichten, nachdem er vor allem für den dicht besiedelten Raum, für Wien und dessen Umland, eine sehr anreisegünstige Sportstätte darstellt. Sondern ich glaube, dass insgesamt das Image der Region Semmering an Modernität und Attraktivität dadurch gewonnen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sportausübung bedarf zumeist einer guten Infrastruktur, umso mehr also der Spitzensport. Unser Bundesland hat in den vergangenen Jahren durch eine sehr kluge und vorausschauende Sportpolitik, die von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop getragen wird, enorm viel Unterstützung gegeben. Aber vieles wurde auch selbst initiiert. Und der Sportbericht legt hierüber eine gute Bilanz. Auch Umsicht und soziales Gewissen, das hat Abgeordneter Kautz auch angeschnitten, kann von unserem Sportbericht abgeleitet werden. Denn es gilt nicht nur alleine diese Infrastruktur mit der Spitzensportförderung, der NÖ Top-Sport Aktion hier zu erwähnen, auch dort wo es Probleme gibt, etwa Hallenmieten für Topvereine oder Topsportler zu bezahlen, springt das Land mit Finanzierungs- und Beteiligungsmodellen ein. Es ist mit dabei, das Land, wenn es darum geht, große internationale Veranstaltungen mitzufinanzieren. Auch die angesprochene Doping-Kontrollen, die sportärztlichen Untersuchungen, die in Form einer Gutschein-Aktion unterstützt werden womit zusätzlich animiert wird dazu, damit sie auch tatsächlich angenommen werden, sind zu erwähnen, aber vor allem auch die im Vorjahr ausgeweitete Sport-Kollektiv Haftpflicht- und -unfallversicherung ist ihres Zeichens sicherlich der Beweis, dass hier der Sport in seiner allgemeinen Wirkung nicht nur zur körperlichen Ertüchtigung, zur Freizeitgestaltung, sondern auch als soziales, gesundheitsstärkendes Element in seinem vollsten Umfang wirksam sein soll. Es gibt immerhin in dieser Versicherungssparte bereits über 64.000 Versicherte. Im vergangenen Jahr wurden über 200 Schadensfälle gemeldet und es wurden an Schadensvergütung bzw. -abgeltung zwei Millionen Schilling an die Betroffenen ausbezahlt. Ich bin also sehr dankbar für diese Initiative. Denn wir dürfen in aller Euphorie und Begeisterung für den Sport auch nicht dessen, wenn auch kleine, Schattenseiten sehen, die für den einzelnen Betroffenen doch sehr stark in das persönliche Schicksal negativ eingreifen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch im Bereich des Behindertensportes wird so, wie alle Jahre zuvor, in Abstimmung mit deren Vertreter ein gutes Auskommen und eine gute Zusammenarbeit gepflegt. Die von Abgeordneten Mag. Fasan angesprochenen 135.000,- Schilling, die hier einfließen, sind bei Weitem nicht alles was dem Versehrten-sport in Niederösterreich zugute kommt. Der Versehrten-sport hat an und für sich ein Problem, dass er nach wie vor von der BSO, von der Bundes-Sportorganisation nicht anerkannt ist. Dennoch wird vom Land Niederösterreich in den anderen begleitenden Förderungsmöglichkeiten, wie das kostenlose Zur Verfügung Stellen von Hallen, von Kursen,

bei der Anschaffung von Sportgeräten gefördert. Im Bereich der Behindertenhilfe haben wir beste Möglichkeiten und auch die Anerkennung dieser Versehrten-sportaktion, dass wir hier insgesamt also eine gute, zweckdienliche Kooperation finden, die den Behindertensportlern bestmöglich zugute kommt um auch internationale Bewerbe erfolgreich zu bestreiten.

In einer Hinsicht hat er zweifellos Recht: Die Darstellung selbst könnte im Sportbericht genauer definiert werden. Wir werden das sicherlich auch anregen, damit man dann tatsächlich die Leistungen in dieser Sparte vielleicht auch insgesamt besser ausmachen kann.

Dem Resolutionsantrag des Kollegen Mag. Fasan wird unsere Fraktion nicht die Zustimmung erteilen aus genannten Gründen, da hier der Text irreführend erscheint in dem Zusammenhang, dass Niederösterreich eventuell diesbezüglich in die Optik käme, für den Versehrten-sport zu wenig zu tun.

Zur Kritik von Abgeordneten Marchat darf ich so viel sagen, dass die Landesnachwuchszentren mit mehr als einer Million Schilling gefördert werden. Es gilt so wie in anderen Bereichen entsprechend die nötige Geduld zu haben und entsprechende Teams sich entwickeln zu lassen. Man kann das nicht von der Stange kaufen, sondern muss durch viel kluge und gute Arbeit eben dann den Erfolg auch reif werden lassen.

Zusammenfassend, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich festhalten, der Sportbericht 2000 umschreibt wirklich die Realität des Sportgeschehens in Niederösterreich in einer guten und ehrlichen Art. Hier wird klargestellt, dass mit all diesen Einsätzen, mit all diesen Bemühungen, all diesen Mitteln für Zehntausende Sporttreibende und Hunderte von Vereinen im ganzen Land eine gute Grundlage einerseits für eine bestmögliche Leistungsbereitschaft und der Erbringung von Leistung gegeben ist. Und zum Anderen, dass über den Sport, im Breitensport vor allem, die Lebensfreude und die Lebensgestaltung bestmöglich unterstützt wird. Und zum Dritten, und das ist ganz, ganz wichtig, dass der Sport in Niederösterreich auch weiterhin eine Quelle der Gesundheit, der Lebensfreude und der Vitalität sein kann. In diesem Sinne danken wir allen, die in diesem Genre Sport in Niederösterreich Verantwortung und Berufung sehen und wünschen uns, dass vom Sportbericht 2000 dessen positiven Wirkungen auch in die nächsten Jahre übertragen werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Breininger (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Es wird darauf verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kultur-Ausschusses, Ltg. 633/B-35/3:*) Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist angenommen!

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Behinderten- und Versehrten-sport abstimmen. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:*) Ich stelle fest, das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! (*Zustimmung Grüne, FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ.*)

Ich ersuche Frau Abgeordnete Krammer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück **Ltg. 737/V-11/6** einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Krammer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 737/V-11/6 betreffend die Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung.

Die geltende Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000, BGBl.111/1997, tritt gemäß Art.31 Abs.2 mit 31. Dezember außer Kraft. Gemäß Art.31 Abs.3 dieser Vereinbarung treten die in Durchführung dieser Vereinbarung ergehenden Bundes- und Landesgesetze mit Außerkrafttreten dieser Vereinbarung auch außer Kraft. Im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen wurde zur Sicherung des Anspruchs an eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Krankenanstalten insbesondere vereinbart, den Finanzbetrag aus dem Bundesbereich (Bund- und Sozialversicherungsträger) gegenüber dem jetzigen Zustand nicht zu verändern. Umschichtungen im Bundesbereich bleiben dem Bund unbenommen. In Entsprechung dieser Einigung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen wurde zwischen dem Bund und den Ländern als Vertragsparteien der Text der neuen Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung fixiert. In dieser Vereinbarung wurden folgende Punkte näher erläutert: Strukturveränderungen unter stärkerer Einbezie-

hung insbesondere des ambulanten Bereiches, flächendeckende verbindliche Verankerung der Qualitätsarbeit auf allen Ebenen des Gesundheitswesens, Unterstützung einer für das Gesundheitswesen maßgeblichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Schätzung der Beiträge an die Landesfonds, Durchführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, Finanzierung von Planungen und Strukturreformen, Arbeitsgruppe für Strukturveränderungen, Förderung des Transplantationswesens, Sicherstellung und Weiterentwicklung der bestehenden Dokumentation und Erfassung weiterer Daten, Fortsetzung des Konsultations- und Sanktionsmechanismus, Finanzierung von Leistungen für inländische Gastpatienten und ausländische Anspruchsberechtigte, Anstaltspflege im Ausland aus medizinischen Gründen. Diese Vereinbarung tritt mit 1. Jänner 2001 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2004 außer Kraft. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stelle den Antrag des Gesundheits-Ausschusses betreffend die Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung wird genehmigt.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Uns liegt vor die Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung. Und wenn man das mit einem Satz zusammenfasst was in dieser Vereinbarung so drinnen steht, da könnte man sagen, der große Wurf schaut anders aus.

Blicken wir ein wenig in die Tiefe dieser komplizierten Materie und dieser komplizierten Vereinbarung und beginnen wir mit dem LKF-System, dem leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierungssystem. Es existiert seit 1997 und wurde installiert mit dem Ziel, die Belegsdauer, die Krankenhaushäufigkeit zu reduzieren und das Gesundheitswesen, insbesondere das Krankenanstalten-

wesen entsprechend zu reformieren. Das einzige, was dabei herausgekommen ist war tatsächlich eine Reduktion der Belegsdauer. Was klar ist, wenn man nicht mehr nach Belegtagen abrechnet, sondern nach den erbrachten Leistungen. Die Krankenhaushäufigkeit aber hat sich nicht reduziert. Und die Anzahl der Betten und die Anzahl der Besuche von Krankenhäusern ist nach wie vor in Österreich um ein Drittel höher als im EU-Durchschnitt. Angebote im niedergelassenen Bereich fehlen großteils, ausgenommen vielleicht diese jetzige Initiative für Gruppenpraxen. Aber ans Eingemachte ginge es ja erst dann, wenn tatsächlich mehr Planstellen zugelassen würden und davon ist ja weit und breit nichts zu sehen. Aber darauf kommen wir später noch.

Was fehlt, was insbesondere fehlt ist der Abbau, der tatsächliche Abbau von Akutbetten um dieses Missverhältnis, das offensichtlich existiert im europäischen Vergleich, zu beseitigen. Und das gilt auch für Niederösterreich. Niederösterreich reduziert in diesem neuen Krankenanstaltenplan um ganze drei Prozent bis 2005 an Akutbetten im Normalpflegebereich. Keine 200 Akutbetten werden reduziert von 8.064 tatsächlichen auf 7.868 bis 2005 geplante. Das ist keine Krankenanstaltenreform! Wenn man es ernst nimmt mit dem was drinnen steht in dieser Vereinbarung, also Verlagerung in den niedergelassenen und in dem ambulanten Bereich: Das geschieht nicht. Statt dessen ist es nach wie vor ein enormer bürokratischer Aufwand, insbesondere für die Häuser, die das ja alles bearbeiten müssen. Und die Vereinfachung, von der die Rede ist, auch in der Vereinbarung die Rede ist, die lässt auf sich warten und ist auch nur sehr marginal in dieser Vereinbarung angedacht.

Wir haben also dieses LKF-System seit dem Jahr 1997. Es wurde auch für die Gemeinden, für die Träger der Krankenanstalten als die große Lösung präsentiert, verschuldete Trägergemeinden können sich damit ihre finanziellen Spielräume vergrößern. Ich erinnere mich gut an die Reden vieler Bürgermeister, die ihren Gemeinderäten versprochen haben, dass jetzt alles besser wird. Nichts ist besser geworden dadurch! Oder zumindest die Reformen, die man sich dadurch erwartet hat, sind nicht eingetreten. Die Schulden der Gemeinden sind gestiegen. Die Kosten sind gestiegen. Die Kosten wurden aber andererseits, und damit sind wir in Wirklichkeit beim Kern des Problems, die Kosten wurden ja gedeckelt von den Sozialversicherungsträgern und vom Bund. Und natürlich auch vom Land. Das heißt, es sind nach wie vor die Krankenanstaltenerhalter diejenigen, die mit diesem System fertig werden müssen.

Damit sage ich nicht von vornherein oder grundsätzlich, dass dieses leistungsorientierte Finanzierungssystem von Grund auf schlecht ist. Das ist es nicht. Aber es müsste reformiert, vereinfacht werden, der Aufwand müsste reduziert werden. Und es müssten verschiedene Komponenten eingebaut werden, die es den Trägern möglich machen, budgetär vernünftig mit ihren Mitteln durchzukommen.

Ein Bereich, der auch in keinsten Weise gelöst ist in dieser Vereinbarung ist der Bereich der Ambulanzen. Sie sind einer der wesentlichen unverträglichen Kostenfaktoren für die Krankenanstaltenträger. Und wenn man in die Finanzvorschau des NÖGUS blickt, dann sieht man, dass die Abgeltungsleistungen des NÖGUS für diese Krankenhausambulanzen in den nächsten Jahren weiter reduziert werden sollen anstatt dass sie angehoben werden. Nämlich auf 250 Millionen im Jahr 2002 und 150 Millionen im Jahr 2003. Wenn also sich die Gemeinden dagegen zur Wehr setzen und vorsprechen und vorstellig werden beim NÖGUS und eine Rücknahme dieser Maßnahmen fordern oder eine Nichtdurchführung dieser Maßnahmen und im Gegenteil eine Erhöhung dieser Ambulanzabgeltungen fordern, dann tun sie das mit Recht und mit gutem Grund.

Dazu kommt, dass jetzt nach der neuen Regelung durch die Bundesregierung bezüglich der neuen Ambulanzgebühren ein weiterer Aspekt eintritt. Nämlich dass die Ambulanzen diese Gebühren einheben müssen, dass ein gewisser bürokratischer Aufwand nach wie vor entsteht, dass aber die Gebühren nicht den Trägern der Ambulanzen zugute kommen, sondern den Krankenkassen. Aber nicht etwa um neue niedergelassene Stellen zu ermöglichen, sondern um ihre Budgetlöcher zu stopfen. Und das ist sicherlich keine vorausschauende Gesundheitspolitik!

Niederösterreich hat einen umfassenden Ambulanzkatalog. Was fehlt ist ein Plan auf der Basis der tatsächlichen Leistungsdokumentationen. Also welche Häuser machen tatsächlich welche ambulanten Leistungen und sollen sie auf Grund ihrer Bedeutung im NÖ Krankenanstaltenplan auch durchführen. Dabei wäre es durchaus möglich, das zu machen. Es wäre eine wirkungsvolle Maßnahme zur Strukturbereinigung. Denn natürlich kann es nicht nur so sein, dass ständig gezahlt wird und dass ständig Geld hineinfließt. Es müssen auch strukturelle Reformen kommen. Aber die führt man am besten durch auf der Basis einer vernünftigen Planung. Also zum Beispiel eines Ambulanzplanes. Und daher darf ich Ihnen folgenden Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 737/V-11/6, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG GS4-20/III-30/1072 vom 24.4.2001, über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung betreffend Erstellung eines niederösterreichischen Ambulanzplanes.

Die Gesamtausgaben des NÖGUS im Jahr 1999 beliefen sich auf über 12,35 Mrd. S. Lediglich 3,27 % davon wurden für Ambulanzgebühren ausgegeben, obwohl die Kosten dieser ambulanten Leistungen in den NÖ Krankenhäusern ein Vielfaches dieses Prozentsatzes ausmachen und viele Trägergemeinden in enorme finanzielle Notlagen bringen.

Die neue Vereinbarung ist hinsichtlich einer grundsätzlichen Reform der Abgeltung ambulanter Leistungen unzureichend. Sie sagt aus, dass die Abgeltung ambulanter Leistungen und Nebenkosten grundsätzlich im Rahmen der Landesfonds zu regeln ist (Art. 18 Abs.9), verweist aber auch auf das Vorhaben der Erstellung eines Leistungskataloges im ambulanten Bereich (Art. 23 Abs.4).

Der NÖGUS plant für die Jahre 2002 und 2003 eine drastische Reduktion der Abgeltung ambulanter Leistungen, ohne für medizinischen Ersatz im niedergelassenen Bereich und finanziellen Ersatz bei den Trägern zu sorgen. Es erscheint daher sinnvoll, dass das Land Niederösterreich raschest einen landesweiten Ambulanzplan erstellt, um über eine vernünftige Basis für ein gerechtes und hochwertiges Abgeltungssystem für ambulante Leistungen zu verfügen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den NÖGUS zu beauftragen,

- eine geeignete Diagnosen- und Leistungsdocumentation für Ambulanzleistungen zu erstellen
- diese als Grundlage für einen umfassenden Ambulanzplan heranzuziehen und
- bis zur Erstellung dieses Planes die Abgeltung ambulanter Leistungen in den NÖ Spitälern gleichwertig mit stationären Leistungen abzugelten.“

Ich ersuche Sie, dieser Resolution zuzustimmen im Interesse der Krankenhäuser und im Interesse der sie tragenden Gemeinden.

Die Krankenkassen, das haben wir schon kurz angesprochen, sind ja eigentlich fein 'raus. Sie zahlen zu den Krankenhäusern einen Pauschalbetrag. Bundesweit macht der aus rund 41,5 Milliarden. Das sind nicht ganz zwei Drittel dieses gesamten Kuchens den das Krankenanstaltenwesen kostet. Und damit sind die Kosten gedeckelt, unabhängig davon welche Kosten tatsächlich anfallen. Im niedergelassenen Bereich ist das anders. Da sind die Krankenkassen an die tatsächlichen Kosten gebunden, die bei einem Arztbesuch anfallen. Daher ist also die Bereitschaft zu Reformen bei den Krankenkassen natürlich relativ gering. Und das ist der Kern des Problems. Und das Problem werden wir mit Ambulanzgebühren zum Beispiel nicht lösen. Weil wir da nur die Budgetlöcher im Krankenhaus stopfen, aber die Rechtslage im Zusammenhang mit der Finanzierung des niedergelassenen und des Krankenanstaltenbereiches nicht ändern. Was aber notwendig wäre.

Weiters zu dieser Vereinbarung: Was aussteht, ist eine integrierte Leistungsangebotsplanung. Sie wird angesprochen in dieser Vereinbarung. Sie wird angerissen, sie wird angedeutet. Aber durchgeführt wird sie nicht! Konkrete Hinweise darauf, wie das geschehen soll gibt es nicht. Sie könnte vielleicht in der Strukturkommission bearbeitet werden, sie könnte vielleicht entwickelt werden, aber das ist fraglich ob das geschieht.

Die Dokumentation ist also zur Verrechnung sehr wohl vorhanden. Denn überlegen wir uns: Seit 1997 gibt es das LKF-System und seit 1997 liefern die Krankenhäuser Daten an die Landesfonds, mit ganz spezifischen Leistungen, die abgegolten werden. Und danach verrechnen die Landesfonds. Das heißt, die Leistungsdocumentation ist da. Zur Verrechnung wird sie verwendet. Zur Planung wird sie nicht verwendet. Für die Planung werden diese Daten nicht genützt. In Wirklichkeit bräuchte man aber genau diese Leistungsangebotsplanung, um nicht ständig in dem stecken zu bleiben was wir jetzt haben. Nämlich einen Krankenanstaltenplan, einen Bettenplan, wenn wir so wollen, aber keinen Plan der medizinischen Leistungen in diesen einzelnen Häusern. Obwohl wir auf Grund der Verrechnung und der Bedeutung dieser Häuser eigentlich genau wissen, was dort geschehen sollte. Es ist diese Leistungsangebotsplanung angedacht, aber sie wird nicht durchgeführt. Sie ist ganz kurz nur erwähnt. Und was man dazu brauchen würde wäre eine gesamte, eine ganzheitliche, eine integrierte Gesundheitsplanung, die sich nicht nur mit den Krankenhäusern beschäftigt, sondern insgesamt mit dem Gesundheitswesen. Auch sie wird angedeutet im Artikel 3 dieser Vereinbarung. Aber die Schritte zur Verwirklichung bleiben aus. Und

daher darf ich Ihnen einen zweiten Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 737/V-11/6, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG GS4-20/III-30/1072 vom 24.4.2001, über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung betreffend Erstellung eines ganzheitlichen Gesundheitsplanes.

Artikel 3 der Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung legt fest, dass die Planung des österreichischen Gesundheitswesens grundsätzlich alle Ebenen und Teilbereiche der Gesundheitsversorgung (insbes. stationärer, ambulanter und Rehabilitationsbereich) und den Pflegebereich sowie deren Beziehungen untereinander umfassen soll.

Für den ambulanten und teilstationären Bereich des Gesundheitswesens gibt es diese Planung noch nicht. So fehlt in der Vereinbarung etwa ein Spitalsambulanzplan, ein Pflegebereichsplan und ein Rehabilitationsplan. Auch ein Niederlassungsplan für Kassenvertragsärzte ist nicht vorhanden. Viele dieser Leistungsangebotskonzepte sind laut der vorliegenden 15a-Vereinbarung im Laufe ihrer Gültigkeitsdauer zu entwickeln. Um dieses Vorhaben tatsächlich zu verwirklichen, bedarf es auch der Initiative der Bundesländer.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Ausarbeitung der fehlenden Pläne der Gesundheitsversorgung in den von den Vertragsparteien beschickten und dafür zuständigen Gremien voranzutreiben und dadurch effizient zur Entwicklung eines ganzheitlichen Gesundheitsplanes im Sinne eines integrativen Gesundheitssystems beizutragen.“

Ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es ist ein auch sehr weit gefasster, offen gehaltener Antrag. Es geht also darum, dass die Landesregierung hier initiativ wird. Sie kann das in der Arbeitsgemeinschaft, sie kann das in der Strukturkommission. Es gäbe also hier durchaus Möglichkeiten, das voranzutreiben was in dieser Vereinbarung nur angerissen aber nicht verwirklicht wird.

Zusammenfassend kann man sagen: Diese Vereinbarung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung ist zum Teil ein Versuch eines Beginnes eines Anfanges einer sinnvollen Bemühung um ein integriertes, ganzheitliches Gesundheitswesen. Weit gehen diese Forderungen aber nicht. Viel hat sich noch nicht verändert. Die Chancen, die sich geboten hätten mit so einer neuen Vereinbarung wurden eigentlich mehr vertan als genützt und daher können wir dieser Vereinbarung unsere Zustimmung nicht erteilen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. Rosenkranz (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Diese Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass die Gelder des Bundes auch eintreffen, dass damit die Finanzierung vor allem der Krankenanstalten auch in Zukunft termingerecht gesichert ist. Schon allein dies wäre ein Grund, unbedingt hier zuzustimmen.

Zum Zweiten aber sehen wir darin auch in den Fragen der Zielsetzung und wohin eine Reform zu gehen hat, einige sehr gute Anhaltspunkte. Dass sie nicht bis ins Detail ausgefeilt sind, ist an und für sich auch etwas, was man positiv bewerten kann. Denn nicht zuletzt ist eine solche Gesundheitspolitik auch im Interesse der Länder eine Sache, die sehr viel mit den Ländern zu tun hat und da auch entschieden werden soll.

Diese Anregungen gehen, wie auch mein Vordner anerkannt hat, in die richtige Richtung. Und es wird eben dann auch Aufgabe des Gesundheitslandesrates in Niederösterreich und des Finanzlandesrates und überhaupt aller jener, die im NÖGUS mitarbeiten, sein, diese Zielbestimmungen in den Landesgesetzen nachzuvollziehen und zu erreichen. Man kann wirklich sehen, dass die Tendenz in die richtige Richtung geht. In die Richtung, die seit Jahren eigentlich unwidersprochen von allen Fraktionen als die Richtung erkannt worden ist, die notwendig ist.

Zum Gesundheitswesen grundsätzlich: Da sieht man ja ein gewisses Paradoxon: Je besser das Gesundheitswesen funktioniert, und ich stehe nicht an zu sagen, dass wir ein gut funktionierendes Gesundheitswesen haben, desto höher wird die

Lebenserwartung sein. Desto höher werden natürlich auch die Kosten werden. Und desto größer sind die finanziellen Belastungen, die wir ins Auge zu fassen haben, damit ein hoher Standard gewährleistet bleibt. Und das ist genau die Mühle in der wir uns befinden und der wir entsprechen müssen.

Und das heißt natürlich auch, dass nicht ein Groschen falsch verwendet werden darf. Dass sozusagen die Finanzierung wirklich optimiert werden muss. Und da ist einmal eines ganz dringend notwendig, und das wird hier das erste Mal auch ganz deutlich als Zielbestimmung dargestellt: Alle Bereiche, stationär, ambulant und der niedergelassene Bereich, müssen optimal aufeinander abgestimmt sein. Das ist ja etwas, woran es immer noch wirklich mangelt. Aber es ist eine banale Tatsache, dass bei knapper werdenden Ressourcen und bei der Verpflichtung und auch dem Bekenntnis zu einer Aufrechterhaltung der Qualität es notwendig ist, dass die Leistung auf jener Ebene erbracht wird, wo sie am günstigsten zu haben ist. Und das ist nun einmal in vielen Bereichen der niedergelassene Bereich. Es ist erfreulich, dass es hier zu einer integrierten Planung kommt, zu einer Abstimmung zwischen niedergelassenem und vor allem stationärem Bereich.

Das zweite Problem der Abstimmung, das gerade für uns Niederösterreicher ein großes ist, ist die Abstimmung überregional zwischen den Bundesländern. Wir erleben hier Defizite zwischen Wien und Niederösterreich. Aber es ist grundsätzlich notwendig, bei der ständigen Weiterentwicklung bei der Medizin, Stichwort Transplantationsmedizin, dass man sich klar darüber wird, dass die wirklichen Höchstleistungen der Medizin in einem Land, das so klein ist wie Österreich, natürlich überregional und bundesweit geplant werden müssen. Und dass wir einfach gar nicht in jedem Bundesland diese Vorhaltungen und diese wissenschaftlichen Notwendigkeiten anbieten können die wir brauchen um hier wirklich weltspitze zu sein. Also diese bundesweite überregionale Abstimmung ist auch hier als Ziel verankert und auch das ist sehr wichtig.

Der dritte Punkt, in dessen Richtung immer wieder gegangen wird, wo wir in Niederösterreich auf der außerstationären Ebene auch einige Schritte gesetzt haben mit der Hospizbewegung, ist die Palliativmedizin. Erfreulich, dass es hier zu einem Schwerpunkt kommt.

Nächstes: Die Schnittstellen zwischen den einzelnen Bereichen. Was man in der Planung machen muss, nämlich integriert zu planen, muss natürlich in der Organisation nachvollzogen werden. Und gerade daran mangelt es immer noch sehr

stark. Und es wird erfreulich sein, wenn auch in der Organisation jeder Anschein vermieden werden kann, dass es ein Gegeneinander der einzelnen Bereiche gibt. Sondern wenn hier wirklich eine Kooperation in gutem Geiste stattfindet zwischen Spitälern, niedergelassenem Bereich und nachsorgenden Einrichtungen, wie es eben die mobilen Dienste sind.

Wichtig und notwendig auch für die Qualität der Arbeit ist eine bundesweite Definition des Qualitätsbegriffes und eine Verbesserung und eine Stütze der Qualitätsarbeit durch die Inanspruchnahme von Mitteln der modernen Kommunikationstechnologie und der Informationstechnologie. All das ist hier verankert. Es wird notwendig sein, das auf Landesebene mit Leben zu erfüllen. Wir werden dieser Vereinbarung zustimmen, weil sie notwendig ist zur termingerechten Finanzierung. Aber auch weil wir mit den Zielbestimmungen übereinstimmen. Und wer in diese Richtung geht, auch was die Landes-Gesundheitspolitik betrifft, der kann immer mit uns rechnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die 15a-Vereinbarung, die abgeschlossen wurde, darf ich schon ein bisschen vom Zustandekommen her kritisieren. Grundsätzlich sprechen wir von Gesundheit. Und in Wirklichkeit verhandelt mit dem Bund der Finanzreferent. Jetzt weiß ich schon, es gibt ein altes Sprichwort: „Ohne Geld ka Musi“. Einverstanden! Nur, wenn es um das Gesundheitsressort geht, dann müsste zumindestens der Gesundheitslandesrat dabei sein.

Ich weiß schon, der NÖGUS, diese Konstruktion mit vier Vorsitzenden, ist alles möglich. Wenn wir effektiv arbeiten wollen, so müssten wir wirklich trachten, dass jeder, der dafür Verantwortung trägt, auch dabei ist. Dass nicht nur einer verhandelt. Es ist ja nicht nur in Niederösterreich, sondern es ist in allen Bundesländern so, dass die Finanzreferenten die 15a-Vereinbarung aushandeln und die Gesundheitsreferenten dann diese exekutieren müssen. Das ist das Eine.

Das Zweite: Dass wir heute eine Vereinbarung beschließen, die seit 1. Jänner in Kraft ist. Also wir sanktionieren etwas, was schon gang und gäbe ist. Es wäre daher meiner Meinung nach vernünftig gewesen, zumindest vorher darüber zu diskutieren. Denn wir können heute nur Ja oder Nein sagen und wir können kein Jota an dieser Vereinbarung ver-

ändern. *(Abg. Ing. Hofbauer: Schlögl wird wohl dabei gewesen sein bei den Verhandlungen!)*

Lieber Freund, du bist falsch informiert! Es war weder Schlögl dabei noch Bauer dabei. Landesrat Mag. Sobotka hat alleine verhandelt. Nicht nur in Niederösterreich, in allen anderen Bundesländern ist es auch so.

Nun zur Vereinbarung als solcher. Sicher, sie regelt bis zum Jahr 2005 die Geldflüsse zwischen Land, Bund, Gemeinden und Krankenkassen oder Versicherungsträgern. Und regelt auch einen gewissen Teil der Steuerung im Bereich der Gesundheit. Nur, glaube ich, darf es nicht so weit kommen, dass der Thatcherismus sich durchsetzt. Dass man fragt, wie alt bist du und du bekommst noch einen Herzschrittmacher oder wie alt sind sie und sie bekommen keine Hüfte mehr. Also in diese Richtung darf es nicht gehen!

Ich glaube allerdings, hat man bei diesen Verhandlungen sehr wohl einmal zu viel nachgegeben oder man hat bewusst nachgeben wollen, weil eben diese Regierung momentan ein Teil von uns ist. Ich will es so ausdrücken. Denn wenn Mag. Fasan kritisiert hat, dass nur wenige Betten im Abbauplan jetzt drinnen sind, so darf ich schon erinnern, dass vor 2000, also im Jahr 1999 sehr wohl 3.000 Betten in Niederösterreich abgebaut wurden. Akutbetten abgebaut wurden! Die anderen Bundesländer haben es nicht gemacht. Und dann ist man hergegangen von Bundesseite und hat gesagt, was ihr gemacht habt interessiert uns nicht, noch einmal 'runter mit den Betten. Und da ist ein Fehler passiert! Ich gebe Ihnen schon Recht. Man kann natürlich noch weiter zurückgehen mit den Akutbetten. Nur soll es nicht so weit sein, dass a) nachgefragt wird das Geburtsdatum ob die Operation noch durchgeführt wird oder nicht, oder b) dass unter Umständen Gangbetten notwendig sind. Auch dazu können Sie mich nicht haben.

Die Frage ist aber, und das, glaube ich, ist ein zentrales Problem, wie geht man um mit stationärer Behandlung, extramuraler Behandlung und Nachbehandlung? Wenn wir auf dem richtigen Weg gehen wollen, so müssen wir einmal grundsätzlich davon abkommen, dass der niedergelassene Praktiker nur 12 Wochenstunden ordiniert. Nur mit 12 Wochenstunden wird es nicht funktionieren dass dort die Leistung erbracht wird wo sie vielleicht zu erbringen sein könnte. Denn mit 12 Wochenstunden, aber in jenem Betrieb noch und dort noch als Sachverständiger und da noch als Sachverständiger tätig, werden sich die Warteschlangen beim Arzt erhöhen und werden auch dementsprechend Beschwerden kommen. Automatisch geht der Patient dann wieder in das Krankenhaus, in die Ambu-

lanz. Darüber muss man nachdenken. Das ist das Eine.

Das Zweite: Wir haben einen Ambulanzkatalog. Den gibt es. Doch von der Seite des Geldes her gibt es die Anpassungen nicht. Und es wurde gestern ja die letzte NÖGUS-Sitzung, Ständige Ausschusssitzung, fortgesetzt. Und hier gibt es einen Lösungsansatz auch, wie Sie in Ihrem Antrag begründet haben, mit einem Ambulanzplan. Also das ist schon im Ständigen Ausschuss gestern so dargelegt worden. *(Abg. Mag. Fasan: Darauf sind wir gespannt!)*

Es gibt ihn schon. Genauso wie es einen Stellenplan gibt. Die Krankenkassen haben ja landesweit einen Plan, der Planstellen für niedergelassene Ärzte vorsieht. Doch da gibt es jetzt ein zweites Problem. Wie ist das denn mit den niedergelassenen Ärzten? In den Ballungszentren kein Problem, da kommen mehr als Planstellen da sind. Aber in entlegenen Gebieten, Waldviertel, Weinviertel, in den Tiroler Tälern, wo das „Patientengut“ nicht in dieser Menge da ist, da wird sich der niedergelassene Arzt nicht niederlassen. Weil er riesige Einkommensunterschiede zu dem hat, der irgendwo im Zentrum die Möglichkeit hat sich anzusiedeln.

Das heißt, wenn wir schon Pläne erstellen müssen wir wissen, du kannst entweder die freie Arztwahl haben, die Niederlassungsfreiheit. Aber dann kann man nicht davon ausgehen, dass überall der richtige Arzt an richtiger Stelle da ist. Weil ich ihn ja nicht zwingen kann, einen gewissen Einkommensverzicht leisten zu müssen nur weil er dort in diesem Seitental vielleicht als Arzt tätig ist und weniger verdient als ein Bauhilfsarbeiter. Also das, glaube ich, muss man auch bedenken.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich noch zu zwei anderen Punkten kommen. Wir reden momentan sehr viel von EDV. Vernetzung ist das Schlagwort. Wenn ich allerdings jetzt sehe und höre und weiß, dass in Niederösterreich unter den Landeskrankenhäusern es, geschweige denn von privaten Rechtsträgern der Gemeinden, nicht möglich ist, eine Vernetzung aufzubauen, damit ich Daten nicht brav schreiben muss, mit der Post weiterschicken, und dort wieder lesen muss, dann wäre doch vernünftig im EDV-Zeitalter, die Vernetzung soweit voranzutreiben, dass wir es bekommen. Und ich darf ein Beispiel sagen: Die Krankenhäuser Neunkirchen, Hohegg, LKH Mödling und Baden gehen diesen Weg der Vernetzung. Und wir versuchen wirklich, die Daten so zu übertragen, damit man den sogenannten Arztbrief und all das nicht hat, sondern dass man das per EDV machen kann.

Doch dann gibt es andere Häuser, die ein anderes System nehmen. Ob das gescheit ist frage ich jetzt. Entweder ein System, damit wir miteinander kommunizieren können, oder jeder macht was er will, wie bei den Raubrittern. Aber dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Kosten explodieren. Wenn wir fünfmal dasselbe machen und es nicht dasselbe ist. Das heißt, hier müsste wirklich auch vom NÖGUS versucht werden, dementsprechend eine Datenleitung, eine Vernetzungsmöglichkeit zu schaffen. Aber nicht nur niederösterreichweit, da gehört auf alle Fälle Wien mit eingebunden. Und in den Randbezirken zu den anderen Bundesländern auch das Nachbarbundesland. Gescheit wäre, wenn wir ein gesamt-österreichisches System hätten. Nur, da bin ich zu lange auf der Welt um an Wunder zu glauben. Das ist das eine.

Das Zweite: Wie funktioniert das mit der Deckelung? Es kann ja nicht so sein, dass wir hergehen, jeder von uns weiß, dass gewisse Steigerungen da sind, und für mich ist gravierend gewesen dass der Bund gedeckelt hat. Noch die alte Bundesregierung, um es klar zu sagen. Der Bund hat gedeckelt und der Nationalrat hat zur gleichen Zeit ein Ärztarbeitszeitgesetz beschlossen. Und den Letzten haben die Hunde gebissen, nämlich die Rechtsträger. Der Bund hat keinen Schilling mehr hergegeben, die Länder haben keinen Schilling mehr hergegeben, die Versicherungsanstalten geben keinen Schilling mehr her. Die Gemeindespitäler, wie sie bei uns in Niederösterreich hauptsächlich da sind, da war der Gewerbeinspektor, der Fachinspektor, ihr müsst ja die 40-Stundenwoche einhalten, ihr müsst 'runterkommen mit den Stunden, ihr müsst Ärzte anstellen. Und zahlen durften wir alleine! Das, glaube ich, ist nicht der Weisheit letzter Schluss!

Das heißt, man muss über die Deckelung nachdenken. Ich bin überzeugt und stehe dazu, dass gewisse Einsparungspotentiale vorhanden waren, vorhanden sind, und so behandelt werden müssen dass es sie nicht mehr gibt. Doch irgendwann hat das Sparen ein Ende. Zu Tode gespart ist auch tot. Das heißt, irgendwann muss man nachdenken: Die Lohnkosten, die Medikamentenkosten, der erhöhte Aufwand, denn jeder will ja heutzutage schon ein Fünfsterhotel haben im Krankenhaus. Ich stehe dazu, nur, diese Qualität kostet auch etwas. Und da darf ich nicht hergehen und sagen, der Letzte zahlt und alle anderen lehnen sich schön zurück, wir haben gedeckelt. Das heißt, die Deckelung muss aufgehoben werden. Man muss darüber nachdenken um eine andere Lösung zu finden.

Und jetzt darf ich vielleicht ganz ketzerisch sagen, das Wort leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung stimmt nicht. Denn das ist ungefähr so, wenn ich irgendwo auf einen Markt einkaufen gehe. Ich kaufe fünf Eier, so kosten die eine Summe X. Kaufe ich 10 Eier, kosten die nicht die Summe zweimal X, sondern zweimal X minus Prozent. Bei einem Krankenhaus kann man das, glaube ich, nicht so machen. Wenn ich mehrere Operationen habe, so kostet die erste genauso viel wie die letzte. Ich kann hier nicht ein Bonifikationssystem einführen. Das heißt aber auch, wir haben eine Menge Geld und eine Menge von Behandlungen. Und am Jahresende, Sie haben richtig gehört, meine sehr geschätzten Damen und Herren, am Jahresende wird das eine durch das andere dividiert und dann erhält man den Punktwert.

Am Anfang versuchen wir, einen Punktwert im Budget einzusetzen. Und am Jahresende sind es vielleicht wenige Groschen, um die sich der Punktwert ändert. Nur, bei einem Haus mit 300 Betten bedeutet ein Groschen drei Millionen Schilling. Ein Groschen beim Punktwert! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Da darf man nicht sagen, was tust du dir an wegen dem einen Groschen. Und wenn es einmal zehn Groschen sind oder acht Groschen bei dieser Summe, so bleibt die dann beim Rechtsträger alleine hängen. Und dann gibt es die Probleme mit den Gemeinden.

Das heißt, man muss sehr wohl darüber nachdenken, wie es weiter geht, wie es sinnvoll weitergehen soll. Wir stehen zu einer Revision des Gesundheitswesens. Wir müssen kostensparend arbeiten, keine Frage. Aber es kann nicht so sein, dass die, die das Geld hergeben, sagen, ich gebe nicht mehr her. Und der, der die Leistung zu erbringen hat, steht irgendwo der Bevölkerung gegenüber. Und die Bevölkerung sagt, ich will die Leistung haben. Sie hat ein Recht auf diese Leistung. Und hat auch das Recht, dass alle einen gleichen Teil bezahlen. Nicht nur jene, die die Häuser erhalten.

Und da muss ich noch einen Satz hinzufügen: Man muss auch darüber nachdenken, ob das KAG noch richtig ist. Mit der Einteilung in NÖKAS-Gemeinden und Träger-Gemeinden. Denn Leistung erfährt der NÖKAS-Bürger die gleiche wie der Bürger aus einer Trägergemeinde. Die Steuerleistung, denn es gibt keine Kommunalsteuer von den Krankenhausbetrieben, und die Umwegrentabilität ist in der mobilen Zeit, in der wir jetzt leben, a) nicht nachweisbar und wirkt sich b) mit ganz wenigen Prozentpunkten vielleicht aus. Denn wenn ich vom

Krankenhaus meiner Gemeinde ausgehe und weiß, dass Leute aus 47 Gemeinden dort arbeiten, so glaube ich nicht, dass alle Beschäftigten bei uns einkaufen. Da werden wenige vielleicht das Notwendigste einkaufen und den Großeinkauf werden sie zu Hause machen oder in einem anderen Einkaufszentrum. Das heißt, hier müsste man zwischen Kopf und Kopf gleichschalten. Nicht dass derjenige, der das Haus zu erhalten hat, mehr Leistung zu erbringen hat als derjenige, der nur als „Gast“ ins Krankenhaus geht. Auch darüber müsste man nachdenken.

Ansonsten, meine sehr geschätzten Damen und Herren, werden wir dieser Vorlage die Zustimmung erteilen. Wir wissen aber, dass noch viel Arbeit auf uns wartet bis wir dort sind wo wir hin wollen, zu einer gerechten Finanzierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. Gansch (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Landtages!

Diese Frage, die unter diesem Punkt diskutiert wird, ist ja eine weitreichende. Es wurde schon gesagt, dass diese Vereinbarung bereits in Kraft ist und dass eine nachträgliche Beschlussfassung durch den Landtag hier stattfindet. Die Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 ist mit 31. Dezember 2000 außer Kraft getreten. Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Vertragsparteien, das sind der Bund, die Länder und die Sozialversicherungen, wobei natürlich auch der Gemeindebund und der Städtebund an den Verhandlungen teilgenommen haben, geeinigt auf eine Fortführung der im Jahre 1997 begonnenen Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung. Das, glaube ich, sollten wir dieser ganzen Betrachtung einmal zugrunde legen. Es wird hier nicht das Rad neu erfunden, sondern das ist paktiert. Und wenn das nicht geschehen wäre, dann würde wahrscheinlich im letzten Drittel dieses heurigen Jahres überhaupt das Geld zu Ende sein. Oder es würde notwendig sein, hier andere Maßnahmen zu setzen.

Die Planung des österreichischen Gesundheitswesens – und das ist ja der Kern dieser Sache – das geht schon tiefer, nicht so wie der Herr Abgeordnete Mag. Fasan gesagt hat, dass es eine oberflächliche Sache ist. Natürlich wird man in den nächsten Jahren an einer weiteren Verfeinerung arbeiten müssen. Und das System ist ja nicht so,

dass nur ein Faktor herausgenommen werden kann, oder einige, sondern es ist global und verzahnt und greift natürlich ineinander. Die Planung dieses österreichischen Gesundheitswesens gewährleistet eine integrierte und aufeinander abgestimmte Leistungserbringung, so heißt es auch hier in diesem Entwurf, auf allen Ebenen der Gesundheitsversorgung bei gleichzeitiger Sicherstellung der Strukturqualität der Leistungserbringung. Und die Planung trägt dazu bei, dass auch in Zukunft für alle Patientinnen und Patienten, unabhängig von Alter, Herkunft und sozialem, gesundheitlichem Status ... Und das ist wichtig, wurde auch hier schon angesprochen vom Herrn Kollegen Kautz, dass der Herzschrittmacher vielleicht überlegt wird, wenn der Patient schon zu alt ist, das darf nicht sein.

Die notwendige Gesundheitsversorgung, österreichweit auf hohem Niveau, hohem Qualitätsniveau und dem aktuellen Stand der Wissenschaft, der Medizintechnik, muss entsprechend frei und in angemessener Entfernung für alle Bürger zugänglich sein. Und damit diese Gesundheitsversorgung auf Grund einer überregional abgestimmten Angebotsplanung gleichzeitig auch weiterhin finanzierbar bleibt, ist die optimale Abstimmung der vorhandenen Ressourcen erforderlich. Das ist eine sehr wichtige Sache. Ziel der neuen Vereinbarung ist auch, dass die Sicherstellung der Weiterführung und Weiterentwicklung der im Jahre 1997 begonnenen Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, insbesondere der Gesundheitsplanung und der Qualitätsarbeit, der Gesundheitstelematik und der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung gewährleistet ist.

Diese Vereinbarung umfasst folgende wesentlichen Punkte: Erstens einmal, dass die Laufzeit von 2001 bis einschließlich 2004 gewährleistet ist. Dass die Verankerung einer alle Gesundheitsbereiche integrierenden Gesundheitsplanung, einschließlich des Schnittstellenmanagements gegeben ist. Diese Schnittstelle ist eine ganz wichtige Sache und sozusagen vergleichbar mit der Verzahnung dieser Dinge.

Dann ist die Festlegung des zu einem Leistungsangebot entwickelten österreichischen Krankenanstaltenplanes einschließlich eines Großgeräteplanes wichtig. Die Möglichkeit der Errichtung von Departements und Fachschwerpunkten, auch das ist gerade in der Neugestaltung sehr wichtig, die Kooperation in den Regionen ist eine wesentliche Sache. Wir konnten beispielsweise im Mostviertel vorige Woche den Kooperationsrat, an dem die Trägervertreter beteiligt sind, bilden für die vier Krankenhäuser Amstetten, Melk, Waidhofen und

Scheibbs. Und der Krankenhausleitungsrat, wo das Triumvirat jedes Krankenhauses dabei ist, dort soll die Arbeit geschehen. Und die Zielvorgabe kommt natürlich von den Trägervertretern. Man kann das nicht verordnen von oben herab, sondern das muss wachsen. Und wir haben das wirklich begonnen im Mostviertel und ich bin ein bisschen stolz darauf, dass das gelungen ist.

Intensivierung der systematischen Qualitätsarbeit und der Bestrebungen im Bereich der Gesundheitstelematik. Das ist eine wichtige Sache. Dann die Einrichtung des Strukturfonds auf Bundesebene und Beibehaltung der Länderfonds, also des NÖGUS. Trotz allem ist er ein brauchbares Instrument, nur muss man halt manch ein Instrument eben so zur Hand nehmen, dass es auch brauchbar ist und etwas bringt. Es ist ja alles ein bisschen in Bewegung. Und daher, glaube ich, sollte man nicht oberflächlich sagen, es ist eigentlich überhaupt nichts geschehen. Das darf man in dieser Frage nicht.

Dass die Überweisung der Beiträge an die Strukturfonds, auch des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie der Träger der Sozialversicherung an die Landesfonds natürlich gesichert ist, die Regelung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, die Förderung des Transplantationswesens und die Finanzierung von Planungen und Strukturveränderungen, das sind ja Vorgaben, die in diesem dicken Schmöker, den wir da jetzt als Grundlage haben, enthalten sind.

Die Sicherstellung und Weiterentwicklung der bestehenden Dokumentation sowie die Erfassung weiterer Daten. Auch das ist wichtig, dass diese Daten entsprechend auch ausgetauscht werden können österreichweit. Dass zum Beispiel Diagnosen über Fernleitungen ausgetauscht werden können. Die Universitätsklinik in Innsbruck hat irgendeinen Spezialisten, Herzspezialisten nehmen wir zum Beispiel an, und dessen Wissen kann von einem Krankenhaus wie Neunkirchen über diese Fernleitung sozusagen abgerufen werden. Und ich glaube, hier besteht durchaus die Möglichkeit, damit etwas Gutes zu tun.

Die Einrichtung der Strukturkommissionen, der neun Landeskommissionen: Es wird nicht anders gehen. In den Ländern gibt es verschiedene Strukturen, auch bei den Krankenhäusern. Die Einrichtung des Konsultations- und Sanktionsmechanismus. Dann eines, das ist etwas, von dem man als Vertreter eines Landes schon sagen muss, dass es nicht gut ist. Ich will das nicht nur loben. Die Schutzklausel zugunsten des Bundes und der Träger der Sozialversicherung. Die Länder werden

verpflichtet, zu verhindern, dass während der Laufzeit der Vereinbarung Forderungen an den Bund oder an die Sozialversicherungen gestellt werden. Es ist eine sehr harte Sache, die da drinnen steht und ich lehne das auch mehr oder weniger ab. Aber es geht nicht anders. Weil die Geschichte ja im Nachhinein jetzt gemacht werden muss. Wobei eine Schutzklausel zugunsten der Länder und Gemeinden wohl vorgesehen ist. Es steht drinnen, keine Verschiebung der Finanzmittel zu Ungunsten der Gemeinden und der Städte, ausgenommen der von Trägern von Fondsrankenanstalten verursachten Kosten. Das steht so drinnen.

Die Lösung des in- und ausländischen Gastpatientenproblems. Auch hiezu wurde schon von der Frau Abgeordneten Rosenkranz angeschnitten, dass ja wir nicht alles selbst tun können, sondern dass eben diese Fachschwerpunkte zu bilden sind und spezielle Dinge halt eben im Rahmen dieses Gesamtplanes geregelt werden sollen.

Die gegenteiligen Standpunkte zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der KRAZAF-Forderungen werden wahrscheinlich bis 31. Dezember 2004 aufrecht bleiben. Das Zustandekommen der Vereinbarung setzt voraus, dass neben dem Bund auch alle Landtage den Abschluss der Vereinbarung tätigen und sozusagen genehmigen. Sollte es zu keiner Einigung kommen – und das ist ja das Schwert, das über uns hängt, über die neue Vereinbarung – würde die Rechtslage zum 31. Dezember 1997 ab 1. Jänner 2001 rückwirkend in Kraft treten. Und das würde uns in besondere finanzielle Schwierigkeiten führen. Die Rechtslage würde zu einem Rückfall in das Betriebsabgangsdeckungssystem, das wir letztlich doch hinter uns gebracht haben mit dem LKF-System, führen. Und das würde zu einer massiven Mehrbelastung der Träger der Sozialversicherungen auch auf Grund des Salzburger Modells, das damit zum Tragen käme, und zu einer Verhinderung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung führen.

Auf Grund dieser Vereinbarung hat der Bund im Vergleich zu dem für die Krankenanstaltenfinanzierung auf Grund der Vereinbarung gemäß dieser 15a-Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 zur Verfügung gestellten Mittel jährlich um 1.150.000.000,- S weniger zu leisten. Auch das ist ein Schönheitsfehler, den man nicht ohne weiters goutieren kann. Da die Sozialversicherungen diesen Betrag ab dem Jahr 2001 zusätzlich zu ihren bisherigen Mitteln zur Verfügung stellen, entsteht den Ländern, Gemeinden, Städten, kein finanzieller Aufwand. Es haben halt Bund und Kassen dann das Match zu führen.

Durch die Einführung von Departements und Fachschwerpunkten im Rahmen des einen Bestandteil dieser Vereinbarung darstellenden Österreichischen Krankenanstalten- und Großgeräteplanes und die Möglichkeit, Mittel für die Finanzierung von Planungen und Strukturveränderungen zu verwenden, können mittel- bis längerfristig allenfalls Kosteneinsparungen erzielt werden. Das hofft man.

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2000 den Abschluss dieser Vereinbarung genehmigt und der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember beschlossen, gegen diesen Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben. Damit sind die nach der Bundesverfassung erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erfüllt. Und nach dem Beschluss der Landesregierung vom 24. April 2001 wurde die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung dem Landtag als Regierungsvorlage zur verfassungsgemäßen Behandlung und Genehmigung, wie es so schön heißt, heute vorgelegt.

Das sind die wesentlichsten Dinge gewesen, nachdem uns ja an und für sich nichts anderes übrig bleibt. Es wäre natürlich durchaus verlockend, verschiedene Dinge hier auch anzubringen, worauf man im Laufe der nächsten Jahre sehr achten soll. Es ist wohl eines gelungen: Die Ausleuchtung und Ausnützung des Rationalisierungspotentials, das es im Gesundheitswesen durchaus gibt, in einem gewissen Maße auch zu lukrieren. Aber wenn ich ein Beispiel nur nenne, das man auch des öfteren erlebt, dass halt der Patient, ich sage das immer so, in das „Patientenkarussell“ gesetzt wird und von einem Facharzt zum anderen die Zuspiegelung des Patienten passiert. Das muss man hier auch einmal sagen, weil es tatsächlich so ist und dass auch hier ein Bedarf besteht, diese Dinge auch ein bisschen zu durchleuchten.

Die Frage der Ambulanzen, die hier angeschnitten wurde vom Herrn Abgeordneten Mag. Fasan, das wird jetzt gerne immer hergenommen, weil es halt in Diskussion war. In Wirklichkeit ist es ja um des Kaisers Bart gegangen. Und dieser Resolutionsantrag, der hier eingebracht wurde von Frau Mag. Weinzinger und Herrn Mag. Fasan, geht eigentlich in die falsche Richtung. Denn hierfür ist die Strukturkommission zuständig. Und diese Strukturkommission ist nicht Landessache, sondern das ist Bundessache. Ich würde aber einen abgeänderten Resolutionsantrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan, Ing. Gansch und Kautz zum Verhandlungsgegenstand LtG. 737/V-11/6 – Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG GS4-20/III-30/1072 vom 24.4.2001, über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, betreffend Erstellung eines ganzheitlichen Gesundheitsplanes.

Artikel 3 der Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und Krankenanstaltenfinanzierung legt fest, dass die Planung des österreichischen Gesundheitswesens grundsätzlich alle Ebenen und Teilbereiche der Gesundheitsversorgung (insbes. stationärer, ambulanter und Rehabilitationsbereich) und den Pflegebereich sowie deren Beziehungen untereinander umfassen soll.

Für den ambulanten und teilstationären Bereich des Gesundheitswesens gibt es diese Planung noch nicht. So fehlt in der Vereinbarung etwa ein Spitalsambulanzplan, ein Pflegebereichsplan und ein Rehabilitationsplan. Auch ein Niederlassungsplan für Kassenvertragsärzte ist nicht vorhanden. Viele dieser Leistungsangebotskonzepte sind laut der vorliegenden 15a-Vereinbarung im Laufe ihrer Gültigkeitsdauer zu entwickeln. Um dieses Vorhaben tatsächlich zu verwirklichen, bedarf es auch der Initiative der Bundesländer.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, um die Ausarbeitung der fehlenden Pläne der Gesundheitsversorgung in den von den Vertragsparteien beschickten und dafür zuständigen Gremien voranzutreiben und dadurch effizient zur Entwicklung eines ganzheitlichen Gesundheitsplanes im Sinne eines integrativen Gesundheitssystems beizutragen.“

Das ist ein Resolutionsantrag, den ich somit eingebracht habe. Und ich glaube, dass die Notwendigkeit wirklich besteht, dass dieser Beschluss heute im Landtag gefasst wird um eine kontinuierliche Weiterentwicklung unseres gesamten Gesundheitswesens zu gewährleisten. Und es sind alle aufgerufen, in den kommenden Jahren mit Verbesserungsvorschlägen und -möglichkeiten, die in dieser Frage notwendig sind, sich hier einzubringen. In dem Sinne ersuche ich Sie, dieser 15a-Vereinbarung und dem Resolutionsantrag zuzustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wird seitens der Berichterstatterin ein Schlusswort gewünscht?

Berichterstatterin Abg. Krammer (SPÖ): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich dem Landtag folgendes berichten: Herr Abgeordneter Marchat und Herr Klubobmann Windholz haben sich entschuldigt. Und für diesen Tagesordnungspunkt ist auch Abgeordneter Prof. Breininger entschuldigt. Wir kommen nun zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 737/V-11/6:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner; Ablehnung Grüne.)*

Ich lasse weiters über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Erstellung eines niederösterreichischen Ambulanzplanes abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle fest, das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner.)*

Weiters bringe ich den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan und der Abgeordneten Ing. Gansch und Kautz betreffend Erstellung eines ganzheitlichen Gesundheitsplanes zur Abstimmung und möchte damit auch festhalten, dass der ursprünglich von Abgeordneten Mag. Fasan verlesene Resolutionsantrag, unterfertigt von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger und Abg. Mag. Fasan, hinfällig ist. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan, Ing. Gansch und Kautz:)* Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Dieser Antrag ist somit angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Pietsch, die Verhandlungen zum Geschäftsstück **Ltg. 741/B-1** einzuleiten.

(Zweiter Präsident Schabl übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. Pietsch (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe über den Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.8 der XV. Gesetzgebungsperiode zu berichten.

Thema dieses Berichtes sind folgende Berichte des Landesrechnungshofes: Ltg. B-1/45b betreffend Festspiele, Ltg. B-1/46b Bericht des Landes-

rechnungshofes betreffend Mödling, A.ö. NÖ Landeskrankenhaus, Ltg. B-1/47b Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Baurechtsaktion des Landes NÖ, Ltg. B-1/48b Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Hochwasserschutz, Donauhochwasserschutz Ardagger Markt, Sanierung 1999 und Ltg. B-1/49b Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Behinderteneinstellungsgesetz – Geschützte Arbeit.

Da die Unterlagen in den Händen der Abgeordneten sind, stelle ich den Antrag seitens des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.8 der XV. Gesetzgebungsperiode *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht Nr.8 der XV. Gesetzgebungsperiode des Rechnungshof-Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Diskussion einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Schabl: Ich eröffne die Debatte und ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Fasan um das Wort.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich zu den Rechnungshofberichten Landeskrankenhaus Mödling, Hochwasserschutz und Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich. Und beginne mit dem meiner Ansicht nach tiefgreifendsten, aber auch demjenigen, der direkt an die vorangegangene Diskussion anschließt, nämlich über das Landeskrankenhaus Mödling.

Einleitend kann man zu diesem Bericht ja sagen: Wenn die Landesregierung als Aufsichtsbehörde, als Träger des NÖGUS, gleichzeitig als Träger von Krankenanstalten so verfährt, dann nimmt es nicht Wunder, dass sich viele andere Rechtsträger in Niederösterreich fragen, ja mit welcher Berechtigung schreibt man uns denn eigentlich vor was wir zu tun hätten? Mit welcher Berechtigung kommt man zu uns, gibt Studien in Auftrag, ob wir ordentlich arbeiten? Mit welcher Berechtigung verfolgt man bei uns Einsparungsziele, wenn das Land

in seinem eigenen Krankenhaus als Rechtsträger so arbeitet wie es dieser Bericht hier vorträgt.

Erstens, die Baumaßnahmen: Dieses Krankenhaus ist in Wirklichkeit seit Jahrzehnten eine Baustelle. In ständigem Umbau begriffen, bei laufendem Betrieb. Klarerweise gibt es von Patienten-seite, aber auch natürlich von der Seite der Ärzteschaft entsprechende Beschwerden und entsprechende Probleme. Das Krankenhaus ist eine Baustelle! Ich nehme nur zwei Beispiele heraus, die der Rechnungshof anführt betreffend verfehlter Planung. Zum Einen der OP-Trakt, der zweigeschossig gebaut wurde, sodass man ständig hin- und herrennen muss. Das verursacht natürlich einen enormen Aufwand. Und das wieder verursacht klarerweise wieder mehr Personal und entsprechend hohe Kosten.

Ein zweiter Bereich ist deshalb so interessant, weil ihn der Rechnungshof schon 1994 kritisiert hat und die Mängel noch immer nicht behoben wurden. Ich meine die Mängel im Labor und bei der Klimatisierung der Intensivabteilung. Dies wurde seinerzeit schon beanstandet und wurde nicht behoben. Und es ist schon bezeichnend, wie man eigentlich mit der Kritik des Rechnungshofes umgeht, wenn man es nicht für wert befindet und diese hier auch vergleichsweise relativ einfachen Probleme nicht lösen kann.

Zum Zweiten, die wirtschaftliche Entwicklung: Der Einbruch ist sehr klar erkennbar zwischen den Jahren 1998 und 1999. Der Rechnungshof weist das sehr, sehr deutlich aus. Und der Rechnungshof vergleicht auch mit anderen Häusern, zum Teil auch mit Krankenhäusern anderer Rechtsträger. Und kommt immer wieder zu dem Ergebnis, die Ertragslage ist hier weit schlechter als in diesen anderen Häusern. Die Gründe dafür zeigt der Rechnungshof auch auf, für diese Schere zwischen Aufwand und Ertrag. Das Budget beruht auf undurchsichtigen und unrealistischen Plandaten, keine ausreichende Analyse der Zwischenergebnisse. Und, was meiner Ansicht nach besonders schwer wiegt, dass eine zielorientierte Kommunikation über die Daten nicht erfolgte. Das heißt, man hat zwar eine Datenanalyse vorgenommen, man hat die einzelnen Leistungsstellen informiert. Aber man hat nicht darüber geredet was jetzt eigentlich auf Grund dieser Informationen passieren soll.

Interessant auch im Zusammenhang, wie es den anderen Rechtsträgern ergeht, ist die Tatsache, dass eigentlich das Land sich selbst, wenn man so will, als Rechtsträger aus dem Ausgleichstopf des NÖGUS ganz gut bedient hat. Ich wäre froh als Rechtsträger, als Gemeinde, praktisch den

gesamten Trägeranteil 3, also jenen Anteil, der eine Art Rückvergütung, wenn er rückvergütet wird, der Überschreitung des genehmigten Finanzbedarfes ist, nahezu zur Gänze rückerstattet zu bekommen. Welcher Träger kann sich denn darüber freuen dass man von 4,1 Millionen 4 Millionen zurückerstattet bekommt? Welcher Träger bekommt in dieser Höhe den Trägeranteil 3 rückerstattet? Dennoch zeigt der Rechnungshof auch auf, dass die ungünstige Entwicklung für das Jahr 2000 fortgesetzt wird. Und das ist schon bedenklich.

Und zum Dritten, was auch bedenklich ist sind die personellen Probleme. Nicht, dass dort grundsätzlich schlechtes Personal bestellt wurde. Sondern man hat einfach in der personellen Planung und im personellen Einsatz völlig daneben gegriffen. Man hat einen ärztlichen Leiter, der nur an zwei Wochentagen da war, weil er gleichzeitig Leiter im Landeskrankenhaus Tulln war.

Man hat, der Rechnungshof hat das auch kritisiert, man hat eine völlig unzureichende Sitzungskultur in der Anstaltsleitung. Man hat einfach nicht getroffen, man hat sich nicht abgesprochen, man hat auch keine Protokolle über die Sitzungen geführt. Auch das wurde erst eingeführt in den vergangenen Monaten und vermutlich erst auf Grund der Prüfung durch den Rechnungshof. Man weiß also in Wirklichkeit gar nicht, und das führt der Rechnungshof auch an, wie der Betrieb tatsächlich geführt wurde. Und zu Recht merkt der Rechnungshof auch an, dass der kaufmännische Leiter in Wirklichkeit gleichzeitig auch der Leiter der Landes-Nervenklinik Mauer ist. Das heißt, dass man also zwei große Häuser von einer Person leiten ließ - und das noch dazu bei der entsprechenden großen geografischen Entfernung zwischen diesen beiden Häusern.

Da kann es schon einmal vorkommen dass es Spannungen gibt und mangelnde Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Das Wesentliche aber ist, dass die Berichte, die zur Verfügung standen, nicht beachtet wurden. Dass man auch die Berichte des ärztlichen Leiters nicht beachtet hat. Dass – und das ist meiner Ansicht nach schon etwas Strukturelles – dass die Landesregierung auch auf die Kritikpunkte des Rechnungshofes nicht eingegangen ist. Das sind schon Dinge, die man sehr, sehr ernst nehmen muss und angesichts derer man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

Für mich hat es System, dass sich offensichtlich die Landesregierung hinwegsetzt über das, was an ihr kritisiert wird oder was man besser machen könnte. Wir haben zu diesem Rechnungshofbericht Anfragen gestellt, deren Beantwortung sich interes-

santerweise natürlich sehr, sehr stark decken mit den eben unzureichenden Antworten, die auch auf diesen Rechnungshofbericht gegeben wurden. Es hat der Herr Landeshauptmann und der Herr Landesrat Mag. Sobotka quasi in dem Sinne geantwortet wie hier in dem Bericht. Und der Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schlögl hat sich überhaupt der Antworten entschlagen. Das ist für mich ein strukturelles Problem.

Und auch der nächste Rechnungshofbericht, den wir jetzt zu bearbeiten haben, wirft dieses Problem auf. Es ist der Bericht über den Hochwasserschutz in Ardagger. Der Rechnungshof kritisiert nicht zum ersten Mal die Mängel in der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Gemeinde. Der Rechnungshof führt aus, dass dies zu Mehrgleisigkeiten führt, zu unklaren Verantwortlichkeiten. Der Rechnungshof empfiehlt eine Entflechtung durch die Bundesstaatsreform oder ganz einfach durch eine Aufgabenreform.

Was sind nun diese Mehrgleisigkeiten? Einiges sei angeführt was der Rechnungshof hier kritisiert. Es sind einmal zwei Ministerien zuständig: Die Wasserbauverwaltung auf der einen Seite und der Donauhochwasserschutz auf der anderen Seite. Und da gibt es wieder unterschiedliche Richtlinien für diese beiden Ministerien. Es sind, um einen zweiten Punkt zu nennen, alle drei Verwaltungsebenen beteiligt an der Planung, an der Finanzierung, an der Ausführung. Die Durchführung wird von Privaten gemacht. Das muss zu Problemen führen wenn so viele Ebenen zusammen wirken.

Das ist das Eine. Das Zweite: Es kritisiert der Rechnungshof auch völlig zu Recht verschiedene Angebotskorrekturen, die gegen die Verwaltungsgrundsätze, gegen die Plausibilität verstoßen, weil sich zum Beispiel plötzlich ein Angebot auf einmal mir nichts, dir nichts um 31 Prozent erhöht. Was ist das für eine Vergabekultur? Was ist das für ein Vergabewesen, in dem so gearbeitet wird? Der Rechnungshof kritisiert, ich greife nur einige Punkte heraus: Mündliche Angebotseinholungen, mangelhafte Auftragsschreiben, manche Ö-Norm-konforme Vergabeverfahren sind überhaupt nicht durchgeführt worden und fehlen daher.

Der Rechnungshof kritisiert auch, und hier besteht ein gewisser Zusammenhang zum ersten Bericht, die mangelnde Stellungnahme der Landesregierung. Und es kommt öfters vor, dass der Rechnungshof Antworten der Landesregierung nicht zur Kenntnis nimmt, weil sie auf die Kritik des Rechnungshofes gar nicht eingeht. Ich meine dazu, dass es besonders wichtig ist, auch eine gewisse politische Kontrolle zu haben, weil eben das offen-

sichtliche Nicht-Eingehen auf Kritikpunkte, das offensichtliche gewollte und bewusste Ignorieren - denn man wird das ja wahrnehmen was der Rechnungshof hier kritisiert -, dass dieses gewollte und bewusste Ignorieren auf eine gewisse Arroganz der Macht schließen lässt. Und das wollen wir nicht in der niederösterreichischen Politik. Sondern wir sind der Ansicht, dass man hier stärker kontrollieren muss und dass man auch entsprechend auf das eingehen muss was kritisiert wird. Denn der Rechnungshof macht das ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern um die Strukturen zu verbessern.

Ein Satz noch zum Bericht über die Baurechtsaktion des Landes, der auch in dieselbe Richtung geht. Ich denke mir, wenn die Landesregierung 50 Millionen von der Wohnbauförderung in die Baurechtsaktion „hinüberschupft“ in gewohnter Manier, dann wird sie vielleicht ihre Gründe haben. Man kann darüber diskutieren ob das sinnvoll ist oder nicht. Aber die Landesregierung sollte meiner Ansicht nach zumindest wissen, was sie beschließen muss und was nicht. Das ist das Mindeste was man von einer Landesregierung mit einer funktionierenden Geschäftsordnung erwarten kann! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. Rambossek (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Auch ich beginne im Anschluss an den vorangegangenen Tagesordnungspunkt mit dem Bericht des Rechnungshof-Ausschusses über das Landeskrankenhaus Mödling. Dieser Bericht hat ja bekanntlich bereits im Vorfeld der heutigen Debatte Anfang des Jahres für ein gewaltiges Medienecho und ein Aufeinanderprallen zwischen SPÖ und ÖVP gesorgt. Wechselseitige Schuldzuweisungen zwischen dem Gesundheitsreferenten und dem Finanzreferenten wegen des Spitalsdesasters in Mödling, zwischen dem damaligen Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schlögl und Landesrat Mag. Sobotka wurden nicht nur innerhalb der Landhauskoalition sondern auch offen über die Medien ausgetragen. Ich meine grundsätzlich dazu, dass ein derartiger medialer Schlagabtausch, noch dazu wenn er einen so sensiblen Bereich wie die Krankenhausversorgung für die Bevölkerung betrifft, dass ein derartiger medialer Schlagabtausch für das Vertrauen der Menschen in das Spital Mödling wie überhaupt in die Politik sicherlich nicht förderlich ist. *(Abg. Keusch: Ja wer hat denn den Bericht den Medien zugespielt?)*

Fest steht aber auch, dass es erst eines vernichtenden Berichtes des Landesrechnungshofes über die Missstände im Krankenhaus Mödling bedurft hatte bis die zuständigen Politiker aktiv wurden.

Hohes Haus! Die Feststellungen des Rechnungshofes, wie Kollege Mag. Fasan das schon erwähnt hat, dass seit 1977 für die Entwicklung des Krankenhauses Mödling für bauliche Maßnahmen 727 Millionen Schilling ausgegeben wurden, das Krankenhaus aber trotzdem ein Stückwerk geblieben ist, das weder über eine optimale Betriebsablauforganisation noch über einen zeitgemäßen Standard im Hotelbereich verfügt, diese Feststellungen des Rechnungshofes sagen eigentlich alles über das jahrelange wirtschaftliche und organisatorische Desaster beim Betrieb des Krankenhauses in Mödling aus. Fehlplanungen im OP-Trakt, kaputte Fenster, lange Verkehrswege, Bedenken in Sachen Brandschutz, diese Feststellungen des Landesrechnungshofes sind nur ein Teil einer langen Mängelliste.

Befremdend ist jedenfalls für uns die Tatsache, dass entsprechende Managementinstrumente, die für die Führung eines derart großen und komplexen Dienstleistungsunternehmens wie das Krankenhaus Mödling ganz einfach notwendig sind - ich nenne die Zahlen aus dem Bericht des Rechnungshofes, Jahresumsatz 600 Millionen Schilling, 640 Mitarbeiter, Anteil des Personalaufwandes rund 59 Prozent - dass derartige Führungsinstrumentarien aber von den Krankenhausverantwortlichen nur sehr beschränkt angewendet bzw. wahrgenommen wurden. Das ist ganz einfach befremdend. Dass auch der Kontrollaufgabe nicht nachgekommen wurde, dass auf die ungünstige, wirtschaftliche Entwicklung nicht reagiert wurde, steht auch fest. Und dann darf man sich auch nicht wundern, dass es - wie auch mein Vorredner dargetan hat - eben zu einem starken Einbruch in der Ertragslage gekommen ist, welcher auch im Jahre 2000 feststellbar ist.

Für mich sind alle diese organisatorischen, finanziellen Schwächen oder Missstände, wenn wir es so nennen wollen, ganz einfach die Folgen des bisherigen schwarz-roten Parteienproporz in Niederösterreich. Ich habe auch schon vorgeschlagen, dass es hier zu runden Kompetenzen kommen sollte. Das heißt, dass jener Politiker, der die Verantwortung für das Gesundheitswesen trägt, auch alle Kompetenzen erhält.

Was die Zukunft betrifft, glaube ich, muss es Ziel jeglicher Krankenhausreform sein, mehr Effizienz zu erreichen bei gleichzeitiger Sicherung des höchsten medizinischen Niveaus für die Bevölkerung. Ich frage daher abschließend zum Themen-

kreis Zukunftsentwicklung: Welche Vorschläge gibt es bis dato für die Gründung einer Spitalsholding für Niederösterreichs Landeskrankenhäuser? Das wurde angekündigt. Nach der Ankündigung haben wir nichts mehr gehört. Und weiters: Welche Überlegungen bzw. Entscheidungen gibt es hinsichtlich des Kooperationsmodells der Krankenhäuser Baden und Mödling zum Thermenklinikum? Und hier erwähne ich, dass immerhin die FOCUS-Studie, die hier in Auftrag gegeben wurde, ja nicht gerade aus der Portokassa bezahlt werden konnte.

Hohes Haus! Ich darf weiters auf den Bericht des Landesrechnungshofes betreffend die Förderung von Festspielen eingehen. Es ist dies im Vergleich zum Bericht über das LKH Mödling ein weniger spektakulärer Bericht, was ich einerseits darauf zurückführe dass es hier um eine finanzielle Gebahrung von rund 18 Millionen Schilling im Jahre 1999 geht. Was ich aber auch zurückführe auf den Namen des zuständigen Regierungsmitgliedes.

In diesem Bericht wird neben verschiedenen administrativen Empfehlungen des Landesrechnungshofes auch immer wieder das von der NÖ Landesregierung bestellte Gutachtergremium für darstellende Kunst erwähnt, das sich laut Bericht sowohl der Beurteilung der einzelnen Subventionsansuchen, der Entwicklung notwendiger Rahmenbedingungen sowie der Schaffung effizienter und zeitgemäßer Strukturen widmet.

Ein schöner letzter Halbsatz. Ich meine, ein Halbsatz, der lautet, „die Schaffung effizienter und zeitgemäßer Strukturen“ ist heutzutage ein Mode-Standardsatz. Leider habe ich in dem Bericht keine Auskunft erhalten, wer dem Gutachtergremium für darstellende Kunst angehört und in welcher Weise und nach welchem Modus dieses durch die Landesregierung bestellt wird. Ich meine, eine derartige Anmerkung wäre sicherlich eine aufschlussreiche Information für die Damen und Herren des Hohen Hauses gewesen.

Der Bericht befasst sich weiters sehr ausführlich mit den Zielsetzungen der Förderung des Vereines Theaterfest Niederösterreich und zeigt unter anderem auf, dass 1998 an 14 Spielorten bei 339 gespielten Vorstellungen rund 159.000 Besucher gezählt wurden. Wogegen 1991 bei 321 gespielten Vorstellungen bereits 168.000 Besucher gezählt werden konnten. Kritisch angemerkt werden muss aber, dass der Administration des Vereines doch erhebliche Mittel von über 500.000,- Schilling zugeordnet werden müssen, die auch der Landesrechnungshof als überhöht ansieht und deren Reduzierung nach meinem Dafürhalten einzufordern ist.

Was die Zukunftsperspektiven des Vereins Theaterfest Niederösterreich betrifft, so muss auf die APA-Meldung mit dem Titel „Theaterfest Niederösterreich 2001 bringt 372 Vorstellungen an 15 Spielorten“, Untertitel „Fördervertrag vom Land bis 2007 verlängert“, vom 26. April 2001 hingewiesen werden. Dieser APA-Meldung über eine Pressekonferenz von Landeshauptmann Dr. Pröll und Peter Loidolt ist zu entnehmen, ich zitiere: Die Gesamtproduktionskosten für 19 Neuinszenierungen und 372 Vorstellungen im Sommer 2001 werden auf 105 Millionen Schilling geschätzt. Und weiters: Die Finanzierung soll zu 66 Prozent über den Kartenverkauf zu 23 Prozent durch Landessubvention, zu 8 Prozent durch die Gemeinden und zu 3 Prozent über Sponsoren erfolgen. Hohes Haus! In diesem Zusammenhang stellt sich für mich angesichts der NÖ Budgetsituation und des Schuldenstandes schon die Frage, ob wir eine derartige Erhöhung der Förderungsausgaben für den Verein „Theaterfest Niederösterreich“ von derzeit rund 16,5 Millionen Schilling auf zukünftig 25 Millionen Schilling überhaupt uns noch leisten können. Denn eines sollte uns allen bewusst sein: Dass es sich bei diesen Förderausgaben nicht um eine Daseinsvorsorge für die Bevölkerung handelt.

Nun komme ich vom Vorsitzenden des Vereines „Theaterfest Niederösterreich“ Peter Loidolt zum Intendanten der Festspiele Reichenau, ebenfalls Peter Loidolt, und kann nur anmerken, die Festspiele Reichenau GesmbH weiß, wie man einen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag vom Land lukriert. Man weist zunächst der Abteilung Kultur und Wissenschaft mit Schreiben vom 23. September 1999 einen Fehlbestand von über 1,5 Millionen Schilling nach und erhält sodann auf Grund der Fördervereinbarung über die Abdeckung eines allfälligen Abganges im Zuge der Produktion und Aufführung der expressionistischen Einakter im Dezember 1,5 Millionen Schilling seitens des Landes angewiesen. So weit, so gut. Die Fördervereinbarung bestand. Der sodann aber von der GesmbH vorgelegte Jahresabschluss 1999 weist jedoch einen Jahresüberschuss von rund 10.000,- Schilling aus. Und dies, obwohl sich die Rechnungsabgrenzungsposten um rund 720.000,- Schilling erhöht haben. Es ist dies ein Faktum, das von der Finanzkontrolle aufgezeigt wurde. Und ich hoffe sehr in diesem Zusammenhang - ich danke auch der Finanzkontrolle, dass es aufgezeigt wurde - ich hoffe sehr, dass diesbezüglich eine entsprechende Nachkontrolle seitens des Landesrechnungshofes eingeleitet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es seien mir noch einige kurze Anmerkungen zum Rechnungshofbericht betreffend die Baurechtsak-

tion des Landes gestattet. Ich rufe hier in Erinnerung, dass der Landtag in seiner Sitzung am 20. Juni 2000 einstimmig einen Resolutionsantrag betreffend die Verbesserung der Baurechtsaktion beschlossen hat. Dem Landtag ging es bei der Beschlussfassung darum, dass der Wirkungs- und Effizienzgrad der Baurechtsaktion gesteigert wird, Grundstücke nicht nur in Abwanderungsgemeinden oder in finanzschwachen Gemeinden angekauft werden können. Und insbesondere ging es dem Landtag darum, dass die Baurechtsaktion für einen weiteren Kreis der Bevölkerung geöffnet wird. Faktum ist nun, dass zu dieser Resolution des Landtages vom 20. Juni 2000 bis heute dem Landtag keine Reaktion seitens der Landesregierung zugekommen ist. Tatsache ist aber auch weiters, dass der heute zur Debatte anstehende Bericht betreffend die Baurechtsaktion, dass dieser Bericht dem zuständigen Regierungsmitglied, in diesem Fall Landeshauptmann Dr. Pröll, bereits seit Längerem vorgelegen ist, bekannt ist, denn sonst würde der Bericht keine Stellungnahme der Landesregierung enthalten. Und auf Grund dieser Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für uns Freiheitliche ganz einfach unverständlich aber auch nicht akzeptabel, die Stellungnahme der Landesregierung, wo es unter anderem heißt, eine zeitliche Koinzidenz sei offensichtlich schuld, dass hier keine Reaktion der Landesregierung vorliegt. Ich meine, das ist vielleicht die Meinung der Abteilung RU3, die kann ich aber absolut nicht nachvollziehen!

Es bleibt daher nur zu hoffen, dass der Landtag alsbald eine Stellungnahme zu dieser Landtagsresolution im Sinne dieser Resolution erhält. Denn sonst könnte vielleicht bei einigen hier im Hohen Haus der Gedanke aufkommen, dass die Regierung die Resolutionsanträge des Landtages nicht ernst nimmt. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Keusch. Bitte!

Abg. Keusch (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte, wenn Sie gestatten, zu zweien dieser Rechnungshofberichte einige Gedanken einbringen, nämlich zur Sanierung des Donauhochwasserschutzdammes in der Gemeinde Ardagger und zur Baurechtsaktion. Ich möchte mit dem Hochwasserschutzdamm beginnen und meine, dass der Rechnungshof hier eine sehr treffliche Auswahl mit diesem Prüfobjekt getroffen hat. Nämlich nicht deshalb weil im Bericht massive Kritik geübt wird oder weil man hier einen Schuldigen

oder Schuldige suchen möchte. Sondern weil ich meine, dass diese Kritik immens wichtig ist um die erforderlichen und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen. Um Fehlentwicklungen, wie sie hier passiert sind – und die sind ja nicht zu bestreiten – um diese Fehlentwicklungen möglichst hintanzuhalten.

Aus meiner Sicht ist die Darstellung in diesem Bericht sozusagen der klassische Gegensatz zwischen Theorie und Praxis. Und er zeigt auch die in diesem Spannungsfeld gelegenen strukturellen Unwegsamkeiten auf. Zum Beispiel den heute schon angeführten Kompetenz- und Förderungsdchungel. Drei Verwaltungsebenen waren in dieses Projekt eingebunden, zwei Ministerien, die Abteilung Wasserbau der Landesregierung und die Gemeinde als Interessent. Mehrgeleisigkeiten sind vorgekommen, vor allem in der Bauaufsicht. Es gibt eine örtliche Bauleitung, eine Baukontrolle und eine örtliche Bauaufsicht. Alle unterschiedlichen Verwaltungsebenen, also alle beteiligten Verwaltungsebenen haben Baukontrolle oder Bauaufsicht durchgeführt. Und das gehört natürlich geändert, das ist gar keine Frage. Und der Rechnungshof hat auch entsprechende Vorschläge gemacht, nämlich bei der Bundesstaatsreform diese Kompetenzprobleme zu bereinigen. Natürlich gab es auch bei den Ausschreibungen und bei den Auftragsvergaben Verstöße gegen die Ö-Norm.

Und nun zu den Fakten dieser unter Anführungszeichen „unendlichen Geschichte“. Grundsätzlich geht es um die Sanierung des Donauhochwasserschutzdammes wegen einer akuten Dambruchgefahr. Auf diesem Hochwasserschutzdamm, das muss man zur Ergänzung und zum besseren Verständnis sagen, führt auch die B 119, die Greiner Bundesstraße. Aus wirtschaftlichen Überlegungen hat man damals bei der Dammerrichtung auf eine generelle Untergrunddichtung verzichtet. Was sich später bitter rächte und uns allen, vor allem dem niederösterreichischen Steuerzahler, dem österreichischen Steuerzahler, weil ja Gelder des Bundes auch dabei sind, sehr teuer zu stehen kam. Denn schon beim ersten Hochwasser im Jahr 1981, ein Jahr nach der Dammfertigstellung sozusagen, musste man mit dem Sanieren beginnen. Man hat dann die Untergrunddichtung zwar verbessert, hat aber immer aus Kostengründen auf eine Vollabdichtung verzichtet. Und bei den weiteren Donauhochwässern 1985, 1988 und 1991 haben die Wasseraustritte und die Ausschwemmungen zugenommen, was natürlich die Dambruchgefahr entsprechend erhöht hat.

Ich meine, diese falsche Sparsamkeit oder dieses Sparen am falschen Platz, nämlich bei den

Bodenuntersuchungen, und der Verzicht auf diese Untergrundabdichtung hat zu einer exorbitanten Kostensteigerung nämlich von 29 auf 48 Millionen Schilling geführt. Trotz alledem ist eine Sanierungsmaßnahme dringend erforderlich gewesen. Man stelle sich nur die Katastrophe vor, die bei einem Dambruch passieren kann wenn eine Bundesstraße auf der Dammkrone geführt wird. Meine Damen und Herren! Das war aber nur die Vorgeschichte, die zur eigentlichen Dammsanierung geführt hat. Die der Gegenstand der Prüfung durch den Rechnungshof war. Das heißt, jetzt interpretiere ich die Fortsetzung dieser sogenannten „unendlichen Geschichte“.

Im Jahr 1989 hat man die Sanierung mit einem Vorprojekt begonnen. Die Ausfinanzierung dieser Sanierung hatte acht Jahre gedauert. 63 Wochen, so stellte der Rechnungshof im Bericht fest, brauchte man, um draufzukommen, dass mit dem vorliegenden Projekt eine wasserrechtliche Bewilligung nicht zu erreichen war. Die Sachverständigen verlangten weitere bzw. ein weiteres geotechnisches Gutachten um die Untergrundverhältnisse und etwaige Dammsanierungsmöglichkeiten besser sondieren zu können. Letztendlich wurde die wasserrechtliche Bewilligung Ende des Jahres 1998 erteilt.

Fairerweise erwähne ich auch, dass die Fachabteilung eingewandt hat, dass die schwierigen und sehr stark wechselnden Untergrundverhältnisse große Probleme bereiteten. So musste zum Beispiel ein auftretendes Donauhochwasser im Oktober 1996 für eine geophysikalische Bodenuntersuchung genutzt werden. Denn nur dann, wenn ein Hochwasser auftritt, sind diese Unterströmungen festzustellen und zu messen. Das könnte frei übersetzt bedeuten, dass man sozusagen „die Gunst der Stunde“ nutzen muss. Und in solchen Fällen kann man natürlich Aufträge nicht nach der Ö-Norm vergeben. Also ich glaube, das ist auch eine Beweisführung dafür, dass es gerade bei schwierigen Projekten zwischen Theorie und Praxis natürlich große Unterschiede gibt. Andererseits waren, so argumentiert man, Sofortentscheidungen der Bauleitung notwendig um Ortschaft, Bundesstraße und Baustelle im Falle einer Überschwemmung zu schützen.

Schlussendlich, meine Damen und Herren, dauerte die Sanierung ebenfalls wieder 10 Jahre. Ende November 1999 wurde die Fertigstellung proklamiert. Die echte Bauzeit, und das ist das Interessante daran, das fast Unglaubliche, die echte Bauzeit hat nur 76 Tage gedauert. Also jene Zeit, in der die Bagger gefahren sind, die Lastwagen in Betrieb waren, wo man saniert hat, die echte

Arbeitszeit an der Dammsanierung hat eigentlich nur rund zweieinhalb Monate gedauert. Jetzt könnte man meinen, gut Ding braucht offensichtlich Weile. Persönlich darf ich mich der abschließenden Feststellung des Landesrechnungshofes anschließen, der meint, dass mit der Sanierung man dem Ziel, einen funktionstüchtigen Hochwasserschutz zu errichten, beträchtlich näher gekommen ist. Und dass das Bemühen der befassten Personen und Institutionen erkennbar war.

Damit darf ich, geschätzte Damen und Herren, einige Gedanken zur Baurechtsaktion einbringen. Ich glaube, dass die Zielsetzung der Baurechtsaktion mittlerweile hinlänglich bekannt ist und kann unmittelbar in dieses Thema einsteigen. Aus meiner Sicht ist es immer deutlicher zu erkennen und zu verspüren, dass die Baurechtsaktion von den jüngeren, von jungen Menschen - für die ist sie ja gedacht, das Alter für die Inanspruchnahme ist ja limitiert - dass sie sich bei den jungen Menschen immer stärker steigender Beliebtheit erfreut und auch stärker nachgefragt wird. Der Wermutstropfen bei der Geschichte ist, dass das Grundproblem, nämlich der permanente Finanzierungsengpass, bis dato nicht behoben wurde. Und es ist schon sehr bedauerlich, dass diese Geschichte, nämlich dieses Finanzierungsproblem an der Abteilung hängen geblieben ist. Die Abteilung hat nämlich den Baurechtswerbern die Hoffnung nehmen müssen, dass sie sehr rasch zu den sogenannten, den berühmten eigenen vier Wänden kommen können. Weil eben die finanziellen Mittel in dem Maße, in dem nachgefragt wird, nicht vorhanden sind.

Ein bisschen sonderbar mutet in dem Zusammenhang die Tatsache an, dass man eine 540.000,- Schilling teure Werbeaktion gestartet hat. Aus meiner Sicht kann es sich da nur um die Flucht nach vorne gehandelt haben. Denn es ist nicht mehr Geld zur Verfügung gestanden. Aber diese Werbeaktion hatte zur Folge, dass die Nachfrage gigantisch gestiegen ist. Und das hat dazu geführt, dass es zu exorbitant langen Wartezeiten von in etwa 18 Monaten und auch darüber hinaus gekommen ist. Was so manchen hoffnungsvollen Baurechtswerber dazu bewogen hat zu resignieren und eine andere Lösung seiner Wohnraumbeschaffung anzustreben.

Offensichtlich unter diesem Eindruck hat, und das sage ich jetzt, offensichtlich der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll die Notbremse gezogen und diese heute schon zitierten 50 Millionen Schilling aus der Wohnbauförderung der Baurechtsaktion zur Verfügung gestellt, also sehr selbstherrlich und ohne Landtagsbeschluss. Dieses Thema wäre noch sehr viel weiter auszuführen, ich möchte es dabei

belassen. Und obendrein ist meiner Meinung nach diese Maßnahme viel zu spät gekommen wie sich herausstellte. Denn die Zahl der Baurechtswerber ging von 137 im Jahr 1998 auf 53 Bewerber im Jahr 1999 massiv zurück. Und jetzt könnte man sagen, möglicherweise war diese Entwicklung sogar gewünscht, weil man ja gar nicht mehr Geld zur Verfügung hat.

Interessant ist aber ein Vergleich der Jahre 1996 bis 1999, wo sich eine eindeutige Präferenz für die Inanspruchnahme von Einzelgrundstücken herauskristallisiert hat. Eine Präferenz für die Inanspruchnahme von Einzelgrundstücken im Hinblick auf die Förderanträge, aber auch auf die Anzahl der Baurechtsvertragsabschlüsse. Das Verhältnis liegt so bei 75 bis 80 Prozent für Einzelgrundstücke im Vergleich zu den Großgrundparzellen, zu der Inanspruchnahme von Großgrundparzellen. Die wurden im Verhältnis nur zu 20 oder 25 Prozent nachgefragt. Meiner Meinung nach ein Beweis mehr dafür, dass bei Großflächenparzellen die Bebauungsvorschriften, die geschlossene oder gekuppelte Bauweise oder gar, wie es in der Gemeinde Wolfsbach einmal vorgeschrieben war, Vierkanter, sogenannte Vierkanter zu errichten, dass diese Bau- oder Bebauungsvorschriften als eine zu starke Einschränkung der Gestaltungsfreiheit gewertet wurde oder empfunden wurde. Und dass daher diese Grundstücke nicht in Anspruch genommen wurden. Es wird also dem Einzelwohnhaus auch von den Baurechtswerbern der Vorzug gegeben.

Kurz noch einmal zurück zu diesem 50-Millionen-Transfer. Aus dem Rechnungshofbericht ist nicht zu entnehmen wer diese Königsidee gehabt hat. Beteiligt daran waren der Herr Landeshauptmann, die Frau Landeshauptmannstellvertreter und der Landesfinanzreferent. Und Tatsache ist, dass sie sich - auf Grund dieser Transaktion - offensichtlich mit der tatsächlichen Budgetsituation nicht auseinander gesetzt haben. Weil sonst hätten sie gewusst, dass im Jahr 1999 71,8 Millionen Schilling für die Baurechtsaktion zur Verfügung gestanden sind. Diese 71,8 Millionen Schilling resultieren aus den Budgetmitteln des Jahres, aus zweckgebundenen Einnahmen, die ebenfalls im Budget waren, und aus 43 Millionen Schilling Rücklagen, die verfügbar waren. Und die Ausgaben hätten, wie der Rechnungshof festgestellt hat, im Jahr 1999 nur 43,4 Millionen betragen, sodass auch noch eine Rücklage in Höhe von 28,4 Millionen Schilling vorhanden gewesen wäre wenn man alle Ausgaben abgedeckt hätte. Das heißt, diese „Hüftschuss-Aktion“ von 50 Millionen wäre nicht erforderlich, wäre nicht notwendig gewesen. Darüber hinaus hat man aber die strukturellen und auch die finanziellen Probleme der Baurechtsaktion damit nicht gelöst.

Die 50 Millionen Schilling müssen auf Heller und Pfennig an die Wohnbauförderung zurückgezahlt werden. Und das kommt dem Land Niederösterreich und der Baurechtsaktion vor allem sehr teuer. Denn erstens muß dieser „Kredit“ unter Anführungszeichen mit 3,25 Prozent verzinst werden, wenn die Verzinsung nicht reduziert wird auf die übliche Verzinsung, die diese 50 Millionen in der Wohnbauförderung gehabt hätten, wie dies der Rechnungshof vorgeschlagen hat. Und vor allem führen diese 50 Millionen zu einer Mehrbelastung, zu einer finanziellen Mehrbelastung in der Baurechtsaktion von 14 Millionen Schilling. Das ist der ganze Effekt. Das Budget für die Baurechtsaktion wird nicht mehr. Mit diesen 50 Millionen kurzfristige Finanzspritze, die man nicht unbedingt gebraucht hätte, hat die Baurechtsaktion innerhalb der nächsten 10 Jahre um 14 Millionen Schilling mehr zurückzuzahlen. Also wenn das einem Finanzreferenten, einer Frau Landeshauptmannstellvertreter und einem Landeshauptmann passiert, dann frage ich mich wirklich, wer denn da die Geschäfte führen soll.

Ein Kapitel für sich ist auch der Ankauf der Großbauflächen. Meine Damen und Herren! Die Aufstellung im Rechnungshofbericht zeigt ganz deutlich, dass man in einigen Gemeinden seit Jahren auf Bauparzellen sitzt, die nicht an den Mann zu bringen sind, so scheint's. Beispiele: In der Gemeinde Wolfsbach im Bezirk Amstetten wurden im Jahr 1993 29 Parzellen um 5,7 Millionen Schilling angekauft, wovon heute noch 19 frei sind, zu haben sind. Und trotzdem wurde im gleichen Jahr um 6 Millionen ein weiteres Grundstück gekauft, das noch nicht einmal parzelliert ist. Offensichtlich weil es keinen Bedarf, weil es keine Nachfrage gibt. In der Gemeinde Yspertal wurden 1994 18 Parzellen um 1,6 Millionen angekauft. Davon sind noch 11 Parzellen frei. Und in Randegg wurden 1998 - das ist ein zeitlicher Sprung, das gebe ich zu - wurden 1998 18 Parzellen um 2,8 Millionen Schilling angekauft. Davon sind 15 Parzellen noch zu haben.

Ganz offensichtlich hat man den Bedarf falsch eingeschätzt, meine Damen und Herren. Und vor allem glaube ich, dass einfach die Zielsetzung der Raumordnung im Hinblick auf den Ankauf von Großgrundflächen für die Baurechtsaktion als Maßnahme der Raumordnung, dass diese Zielsetzung nicht erreicht wurde, wie an Hand dieser Beispiele darzulegen ist. Denn allein die Wahl des Lebensmittelpunktes hängt von mehr ab als von günstig zur Verfügung gestellten Grundstücken. Wie wohl die Vorteile der Baurechtsaktion bekannt sind. Die Vorteile sind, dass man das ersparte Geld nicht für den Grunderwerb verwenden muss, sondern dass man gleich in den Hausbau investieren kann. Ein

weiterer Vorteil ist die lange Optionszeit. Das heißt, dass der Baurechtswerber derzeit noch 100 Jahre Zeit hat um dieses Objekt zu erwerben. Die Zeit soll verkürzt werden, die ist durchaus zu lange. Zugegeben, die Baurechtsaktion hat aber auch Nachteile, auf die offensichtlich die Baurechtswerber nicht immer aufmerksam gemacht werden, was aus den Interventionen zu erkennen ist. Nämlich die längeren Abwicklungs- und Wartezeiten, etwaige Bauvorschriften und auch eine relativ bescheidene Grundstücksgröße von 600 m².

Trotzdem, wie gesagt, hängt die Entscheidung, eine Großgrundparzelle in Anspruch zu nehmen, von mehr Parametern ab als von der Zurverfügungstellung eines günstigen Grundstückes. Nämlich zum Beispiel von der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, von der Nähe zum gewohnten sozialen Umfeld. Oder auch von der Infrastruktur einer Gemeinde. Es nutzt der schönste, billigste Grund nichts wenn die Gemeinde keine Infrastruktur hat. Und das ist der Widerspruch zur Idee der Baurechtsaktion als Raumordnungsmaßnahme. Ich meine, wir sollten uns der Realität stellen. Der Gesetzgeber soll sich an dieser Realität orientieren. Die Realität ist, dass die Baurechtswerber die Baurechtsaktion nicht als Maßnahme der Raumordnung sehen, sondern dass die Baurechtswerber die Baurechtsaktion als spezielle Form einer Wohnbauförderung sehen. Und das muss man zur Kenntnis nehmen, ob es jetzt der Raumordnung gefällt oder nicht.

Und ich meine, es gibt ja Reformvorschläge, die ja schon angeführt sind. Es gibt den Reformvorschlag von uns Sozialdemokraten. Es liegt das Grundsatzpapier der Abteilung vor unter dem Titel „Baurechtsaktion Neu“. Darüber sollte man diskutieren! Auch der Rechnungshof empfiehlt die Überarbeitung der Baurechtsrichtlinien. Und ich glaube, wir sollten uns bei der Überarbeitung der Baurechtsrichtlinien an den Bedürfnissen der Adressaten, der Baurechtswerber, der jungen Niederösterreicher orientieren. Und ein entscheidendes Wort dazu: Diese Reform wird sicher nicht zum Nulltarif zu haben sein. Dennoch darf man, vielleicht sogar aus diesem Grund, die Modernisierung, die Adaptierung der Baurechtsaktion nicht weiter auf die lange Bank schieben. Es führt nämlich zu keiner Lösung wenn wir vor der bitteren Wahrheit die Augen verschließen.

Auch hier darf ich mit dem Ergebnispunkt 2 des Rechnungshofberichtes schließen und darf zitieren: „Eine Neugestaltung der Baurechtsaktion im Sinne der vom Landtag von NÖ beschlossenen Anträge sollte so rasch wie möglich durchgeführt und die Richtlinien entsprechend angepasst bzw. abgeändert werden“. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. Prober (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich heute anlässlich der Rechnungshofberichte, die zur Debatte stehen, mit zwei Berichten kurz auseinander setzen. Zum Ersten auch mit der Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich einerseits und zum Zweiten mit dem Prüfbericht um das Krankenhaus Mödling andererseits.

Zur Baurechtsaktion: Hier möchte ich nahtlos an den Kollegen Keusch anschließen. Vorweggenommen, es ist ein nicht unkritischer Bericht, der uns hier vorliegt. Ich möchte aber schon klar festhalten, dass dieser Übertrag der Wohnbauförderungsmittel wirklich einzig und allein das erklärte Ziel zum Inhalt gehabt hat, diese Baurechtsaktion einmal kurz- und mittelfristig abzusichern. Ich glaube, das war ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, zum richtigen Zeitpunkt. Wenngleich ich aber auch den Kritikern zugestehen muss, dass es optisch besser gewesen wäre, diesen Übertrag auch im Rahmen eines Umschichtungsbudgets vom Landtag beschließen zu lassen. Zum zweiten Punkt: Ich teile die Ansicht des Rechnungshofes, dass Flächenreserven bei Großgrundstücken, die sehr lange brach liegen oder einer Verwertung im Sinne der Baurechtsaktion nicht zeitgerecht zugeführt werden können, auch günstiger vom Land rasch wieder zu veräußern wären. Nicht zuletzt auch deshalb, um Steuermittel nicht zu lange nutzlos zu binden.

Ein dritter Punkt, den ich hier anschließen möchte, und der ist heute noch nicht zur Sprache gekommen. Aus dem sozialdemokratischen Bereich hört man immer wieder die Forderung, die Baurechtsaktion auf das ganze Bundesland Niederösterreich auszudehnen. Ich bitte um Korrektur, wenn das nicht stimmt. Ich meine aber, dass man hier wirklich die Kirche im Dorf lassen soll. Wir sollten eines nicht vergessen: Nämlich dass diese Baurechtsaktion auch auf raumordnungspolitischen Überlegungen und Zielsetzungen aufbaut. Die vor allem darin bestehen - und ich glaube, da sind wir einer Meinung - der Abwanderung aus dünn besiedelten Gebieten Niederösterreichs entgegen zu wirken und generell periphere Gebiete bzw. wirtschaftlich schwache Regionen mit dieser Aktion zu unterstützen. Um diese Dinge aber trotzdem nicht für alle Zeiten einzubetonieren und die Sache im Fluss zu halten, möchte ich hier vorschlagen, die bestehende Liste jener Gemeinden, die momentan

in der Baurechtsaktion sind, durchzugehen, zu durchforsten, neu zu überarbeiten, zu modifizieren eben im Geiste der Baurechtsaktion auf den neuesten regionalen Stand zu bringen.

Ein letzter Punkt, der vielleicht auch interessant sein könnte: Es wird im Bericht auch immer wieder von der Notwendigkeit von Richtlinienänderungen gesprochen. Die Änderung einer Richtlinie möchte ich anregen, auch aus aktuellen Gründen, die aus Gemeinden uns immer wieder zu Ohren kommen: Nämlich das 600 m²-Limit. Es ist nicht einzusehen aus meiner Sicht, dass vom Land als zu begünstigen angesehene Bauwerber nicht auch größere Parzellen erwerben können. Eventuell auch durch ein rechtliches Splitting des Vorganges und auch durch eine damit verbundene gesplittete Finanzierung. Ich glaube, hier wäre mehr Flexibilität in der Sache angesagt. Und ich bin auch guten Mutes, dass die hohe Beamtschaft in diese Richtung bereits sehr intensiv nachdenkt.

Zweitens, zum Krankenhaus Mödling, das heute auch ein Dauerbrenner zu sein scheint. Und hier möchte ich schon auch natürlich zum Teil dem Kollegen Mag. Fasan folgen und zum Teil auch dem Kollegen Dkfm. Rambossek. Nachdem dieser Bericht kein besonders erbaulicher ist, das möchte ich wirklich zugestehen. Wobei hier aber vorweggenommen werden soll, dass die NÖ Landesregierung, soweit sie von diesem Bericht betroffen ist, bereits zugesagt hat, geeignete Maßnahmen im Sinne der vom Landesrechnungshof getroffenen Feststellungen und Anregungen zu setzen. Ich glaube, das ist sicherlich ein ganz wichtiger Punkt, der einmal vorangestellt werden sollte.

Zu den Kritikpunkten selbst: Im Einzelnen konzentrieren sich die Kritikschwerpunkte, und das wurde heute auch schon sehr deutlich aufgezeigt, auf das Fehlen einer optimalen Betriebsablauforganisation. Auf eine immer stärker auseinander klaffende Schere zwischen Aufwand und Ertrag. Das hat der Herr Kollege Mag. Fasan auch deutlich ausgeführt. Auf eine unbefriedigende Zusammenarbeit in der Anstaltsleitung selbst. Und nicht zuletzt auch auf eine sehr beschränkte Anwendung moderner Führungsinstrumentarien. Das hast du auch, glaube ich, entsprechend hier aufgezeigt.

Ich glaube, dass bei einem solchen Krankenhaus mit einem Jahresumsatz von 600 Millionen Schilling - und das ist sicherlich kein Pappentier - als eines der größten Gesundheitsdienstleistungsunternehmen unseres Landes auch darauf geachtet werden muss, dass natürlich - und diese Diskussion ist legitim - über Zuständigkeiten, wie auch heute bereits debattiert, und über Eigentümer-

strukturen mittelfristig nachgedacht werden soll. Ich glaube aber trotzdem, dass in der jetzigen Phase es wichtig ist, kurzfristig notwendige Maßnahmen zu setzen. Die beinhalten erstens aus meiner Sicht eine genauere Überwachung der Budget- und Leistungsdaten. Zum Zweiten den Aufbau, die rasche Installierung entsprechender Managementinstrumente. Und zum Dritten, und das ist auch nicht das Unwichtigste, eine klare Trennung zwischen dem strategischen und dem operativen Bereich. Zum Strategischen vielleicht noch zwei festzustellende Dinge: Erstens wird es aus meiner Sicht zukünftig notwendig sein, zwischen dem Land als Eigentümer und der Krankenhausadministration ein regionalpolitisches Bindeglied aktiv dazwischen zu schalten, um eventuell damit die Rechtsträgerinteressen noch effektiver wahrnehmen zu können.

Und zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eine politische Bemerkung, und ich glaube, auch das wurde heute schon angedeutet in den Debattenbeiträgen. Es wird zukünftig nicht ohne die enge Kooperation mit dem Krankenhaus Baden gehen. Auch der Herr Bürgermeister Breininger unterstreicht das wirklich sehr eindeutig. 1998, beim damaligen Südgipfel - Sie können sich erinnern, der damalige Landesrat Dr. Bauer war dort federführend - wurde das vorgeschlagen. Bedauerlicherweise, und das wird im Rechnungshofbericht auch kritisch vermerkt, ist das bis heute mit keinem positiven Ergebnis versehen.

Ich glaube, dass damit aber auch die gesundheitspolitischen Referenten des Landes Niederösterreich aus dem Bereich der Sozialdemokratie sich mit keinem Ruhmesblatt bedeckt haben. Ich glaube, der Ordnung halber gehört auch das hier dezidiert angefügt. Aus meiner Sicht ist daher eine zügige Verwirklichung dieser Kooperation anzustreben um natürlich auch, wie im Rechnungshofbericht vermerkt, die laufend notwendigen Erweiterungen des Krankenhauses Mödling sinnvoll darauf abzustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächste zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Fast zeitgleich zum eben wieder einberufenen Verfassungs-Ausschuss komme ich jetzt zum Punkt des Theaters ums Theater, nämlich zum Thema Festspiele und dem vorliegenden Prüfbericht. Wobei ich nicht wiederholen werde, was an Zahlenmaterial und Hinterfragen des einen oder anderen Postens bereits erfolgt ist, sondern mich auf zwei

bis drei wesentliche Dinge bzw. offene Fragen konzentriere.

Erstens halte ich fest, dass, - wie auch der Landesrechnungshof festgestellt hat, eine mittelfristige Finanzierung und Absicherung im Interesse einer Planbarkeit gerade im Theaterbereich natürlich unabdingbar ist, jedoch noch immer nicht ausreichend gesichert ist.

Zweitens halte ich fest, dass mit dem Verein Theaterfest Niederösterreich eine relativ fixe Struktur mit wenig Durchlässigkeit nach außen, das heißt, hin zu neuen Mitgliedern oder Vereinen, geschaffen wurde. Und ich froh bin, dass es hier eine Anregung des Landesrechnungshofes gibt, dass man eine weitere Entwicklung ins Auge fassen muss. Weil es kann ja wohl nicht so sein, dass man am Anfang einmal eine Handvoll Theater, Vereine, Bühnen oder Festspiele auswählt, ihnen eine fixe Finanzierung zusichert und das war's dann für ewige Zeiten. Weil das natürlich einen starken sich selbst fortpflanzenden Charakter dann hat.

Die offene Frage, die der Rechnungshof nicht anspricht, die ich aber sehr wohl anspreche, ist, nach welchen Kriterien wurden denn damals die Mitglieder für den Verein Theaterfest Niederösterreich ausgewählt? Warum sind manche drinnen und andere nicht? Und damit haben manche bestimmt eine mittelfristige Finanzierung in Aussicht, andere nicht bzw. müssen Jahr für Jahr darum zittern. Als Beispiele nur: Warum wurden etwa Sommerfestspiele im Raum Langenlois oder Semmering sogar noch dazu genommen, das Waldviertler Hoftheater aber nicht? Das inzwischen zumindest eine Finanzierung aus Landesmitteln auch erfährt. Aber warum sind Kulturinitiativen wie der Theatersommer in Gossam nicht dabei? Vielleicht sollte man hier nicht nur die Buchhaltung überprüfen, sondern auch eine Kriterienliste abfragen, wie dieser Verein Theaterfest Niederösterreich zusammen gestellt ist, der in seinem Querschnitt doch ein mehr als buntes Spektrum anbietet.

Eine kritische Anmerkung an einer Anregung des Landesrechnungshofes erlaube ich mir als dritten Punkt. Auf Seite 3 des Berichtes heißt es bei den administrativen Zielsetzungen im Theaterfest Niederösterreich, nämlich mit der finanziellen Planungssicherheit: Gleichzeitig sollte eine koordinative Plattform hinsichtlich der Programmgestaltung etc. geschaffen werden. Ich halte es in der Tat für wichtig, dass man Marketingmaßnahmen, Werbeaktivitäten gemeinsam macht, aber dass der Fördergeber in die Programmgestaltung der einzelnen Bühnen oder Vereine einwirkt oder eingreift, das ist dann wohl überzogen. Und da gab's doch, wenn

ich einmal erinnern darf daran, so etwas wie die Freiheit der Kunst, die wohl auch für das Theater in Niederösterreich zu gelten hat. Das heißt, ich würde hier dringend ersuchen, davon Abstand zu nehmen, dass man über den Weg der Förderung den verschiedenen Theatervereinen und Kulturinitiativen, um die es hier geht, in die Programmgestaltung hinein zu reden versucht.

Was als Frage offen im Raum steht, und die wurde vom Landesrechnungshof ebenfalls nicht mit aufgegriffen: An welchen Kriterien oder Richtlinien orientieren sich die Fördergeber bei ihrer Entscheidung, wer eine Förderung erhalten soll in diesem Bereich? Es sind keine eindeutigen Kriterien, sei es nach der Größe, sei es nach der Art des Programms, sei es nach der Orientierung, also zeitgenössische Kunst, nicht-zeitgenössische, nur Nestroy, Kurtheater etc., also es ist nichts Eindeutiges ablesbar. Es ist relativ breit gestreut. Aber eben nicht so breit dass man tatsächlich sagen könnte, es gibt einen generellen Querschnitt oder es gibt ein anspruchsvolles Theaterprogramm - insbesondere im Theatersommer wieder -, das den Vergleich mit anderen Bundesländern in jedem Fall halten könnte. Das ist sicher einer der Kritikpunkte, den ich mir inhaltlich jenseits der reinen Rechnungshofberichterstattung anzumerken erlaube. Wenn man einen österreichweiten Vergleich zieht über das Theaterangebot, insbesondere im Bereich des Sommertheaters, so fällt Niederösterreich doch eher mit großer Vorsicht und einem etablierten, nicht besonders mitreißenden oder spannungserregenden Programm auf. Und es wäre auch noch die Frage, ob das das Ziel der NÖ Kulturpolitik im Bereich Theater war.

Das heißt, ich füge hier eine Reihe weiterer offener Fragen hinzu und hoffe, dass diese im Rahmen einer nächsten Überprüfung oder im Rahmen einer weiter folgenden Debatte beantwortet werden können. Insbesondere jene nach warum ist wer dabei und kriegt wer Geld. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle.

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. Rupp (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich nehme Stellung zu drei Rechnungshofberichten: Festspiele, Behinderteneinstellungsgesetz und Krankenhaus Mödling.

Die rechtliche Grundlage für die Förderung von Festspielen bildet das NÖ Kulturförderungsgesetz 1996 sowie das NÖ Kultur- und Sportschillingge-

setz. Beim Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel beim Verein Theaterfest Niederösterreich ist festzustellen, dass die Förderungsmittel des Landes zeitgerecht beigebracht wurden. Im Rahmen des Theaterfestes 1998 wurden bei 339 gespielten Vorstellungen 158.925 Besucher gezählt. Die Nebeneinnahmen aus dem Kartenverkauf betragen 43.160.000,- Schilling. Wobei jedoch festzustellen ist, dass seitens der Sommerarena Baden lediglich 37.348 Besucher, jedoch keine Einnahmen aus dem Kartenverkauf ausgewiesen wurden, Herr Bürgermeister! Des weiteren wurden seitens der Sommerarena Baden weder die Produktionskosten noch die Gesamteinnahmen genau beziffert im Rechnungshofbericht. Zusätzlich wird aufgezeigt, dass es demnach dem Verein nicht gelungen ist, für seine Aktivitäten zusätzliche Einnahmen aus Sponsoren- oder Mitgliedsbeiträgen zu lukrieren. Zum Beispiel sind an Mitgliedsbeiträgen im Verein nur 7.000,- Schilling für das Jahr 1998 als Einnahmen gegeben. Die Einnahmensituation beim Theaterfest Niederösterreich hat sich 1999 gegenüber 1998 kaum verändert. Die Aufwendungen für Marketingmaßnahmen sowie für Werbung sind demnach um 306.000,- Schilling gestiegen.

Zu den Festspielen in Reichenau kann berichtet werden, dass für die Jahre 2000, 2001 und 2002 ein jährlicher Finanzierungsbeitrag des Landes Niederösterreich von fünf Millionen Schilling vereinbart wurde. Zusätzlich, haben wir schon gehört von Abgeordneten Dkfm. Rambossek, wird ein allfälliger Abgang im Zuge der Produktion und Aufführung eines expressionistischen Einakters im Jahre 1999 bis zu einer Gesamthöhe von S 1,5 Millionen abzüglich der Bundessubventionen bis spätestens Ende Februar des Jahres 2000 durch einen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag des Landes abgedeckt. Gemäß den Förderungsbedingungen und gemäß Punkt 5.1 des Förderungsvertrages ist als Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung zu der bereits vorgelegten vorläufigen Abrechnung ein testierter Jahresabschluss von 1999 vorzulegen. Meiner Meinung nach, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es unbedingt erforderlich, dass bei allen Förderungsmöglichkeiten, die in Anspruch genommen werden, eine genaue Mittelverwendung zeitgerecht und ordnungsgemäß bekanntgegeben wird.

Zum Landesrechnungshofbericht über das Behinderteneinstellungsgesetz für geschützte Arbeit ist anzumerken, dass der vorliegende Bericht zwei Bereiche behandelt. Erstens: Die Leistungen des Landes nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, wobei das Land den gesetzlichen Bestimmungen als Dienstgeber nachzukommen hat. Und zweitens:

Die Aufgaben des Landes für den Bereich Geschützte Arbeit.

Durch das NÖ Sozialhilfegesetz ist es möglich, Hilfe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen anzubieten, um die Beeinträchtigungen lebenswichtiger sozialer Beziehungsfelder für Personen zu beheben bzw. zu reduzieren. Vom Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen wurde durch Verordnung festgelegt, dass für jeden begünstigten Behinderten der nicht eingestellt wird eine Ausgleichstaxe zu bezahlen ist. Ich erspare Ihnen die Zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie kennen sie. Sie gehen von 1997 von S 1.990,- monatlich bis zu monatlich S 2.050,- im Jahr 2000.

Wenn man die Anzahl der eingestellten behinderten Bediensteten vergleicht mit der Pflichtzahl der einzustellenden im Bereich der Landesregierung ist zu erkennen, dass die Landesanstalten statt 273 nur 215 eingestellt haben. Im Bereich der Kindergärten statt 1994 nur 6, im Bereich der Straßenerhaltung statt 126 Behinderte nur 74 eingestellt haben und im Bereich der Landeslehrer statt 12 nur 0 eingestellt sind. Im Bereich der Bezirkshauptmannschaften ist es aber sehr erfreulich und auch in der Landesregierung, da gibt es im Gegenteil mehr Eingestellte als vom Gesetz vorgeschrieben sind. Im gesamten Landesdienst stehen der Pflichtzahl von 1.245 750 anrechenbar beschäftigte begünstigte Behinderte gegenüber.

Es wurden auch die Altersgrenzen für geschützte Arbeit festgelegt: Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres und Männer nach dem 65. Die Führung von geschützten Werkstätten in St. Pölten sowie in Wr. Neustadt mit 74 in Wr. Neustadt und 231 in St. Pölten haben natürlich am Arbeitsmarkt eine große Begünstigung erreicht.

Ein Vergleich von geschützten Arbeitsplätzen oder solchen begünstigter Behinderter von anderen Bundesländern auf die Einwohnerzahl umgerechnet wäre von großem Interesse. Wir haben das auch im Rechnungshof-Ausschuss ausführlich debattiert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Land Niederösterreich bemüht ist, die Einstellung von begünstigten Behinderten zu fördern. Und dass nach den gesetzlichen Bestimmungen ein begünstigter Behinderter für 25 Dienstnehmer einzustellen ist. Es geht darum, den vorgenannten Ausgleichsfonds so gering als nur möglich zu halten. Im Bereich des Landesschulrates, meine sehr verehrten Damen und Herren, finden wir die größte Differenz von 442 nicht besetzten Stellen für begünstigte Behinderte. In diesem Bereich müsste

noch eine Möglichkeit gefunden werden, wie diese Härten ausgeglichen werden können. Wir haben auch ausführlich im Rechnungshof-Ausschuss darüber gesprochen. Wobei der Präsident gemeint hat, es ist sicherlich so, dass auch für diese 400, Herr Präsident, ein Beitrag bezahlt wird, wodurch andere wieder unterstützt werden können. Das war eine Begründung. Aber ich glaube, trotzdem müssen wir uns bemühen, diese Anzahl zu reduzieren.

Zu meinem letzten Punkt im Rechnungshofbericht, eine unendliche Geschichte, haben wir heute schon gehört, meine Damen und Herren, das Krankenhaus Mödling. Bei der Anstaltsordnung, darf ich berichten, wird positiv bemerkt, dass nach jahrelanger Überarbeitung nunmehr eine bewilligte Anstaltsordnung vorliegt. Für die Zukunft wird ange-regt, in der Anstaltsordnung gemäß § 16 des NÖ KAG die Rahmenbedingungen für die Führung der Krankenanstalten, den Aufgabenbereich der Anstaltsleitung und den inneren Betrieb der Kranken-anstalt zu regeln.

Die Entwicklung im Krankenanstaltenbereich bei den Baumaßnahmen: Trotz der beträchtlichen finanziellen Mittel, die bisher in diese Baumaßnahmen investiert wurden konnte weder eine optimale Betriebsablauforganisation noch ein zeitgemäßer Standort im Hotelbereich erreicht werden. Die bauliche Entwicklung des Krankenhauses, meine sehr verehrten Damen und Herren, spiegelt sich nicht in der mittelfristigen Zielplanung wider, sondern erfolgte mangels entsprechender finanzieller Bedeckung als Stückwerk. Verwirklicht wurden nur die jeweils dringlichsten Vorhaben. Im NÖGUS ist wegen der laufenden Verhandlungen zur Kranken-anstaltenfinanzierung ein Beschluss gefasst worden, dass keine weiteren Planungs- und Bauaufträge vergeben werden dürfen. Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, dass es ununterbrochen, meine Damen und Herren, Veränderungen im baulichen Bereich gibt.

Ganz kurz möchte ich noch auf den baulichen Brandschutz hinweisen. Durch die gegebenen baulichen Voraussetzungen kommt den Brandschutz-einrichtungen besondere Bedeutung zu. Sie sind daher mit höherer Priorität umzusetzen. Besonders langfristig aufgestellte Gangbetten sind durch effiziente Baumaßnahmen zu vermeiden.

Die Kooperation mit Baden hat mein Vorredner angeschnitten. Meine Damen und Herren! Die Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten ist mit der Durchführung des sanitätsbehördlichen Verfahrens in Verzug. Die derzeitige Bettenstruktur stimmt mit der bescheidmäßig systemisierten Struktur nicht überein.

Zu dem Bereich Entwicklung der LDF-Punkte: Auf Grund der Entwicklung des Ertragsbereiches sind unabhängig von den weiteren Einsparungspotentialen im Sachaufwand Kostenreduktionen auch im Personalbereich unumgänglich. Ein Betriebsvergleich, meine Damen und Herren, von 1997 auf 1999 ergibt, die Einsparungen im Bereich der Investitionen in Anlagen waren zum Teil kontraproduktiv, da die notwendige Ersatzbeschaffung sowie aufgabenorientierte Neuanschaffung nicht durchgeführt werden konnten. Eine mittelfristige Investitionsplanung, die auch entsprechend umgesetzt wird, wurde gefordert.

Beim Finanzbedarf ist in Hinkunft auf eine realistische Veranschlagung und entsprechende Ausnützung des vom NÖGUS zugestandenen Finanzbedarfes zu achten. Bei der Qualitätssicherung wird hingewiesen, dass mit der Einführung der medizinischen Qualitätssicherung spät begonnen wurde. Es wird erwartet, dass die Bemühungen verstärkt fortgesetzt werden und zu konkreten Ergebnissen führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zusammenfassend für den Bericht über das Krankenhaus Mödling beispielsweise das Ergebnis 23: „Die Richtlinien für das Führen und Mitarbeiten in der NÖ Landesverwaltung – Führungsrichtlinien - sind zu beachten. Die Aufbau- und Ablauforganisation für das Krankenhaus Mödling ist entsprechend den Führungsrichtlinien und der Anstaltsordnung neu zu gestalten.“ Meine persönliche Meinung, meine Damen und Herren: Wenn man den Rechnungshofbericht kennt, der auch im Ausschuss sehr lange diskutiert worden ist, müsste man zur Auffassung kommen und ich möchte heute diese Forderung stellen hier im Hohen Haus, zusätzlich, meine Damen und Herren muss beachtet werden, dass das Hauptproblem der Landeskrankenanstalten, die Kompetenzersplitterung auf politischer Ebene, geändert werden müsste. Wenn man bedenkt, dass Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll zuständig ist für das Personal, meine Damen und Herren, und die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi für den Gesundheitsbereich, für das operative Geschäft, dann, glaube ich, wäre es an der Zeit, meine Damen und Herren, dass die zuständige Ressortleiterin auch für beides zuständig ist: Für den Gesundheitsbereich auch aber für den Personalbereich! Ich würde bitten, dass wir das in unsere Überlegungen aufnehmen. Und ich bin davon überzeugt, dass es eine positive Entwicklung geben würde. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Erber.

Abg. Erber (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte erstens zu den Festspielen sprechen. Und da muss man schon auch einmal sagen, dass das ein sehr ordentlicher Bericht ist. Der auch aussagt, dass die fördernden Stellen sehr ordentlich gearbeitet haben. Der allerdings auch aussagt, dass die Vereine sehr ordentlich gearbeitet haben. Ich möchte nur, nachdem schon sehr viel darüber gesprochen worden ist, ein paar Highlights herausnehmen, von denen ich glaube, dass sie wirklich erwähnenswert sind. Etwa die Einführung der mittelfristigen Förderverträge. Ich glaube, dass das tatsächlich notwendig ist, um Kontinuität zu sichern im Bereich der Kunst und der Festspiele, um Planungen nicht nur kurzfristig sondern auch mittelfristig durchführen zu können. Auf der anderen Seite, und das möchte ich doch auch sagen, ist es, glaube ich, auch für das Land ein Vorteil, bei der Budgeterstellung zu wissen, mit welchen Kosten, mit welchen Aufwendungen hier zu rechnen ist. So waren es eben 1999 18 Millionen Schilling, die dafür zu verwenden waren.

Es ist ja von der Abgeordneten Mag. Weinzinger schon angesprochen worden die Freiheit der Kunst. Natürlich, da wird ja auch bemerkt, dass sich das Land aus dem operativen Bereich zurückziehen wird. Und ich denke, das unterstreicht ja, dass in Niederösterreich die Kunst eine freie ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch Stellung nehmen zur Kritik von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger, dass das vielleicht nicht so mitreißendes Theater ist. Ich glaube das nicht! Denn wenn man sich die Besucherzahlen anschaut, so sind die steigend. Und ich weiß schon, sie wollte damit ausdrücken, vielleicht auch moderneres Theater oder noch mehr moderneres Theater anzubieten. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, dass hier gute Leistungen erbracht werden. Und möchte das nicht so verstanden wissen, dass man vielleicht mit dem Angeboten nicht zufrieden ist. Weil ich glaube, die Zahlen sprechen für sich. Und da ist es nicht so, dass die Leistungen nicht mitreißend wären, sondern die machen das schon sehr, sehr gut.

Interessant ist sicher auch noch die Flexibilität in der Förderhöhe, die eben reicht bei den einzelnen Fördernehmern von 450.000,- Schilling bis hin zu 3 Millionen Schilling. Was ich noch sagen will, weil es angemerkt ist, dass die Förderwerber sich mehr bemühen sollten um Sponsoring auch direkt bei den Gemeinden. Ich glaube, ein jeder von Ihnen oder sehr viele von Ihnen werden wissen, wie schwierig es für die Gemeinden jetzt schon ist, ihr Budget effizient einzusetzen und wie angespannt

die Budgets sind. Also ich denke, dass die Gemeinden wohl durchaus gerne mehr machen würden, auch für die Kunstförderung. Generell ist das natürlich zu unterstützen. Und ich glaube, die Vereine bemühen sich ja auch über die Landesförderungen Sponsoring zu betreiben. Und ich denke, das Zur Verfügung Stellen von Infrastruktur, das passiert in der Praxis sehr oft. Nur wird vielleicht das manchmal nicht wirklich gesondert erwähnt. Also ich denke durchaus, dass eine darstellende Kunst nicht möglich wäre oder das Theater nicht möglich wäre, würden nicht Gemeinden bzw. Vereine zusammen arbeiten.

Zu dem Punkt Festspiel möchte ich aber schon noch dazu sagen, weil es auch angesprochen und beschrieben ist, das Projekt „Connecting-the-p.arts“. Die Datenbankerstellung, die im Aufbau begriffen ist. Also das ist schon etwas sehr Gutes und sehr Geschicktes für die Zukunft. Natürlich, leben wird diese Datenbank mit jenen die sie nutzen, mit jenen die sie bewerben und mit jenen, die sich diese Daten der Datenbank auch anschauen. Doch ich denke, dass es richtig ist und dass es ein zukunftsweisender Schritt ist, sich damit auseinander zu setzen, auch hier den Weg ins Internet zu finden.

Widersprechen möchte ich allerdings auch dem Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek wenn er sagt, ob es denn wirklich notwendig ist, dass man beim Kunstbudget noch mehr ausgibt oder von 18 eben auf 24 Millionen Schilling erhöht. Ich denke, man sollte schon die wirtschaftliche Komponente auch betrachten. Und insbesondere hat Niederösterreich im Bereich der Kunst sehr gute Erfahrungen. Ich gebe schon zu, dass das auch Fernsehfilme waren wie „Donauprinzessin“ oder das eben abgedrehte Projekt im Weinviertel. Aber ich denke, man sollte die wirtschaftliche Komponente bei der Diskussion um die Kunst nicht vergessen. Und ich glaube, dass das durchaus für unseren Tourismus ein wichtiges Element ist.

Zum Zweiten möchte ich Stellung nehmen zum Donauhochwasserschutz Ardagger. Ich hoffe, dass ich den Herrn Abgeordneten Keusch da missverstanden habe, wenn er gesagt hat, da würde es darum gehen, Schuldige zu suchen. Also ich glaube, darum geht es ja nicht, wenn der Rechnungshof kontrolliert. Ich glaube auch nicht, dass der Rechnungshof da Probleme hat, Theorie und Praxis zu unterscheiden. Und ich glaube nicht, dass das eine Erklärung ist.

Tatsache ist, das Beste bei diesem Hochwasserschutz in Ardagger ist, dass er gebaut wurde und dass er jetzt fertig ist. Wer den Bericht gelesen hat weiß, er ist nicht gerade das, was man als ein-

fachen Bericht bezeichnen könnte. Da werden wahrscheinlich mehr Stellungnahmen nicht zur Kenntnis genommen als zur Kenntnis genommen wird.

Ich möchte aber auch dazu sagen, dass es natürlich stimmt wenn der Abgeordnete Keusch darauf verweist, dass die Verantwortlichkeiten geklärt werden müssen. Und zwar kann es nicht sein, dass die Verantwortlichkeiten aufgeteilt sind zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Das ist einfach schwierig und das ist wahrscheinlich in der Administration sehr schwer umzusetzen. Tatsache ist aber auch, und das ist angesprochen worden, dass die Sanierung dringend notwendig war und dass wirklich Gefahr im Verzug war. Bis hin zur Gefahr des Dammbrechens.

Vielleicht noch ein paar Punkte, die doch auffallend sind: Bei der Durchführung wurden einige Mängel bei der Planung wie bei der Bodenuntersuchung und örtlicher Bauaufsicht festgestellt. Insbesondere im Umgang mit den Vergabebestimmungen wurde sorglos vorgegangen. Und auch hier wieder die Aussage, natürlich gab es Verstöße gegen die Ö-Norm. Das kann ich nicht unterstreichen. Weil es kann doch nicht so sein, dass man sagt, natürlich wird gegen eine Vergabebestimmung verstoßen. Also das kann ja keine Entschuldigung sein dass es „natürlich“ so ist, dass man dagegen verstößt. Tatsache ist, es wurde ja gegen diese Ö-Norm 2050 nicht nur einmal verstoßen sondern etliche Male.

Die Baukontrolle war ebenso eigentlich sehr mangelhaft und wenig effizient. Was natürlich wirklich schmerzt, und zwar nicht nur mich oder uns schmerzt sondern jeden Steuerzahler, das ist, obwohl die Leistung reduziert wurde kam es zu einer Überschreitung der Fixkosten um 15 Prozent der Auftragssumme. Das ist schon sehr schmerzhaft, weil das jeder Steuerzahler zu begleichen hat. Und ich denke, das unterstreicht warum man sorgfältig umgehen muss. Weil es eben um Summen und um Gelder geht, die nicht unsere sind, sondern die der Steuerzahler zu berappen hat.

Letztlich noch die Vertragsstreitigkeiten. Ich glaube, wenn man vorher schon angesprochen hat, dass da wirklich Gefahr im Verzug war, etwa die Gefahr eines Dammbrechens, möchte ich doch sagen, dass durch die Vertragsstreitigkeiten eine Verzögerung von einem Jahr eingetreten ist. Also auch hier sieht man die zeitliche Komponente, die ja negativ zu bewerten ist.

Zuletzt möchte ich noch zum Behinderteneinstellungsgesetz kommen. Ich glaube, es ist bekannt, dass pro 25 Dienstnehmer ein begünstigter

Behinderter einzustellen ist. Man muss dazu sagen, es ist eine Verhältniszahl die eigentlich sehr hoch ist, von der ich aber denke, dass sie zu Recht sehr hoch ist. Jeder, der sich damit beschäftigt hat wird wissen, dass unsere Probleme, die wir derzeit haben in Wahrheit, bei der Arbeitslosigkeit im Bereich der Behinderten liegen. Und darum ist diese Grenze von einem pro 25 schon sehr richtig.

Genauso richtig ist es aber natürlich auch, die Zahlungen zum Ausgleichstaxfonds bei der Nichterfüllung anzusprechen. Und da hat, so denke ich, Herr Präsident Mag. Freibauer beim letzten Rechnungshof-Ausschuss auch sehr richtig gesagt, das sind ja durchaus sinnvolle Gelder, weil sie wieder zur Beschäftigung von Behinderten herangezogen werden.

Im Bereich der Landesregierung, und das muss man wirklich sehr, sehr positiv anführen, sind lediglich 53 Stellen nicht besetzt oder sind wir lediglich mit 53 Stellen unterbesetzt. Probleme, das soll man auch nicht verschleiern, gibt es natürlich beim Landesschulrat, wo die Zahl schon angesprochen wurde mit 442 Stellen, die nicht besetzt sind. Aber ich denke, es ist halt ein generelles Problem, sowohl im Schul- wie auch im Kindergartenbereich Arbeitsplätze für Behinderte zu schaffen. Obwohl ich auch hier meinem Vorredner durchaus Recht geben muss: Das sollte uns nicht davon entbinden, darüber nachzudenken wie es vielleicht doch möglich wäre, auch in diesen Bereichen Behinderten einen Arbeitsplatz zu bieten.

Damit zu den Zahlungen des Landes, die jeweils vor der Fälligkeit stattgefunden haben. Ich möchte darauf verweisen, dass es eine rege Diskussion gegeben hat, wobei ich denke, dass auch sehr ordentlich vorgegangen wurde. Und zwar hat es da Probleme gegeben in der Zeitphase der Übersiedelung des Betriebes hierher nach St. Pölten. Und trotzdem ist man vorstellig geworden und hat auch die Zahlungen seitens Niederösterreich sehr, sehr effizient gestalten können und genauso Zinsbelastungen vermeiden können.

Der besondere Schritt, der hierbei sicher erwähnt werden muss, ist auch die Schaffung des NÖ Sozialhilfegesetzes. In diesem Maßnahmenkatalog sind enthalten die beiden Projekte für geschützte Arbeit mit den beiden Varianten geschützte Arbeitsplätze und integrative Betriebe. Die Förderung in Form von Zuschüssen für Arbeitsstellen für behinderte Arbeitnehmer wird eben von den Bezirkshauptmannschaften abgewickelt. Wobei ich auch glaube, dass das von der Organisation her sehr sinnvoll ist. Weil je näher man hinkommen kann zur Vermittlung, zum Behinderten, auch zu den Arbeit-

gebern, umso sinnvoller ist es. Und ich denke, die Bezirksebene ist hier eine sehr gute Ebene um dies durchzuführen.

Ich möchte allerdings auch die Schwierigkeiten ansprechen die sich ergeben, auch in der Beschäftigung der Behinderten in Zukunft. Es wird schwieriger werden, diese Zahlen zu erfüllen. Und zwar wird eine zusätzliche Aufrüstung im EDV-Bereich wahrscheinlich eher Probleme geben. Genauso aber auch bei Ausgliederungen. Also was auf der einen Seite durchaus für den Betrieb sehr positiv ist, kann hier in Bezug auf die Einstellung der Behinderten sich als negativ auswirken. Ich möchte das nur der Form halber erwähnen, weil ich glaube, dass es schon wichtig ist, dass man sagen muss, dass es natürlich in der Küche Möglichkeiten gibt, hier auch geschützte Plätze zu errichten.

Damit möchte ich noch einige persönliche Gedanken zur Problematik der Behinderten einbringen, weil es mir ein Anliegen ist. Und zwar insbesondere den Kündigungsschutz. Dieser Kündigungsschutz, das ist sicher etwas, das als sehr gutes Instrument erdacht wurde. Nur erweist sich dieser Kündigungsschutz tatsächlich zunehmend als Bumerang für die Behinderten. Und zwar deswegen, weil sie von vornherein schon nicht mehr die Chance bekommen eingestellt zu werden. Diese Idee, die stammt jetzt nicht von mir, sondern direkt von jenen, die mit Behinderten beschäftigt sind, auch mit geistig Behinderten. Wobei beklagt wird, dass insbesondere geistig Behinderte diese Chance nicht mehr erhalten, dass sie überhaupt tätig werden können am Arbeitsplatz. Und da wäre durchaus überlegenswert, was könnte man machen, dass dieser Kündigungsschutz nicht für den einzelnen Behinderten zum Bumerang wird. Und ich weiß nicht, manche werden es wissen, dass jetzt an eine Ausweitung des Kündigungsschutzes gedacht wird von drei auf sechs Monate. Man muss sich das halt sehr genau überlegen. Auf der einen Seite ist der verstärkte Kündigungsschutz natürlich sehr wichtig. Nur darf es auf der anderen Seite nicht so weit kommen dass es den Arbeitsplatz für den Behinderten dann von vornherein nicht gibt.

Genauso möchte auf die Beurteilung der Förderwürdigkeit von Jugendlichen kurz eingehen, weil die eben festgestellt werden muss. Ich glaube, da würde es genügen, wenn schon in der Schule der sonderpädagogische Förderbedarf festgestellt wurde, dass man dadurch eine nochmalige Begutachtung bzw. Untersuchung vermeiden könnte. Ich möchte allerdings auch ansprechen, dass sehr oft Behinderungen sehr schwer von praktischen Ärzten erkannt werden können. Etwa eine Lernbehinderung oder Verhaltensprobleme genauso wie soziale

und emotionelle Behinderungen, wo sich eben ein Arzt sehr, sehr schwer tut, diese Behinderungen tatsächlich auch zu erkennen.

Letztlich möchte ich in Richtung Beschäftigung noch ein paar zentrale Fragen aus Sicht der Behinderten bzw. der Betreuer der Behinderten in den Raum stellen, um vielleicht doch, auch wenn jetzt die Zeit schon fortgeschritten ist, zum Nachdenken anzuregen. Was brauchen die Behinderten? Was sind die Fragen, die sich die Behinderten stellen bzw. jene, die sie betreuen? Wer vermittelt behinderte Arbeitsplatzsuchende? Vor allen Dingen aber auch, wo kann sich denn eine Firma erkundigen, wo es einen – und ich möchte das jetzt gar nicht abwertend sagen – einen „Passenden“ gibt, der zum Betrieb passt. Denn nicht jede Behinderung ist gleich. Ich glaube, da müsste es für die Firmen Ansprechstellen geben wo sie sich damit auseinandersetzen können. Wo sie eben einen für den Betrieb „Passenden“ finden könnten.

Dazu möchte ich auf die Verschiedenartigkeit der Behinderungen hinweisen. Behinderung ist nicht gleich Behinderung. Ich möchte da nicht nur ansprechen dass es Unterschiede gibt zwischen geistiger Behinderung und körperlicher. Sodass etwa ein Telefonist oder eine Telefonistin durchaus gehbehindert sein kann. Das würde keinen großen Unterschied in der Arbeitsleistung machen. Genauso wird es vielleicht für jemanden, der eine Sprachbehinderung hat, kein Problem sein, als manuell tätiger Hilfsarbeiter eine Stellung zu finden.

Letztlich gibt sich Niederösterreich sehr viel Mühe, das möchte ich auch dazu sagen. Aber letztlich brauchen wir noch verstärkt Qualifizierungsprojekte, Arbeitsbegleitung, Arbeitseinsatz und begleitende Betriebspraktiker. Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Pietsch (SPÖ): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Schabl: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 741/B-1:)* Danke. Einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zum Geschäftsstück **Ltg. 736/S-5/12** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich berichte über das Geschäftsstück NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Schrems (Abbruch des Altbestandes und Kostenerhöhung im Zuge des Neubaus).

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, unter Bezugnahme auf den Landtagsbeschluss vom 5. Dezember 1990, den Antrag auf Genehmigung über den Abbruch des Altbestandes und die Kostenerhöhung im Zuge des Neubaus des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Schrems vorzulegen.

Der NÖ Landtag hat am 8. Oktober 1998 die Neuerrichtung des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Schrems (ohne Abbruch des Altbestandes) mit Gesamtherstellungskosten von S 94,3 Millionen netto genehmigt. Mit der Neuerrichtung wurde im Oktober 1998 begonnen. Die Fertigstellung erfolgt voraussichtlich im Mai des Jahres. Nunmehr ist es im Zuge des Neubaus aufgrund unvorhergesehener Ereignisse zu Mehrkosten gekommen. Des weiteren ist der Altbestand abzubauen und die entsprechenden Außenanlagen sind zu errichten. In der seinerzeitigen Landtagsgenehmigung wurde hiezu nur ein genereller Hinweis aufgenommen, dass die Abbruchkosten von S 4 Millionen nicht in den Gesamtherstellungskosten enthalten sind.

Die Kostenüberschreitung beläuft sich auf 8.600.000,- S und für den Abbruch des alten Heimes und die Gestaltung der Außenanlagen sind 4.675.000,- S vorgesehen. Somit ergeben sich Gesamtherstellungskosten des Landes-Pensionistenheimes Schrems von S 107.575.000,- exklusive Mehrwertsteuer. Die Errichtungskosten betragen ohne Baumanagement, Versicherung, Abbruch und Außenanlagen S 101.000.000,-. Somit ergeben sich Errichtungskosten von S 1.262.500,- exkl. MWSt. pro Bett. Diese Kosten wurden auch in der Sitzung des Baubeirates am 13. März 2001 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Finanzierung des Bauvorhabens erfolgt im Leasingwege durch die NÖ HYPO Leasing Gerusia Ges.m.b.H. Aufgrund der Gesamtherstellungskosten (inkl. Abbruch) in der Höhe von S 107.575.000,- ergeben sich voraussichtlich jährliche Leasingraten von:
Immobilien, Laufzeit 25 Jahre ca. 7.232.000,- exkl. MWSt. Mobilien, Langläufer, Laufzeit 9 Jahre ca. S 704.000,- exkl. MWSt. Mobilien, Kurzläufer, Laufzeit 4 Jahre ca. S 316.000,- exkl. MWSt.

Ich erlaube mir, den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zu stellen über die Vor-

lage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Schrems; Abbruch des Altbestandes und Kostenerhöhung im Zuge des Neubaus (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Kostenüberschreitung des Projektes um

	exkl. MWSt.:
Neubau	S 8,600.000,-
Herstellungskosten für Abbruch	S 4,675.000,-
Summe	S 13,275.000,-

2. Finanzierungskosten:
 Aufgrund der Gesamtherstellungskosten in Höhe von S 107,575.000,- (exkl. MWSt.) ergeben sich folgende voraussichtliche jährliche Leasingraten von:
 Immobilien, Laufzeit 25 Jahre ca. S 7,232.000,- exkl. MWSt.
 Mobilien, Langläufer, Laufzeit 9 Jahre ca. S 704.000,- exkl. MWSt.
 Mobilien, Kurzläufer, Laufzeit 4 Jahre ca. S 316.000,- exkl. MWSt.

3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich ersuche dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung herbeizuführen.

Zweiter Präsident Schabl: Es liegt dazu keine Wortmeldung vor. Es gibt dazu eine Abstimmung ohne Debatte. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 736/S-5/12:*) Danke. Einstimmig angenommen!

Ich ersuche Frau Abgeordnete Hinterholzer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück **Ltg. 722/V-11/5** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über Regelungen zur Durchführung der EU-Regionalprogramme in Österreich in der Periode 2000-2006.

Österreich hat sich nach dem EU-Beitritt 1995 dafür entschieden, für die Umsetzung der Regionalprogramme der EU-Strukturfonds in Österreich vorerst auf formalrechtliche Regelungen zu verzichten und für die Umsetzung die bestehenden Förderstrukturen der sachlich beteiligten Ministerien und Länder zu verwenden.

Die EU-Strukturfondsverordnungen für die Förderperiode 2000 bis 2006 stellen jedoch strengere Anforderungen an das Programm-Management und die Strukturen für die finanzielle Abwicklung und Finanzkontrolle. Da Österreich mittlerweile über ausreichende praktische Erfahrungen mit den EU-Strukturfonds verfügt erscheint es geboten, nunmehr einen formalen Regelungsvertrag zu schaffen, der sowohl den Anforderungen der österreichischen Förderungspraxis als auch den EU-rechtlichen Vorgaben entspricht. Ich stelle daher den Antrag des Europa-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über Regelungen zur Durchführung der EU-Regionalprogramme in Österreich in der Periode 2000-2006 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.“

Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Schabl: Ich eröffne die Debatte. Frau Abgeordnete Mag. Weininger hat ihre Wortmeldung zurückgezogen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Werte Kollegen des Hohen Hauses!

Ich möchte kurz ein paar Anmerkungen zu unserem vorliegenden Entwurf betreffend einer Art.15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Regelung zur Durchführung der EU-Regionalprogramme heute hier abgeben. Es geht um die Periode 2000-2006. Und wir wissen ja, wir haben ja bisher schon hier in diesem Bereich gearbeitet, jetzt soll es formalrechtliche Regelungen geben, auf die hatten wir bisher verzichtet, um die Förderstrukturen eben in ein Vertragswerk gegossen, in Zukunft abwickeln und vielleicht noch besser über die Bühne zu bringen zu können.

Es stellt sich heraus, dass diese Strukturfondsverordnung für die neue Förderperiode eine strengere Anforderung an das Programm-Management stellt und die Strukturen in Zukunft natürlich die finanzielle Abwicklung und auch die Finanzkontrolle beinhalten sollen. Es sollen formale Regelrahmen geschaffen werden, die es ja bisher auch schon in etwa gegeben hat. Aber nun sind die halt in einen Gesetzestext gegossen. Und wir wissen, wie wir in Zukunft den Anforderungen an die Förderpraxis auch EU-rechtlicher Vorgaben entsprechen werden.

Die Vorgaben der neuen EU-Verordnung, der Abwicklungsstruktur für die Regionalprogramme, der Strukturfonds, sind jetzt ausgearbeitet. Sie liegen vor. Es war das Ziel, unter Berücksichtigung der bestehenden Verwaltungspraxis regionalpolitisch relevante Förderkompetenzen, Koordinationsanforderungen, politisch ausgewogene Lösungen hier einheitlich zustande zu bringen um im Sinne der Förderwerber handeln und arbeiten zu können.

Wir haben in dieser Vereinbarung gewisse Regeln über die Abgrenzung des Geltungsbereiches, Regeln zu den organisatorischen Strukturen, Verfahrensbestimmungen zur Sicherstellung der Programmabwicklung, Regelungen betreffend Finanzgebarung, Kontrolle und eventuelle Finanzkorrekturen und auch Regeln für eventuelle Schlichtungen im Streitfall. Es ist dann auch vereinbart, wo in Zukunft diese Vereinbarung nicht gilt. Sie gilt bei denen, wo zwischen Bund und Ländern es erforderlich ist. Das heißt, sie gilt nicht für Ziel 3-Programme. Sie gilt selbstverständlich bei grenzüberschreitenden INTERREG-Programmen, aber natürlich nur, wenn eben Bundes- oder Landesstellen für diese Funktionen herangezogen werden.

In aller Kürze möchte ich noch eingehen auf die Wichtigkeit dieser Regionalpolitik bzw. in der Praxis dieser regionalen Managements. Das heißt, wenn wir das heute beschließen wollen wir damit in Zukunft wieder über die verschiedenen Regionalmanagements auch Geld aus Brüssel für die Regionen lukrieren. Und das ist ja das Ziel, dass mittels einer vernünftigen Regionalpolitik auch über die Zukunft einer Region entschieden wird. Da geht es um die Zukunft des Arbeitsmarktes, um Tourismus, Infrastruktur, Innovation etc. Ich möchte es an einem Beispiel aus dem Waldviertel Management hier nur ganz kurz erwähnen. Dessen Arbeit ist einmal generell positiv zu beurteilen. Trotz der vielen Kritikpunkte, die wir ja schon oft hier geäußert haben von einer politischen Besetzung etc. muss man sagen, dass uns einiges gelungen ist. Auch deswegen weil wir im Waldviertel eine EU-Plattform haben, wo wirklich alle Abgeordneten und alle Vertreter aus unserer Region an einem einheitlichen Ziel arbeiten, eben die Stärkung unserer Region, unseres Grenzraumes. Ich möchte es positiv beurteilen, dass wir hier sehr viel geschafft haben. Trotz der vielen kleinen Fehler, die wir immer kritisieren, die man immer kritisieren kann, soll hier das Positive im Vordergrund stehen. Denn das Positive ist der Aufschwung für diese Region.

Im Grenzraum braucht es eine gezielte Regionalförderung so wie überall woanders auch. Aber ich sage natürlich als Lokalpatriot, als Waldviertler, wir im Grenzland brauchen diese besonders. Wir

brauchen Betriebsansiedlungen auf Grund der fehlenden Arbeitsplätze. Wir brauchen eine Infrastruktur von Schiene über Straße etc. Das alles sind ja Punkte einer gezielten Regionalpolitik. Die Telematik, meine Damen und Herren, die Arbeitsplätze vor Ort sind auf alle Fälle eine regionalpolitische Forderung, die wir in Zukunft immer ernst nehmen müssen. Von Tourismus über Landwirtschaft, meine Damen und Herren, all das sind Eckpfeiler einer vernünftigen, zukunftsorientierten Regionalpolitik.

Natürlich ist ein wesentlicher Punkt, warum wir die Regionalpolitik bisher schon ernst genommen haben im Waldviertel, aber in Zukunft noch stärker uns bemühen werden, die drohende EU-Osterweiterung. Hier sind eben Standards erforderlich um diese EU-Osterweiterung nicht zum Schaden der Region, zum Schaden der dort lebenden Bevölkerung über uns zu kommen zu lassen, diese Problematik. Sondern wir müssen die Region, die Bevölkerung schützen. Darum fordern wir Standards. Und diese Standards kann man auch wieder mit der Regionalpolitik in Verbindung bringen. Denn sonst hätte das ganze Geld, das bisher in diese Region gekommen ist, ja überhaupt keinen Sinn gehabt wenn wir hier übereilig, ohne Erreichung gewisser Standards eine Osterweiterung vorantreiben. Wir müssen hier gezielt über eine Förderpolitik, aber auch über eine Förderhöhe die Osterweiterung vorbereiten. Natürlich ist das auch auf österreichischer Seite sehr wichtig für uns im Grenzraum. Und da ist die Zielgebietsfrage sehr wesentlich für mich, und ich bin sicher, für alle Politiker hier in diesem Lande. Es soll halt nicht so sein, dass dann im Zuge der Osterweiterung es zu einer Verlagerung kommt, weil jenseits der Grenze ein Ziel 1-Gebiet, Förderungsgebiet, ist und herüber dann nicht. Wir verlieren damit die Förderhöhe, die Förderqualität. Dann wird jeder Betrieb natürlich die 10 Kilometer 'übergehen und sich in das Ziel 1-Gebiet setzen. Auch das, meine Damen und Herren, nur hier im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung. So soll angesprochen sein, dass hier die Förderqualität, die Förderhöhe in Form einer vernünftigen, zukunftsorientierten Regionalpolitik diese EU-Osterweiterung auf alle Fälle berücksichtigen muss. Und die Standards, die wir natürlich hier verlangen, die erforderlich sein werden, damit es für beide Seiten positiv ist.

Und diese Standards, so ist es halt, wir wissen es, dass die sehr viel Zeit noch erforderlich machen werden. Zeit, meine Damen und Herren, die wir vernünftig nutzen sollten. Und mit dieser vernünftigen Nutzung der Zeit möchte ich zum letzten Punkt kommen, von dem ich auch sage, dass er zur Regionalpolitik gehört, das ist die Frage von Temelin,

den AKWs in der Grenznahe. Meine Damen und Herren! Die beste Regionalpolitik, die höchste Förderquote in Grenznahe, aber auch in einem Bundesland nützt nichts, wenn wirklich einmal der Super-GAU in Temelin von statten geht. Weil dann ist das ganze Geld, das wir dort investiert haben, wirklich futsch. Da reicht nichts mehr aus, auch für die Zukunft nicht. Und darum soll es auch ein Teil einer vernünftigen, zukunftsorientierten Politik sein, dass man hier die Probleme beim Namen nennt. Und da sage ich natürlich, dieses AKW Temelin kann und darf nicht mehr in Betrieb gehen. Wir wollen dort unser Geld investieren in dieser Region, meine Damen und Herren, zugunsten der Bürger und wollen Regionalpolitik eben mit Herz und Hirn. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Ing. Penz.

Abg. Präs. Ing. Penz (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wofür der Niederösterreichische Landtag heute seine Zustimmung geben soll, klingt kompliziert: Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Regelungen zur partnerschaftlichen Durchführung der Regionalprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds in der Periode 2000 bis 2006. Im Klartext heißt das, dass erstmals vertraglich zwischen den föderalen Partnern unserer Republik geregelt wird, was in den ersten fünf Jahren der EU-Mitgliedschaft Österreichs funktioniert hat. Nämlich die Kofinanzierung von Projekten und Programmen zur Förderung der Regionalentwicklung in Österreich und in den neun Bundesländern.

Diese Kofinanzierung ist die Voraussetzung dafür, dass die Europäische Union aus ihren Struktur- und Entwicklungsfonds Mittel in der gleichen Höhe zur Verfügung stellt. Als Föderation hat die Republik Österreich schon lange vor dem EU-Beitritt Instrumentarien zur Förderung von Eigeninitiativen entwickelt. Seien es Initiativen von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern oder gemeinsame regionale und wirtschaftliche, touristische, kulturelle und andere Initiativen, mit dem Ziel, den Lebensstandard in einer Region zu fördern und zu heben.

Österreich und alle Bundesländer haben sich damit eigentlich schon zu einem Europa der Regionen bekannt, bevor auch die Europäische Union zögernd begann, sich dazu zu bekennen. Und letztlich gab auch das Bekenntnis zur Union, zu einem Europa der Regionen auch den Ausschlag dafür, dass in Österreich eine Mehrheit von Staatsbürgern dem EU-Beitritt zustimmte. In einem

Ausmaß, das in anderen westlichen Partnerländern eher selten erreicht wurde.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann auch nicht übergangen werden, dass Österreich als Gemeinwesen und viele seiner Bürgerinnen und Bürger seit dem Beitritt zur Europäischen Union auch eine Reihe unerfreulicher Erfahrungen mit der EU gemacht haben. Etwa die Erfahrung mit den Sanktionen, mit denen die Mehrheit der EU-Partner auf die Bildung der neuen Koalitionsregierung reagiert hat. Noch in frischer Erinnerung sind uns die Kosten, die Österreich durch die Finanzierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Rinderseuche BSE entstanden sind. Angesichts dieser Enttäuschungen, auch ungerechtfertigter Einmischungen in innerösterreichische Agenden und geradezu existenzieller Bedrohungen, die durch Fehlentwicklungen entstanden, darf es nicht wundern, dass auch in Österreich manche EU-müde geworden sind.

Der Forderung aber, die Europäische Union wieder zu verlassen, die auch laut geworden ist, oder wie gesagt wurde, wirtschaftliche Bereiche sollen wieder re-nationalisiert und von der Union abgekoppelt werden, diesen Überlegungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir eine klare Absage erteilen. Zweierlei Gründe sprechen in Österreich dagegen. Österreich könnte nicht mehr voll in der Europäischen Union mitreden. Und gerade angesichts der geplanten Strukturreform in der Europäischen Union mit den neuen Herausforderungen ist für Österreich eine Vollmitgliedschaft eigentlich unverzichtbar. Und nicht zuletzt sichert uns eine Vollmitgliedschaft auch das Recht, an der Korrektur von Fehlentwicklungen, für deren Schäden wir bereits aufkommen mussten, mitwirken zu können.

Und zweitens, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man sich auch die Frage stellen, und das in aller Ruhe: Sind wir bei den Förderungen für die Landwirtschaft und für die Regionalprogramme wirklich so schlecht gefahren? Von 1995 bis 1999 hat Niederösterreich fünf Milliarden Schilling an EU-Beitrag bezahlt. Im selben Zeitraum aber bekamen wir über die EU-Regionalförderung rund 1,7 Milliarden Schilling zurück und dazu noch 25 Milliarden Schilling für die Sicherung der Landwirtschaft. Im Klartext: Niederösterreich hatte durch den EU-Beitritt einen eindeutigen Bilanzgewinn in der Größenordnung von 21 Milliarden Schilling. Unser Bundesland nahm in der EU-Förderperiode 1995 bis 2000 an insgesamt acht Regionalprogrammen teil. Es kam in den Genuss von Förderungen von Ziel 2- und 5b-Gebieten, nahm an Gemeinschaftsinitiativen INTERREG II teil, an

LEADER, KMU, RESIDER und RETEX. Projekte mit einem Fördervolumen von 382 Millionen Euro konnten dadurch umgesetzt werden und dafür kamen 157 Millionen Euro aus den Strukturfonds der Europäischen Union. In Ziel 2- und Ziel 5b-Gebieten wurden etwa 9.000 EU-Projekte auch dank der Regionalmanagements, die heute auch von meinem Vorredner in sehr positiver Weise angesprochen wurden, umgesetzt. Und dadurch wurden in strukturschwachen Regionen unseres Landes Investitionen von rund 24 Milliarden Schilling ausgelöst. 6.213 neue Arbeitsplätze konnten geschaffen werden. Weitere rund 32.000 Arbeitsplätze wurden gesichert.

Und ich möchte an dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur unserem Landeshauptmann Dr. Pröll und dem zuständigen Regierungsmitglied Landesrat Mag. Sobotka sondern auch dem Abteilungsleiter und hier insbesondere Herrn Hofrat Dr. Schwarz und Frau Mag. Komarek an dieser Stelle ein aufrichtiges Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer also kooperiert und nicht lamentiert, wer sich den Kopf zerbricht, Ideen findet um Marktnischen zu nutzen, Marketingschienen entwickelt und Projekte in Brüssel einreicht, holt sich auch als Nettozahler aus Brüssel Geld zurück. Nicht Widerstand, sage ich in eine ganz bestimmte Richtung, sondern Verstand ist gefragt. *(Zwischenruf bei Abg. Rosenkranz.)*

Wenn Sie sich, Frau Abgeordnete Rosenkranz betroffen fühlen, freut mich das in besonderer Weise.

In der kommenden EU-Förderperiode geht es konkret um die Nutzung von 149 Millionen Euro für Ziel 2-Gebiete und 28 Millionen Euro für Übergangsbereiche, die bis zur Neustrukturierung der EU-Förderkulisse als Ziel 5b-Gebiete gefördert wurden.

Es geht vor allem aber auch um die Nutzung der von der Europäischen Kommission auf den gesamten ländlichen Raum ausgedehnten Gemeinschaftsinitiative LEADER plus. Das von der EU-Kommission für Österreich genehmigte Rahmenprogramm sieht bis 2006 rund 70 regionale Aktionsgruppen vor, von denen rund 40 in den ehemaligen Ziel 5b-Gebieten laufen werden. LEADER plus fördert vor allem Projekt-Netzwerke, die im ländlichen Raum nachhaltige regionale Synergien mit wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und sozialen Schwerpunkten fördern.

Das Fitnessprogramm, mit dem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und sein Regierungsteam Niederösterreich auf die EU-Osterweiterung vorbereiten soll, setzt eine Reihe von solchen Schwerpunkten, die zur Belebung einer ganzen Region beitragen können. Der Ausbau regionaler wirtschaftlicher Innovationszentren gehört genauso dazu wie die Nutzung des reichen kulturellen Erbes unseres Landes für den Aufbau eines sanften Tourismus, die Förderung der Veredelung hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte genauso wie der Ausbau der Nutzung von Alternativenergien aus nachwachsenden Rohstoffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist aber damit zu rechnen, dass sich in der neuen Förderperiode die regionalen EU-Förderprogramme immer mehr zugunsten der Beitrittsländer verschieben werden. Sie sollen dadurch wirtschaftlich auf die Mitgliedschaft vorbereitet werden. Die neue Vereinbarung ist somit nicht nur Ausdruck der innerösterreichischen Solidarität für die Entwicklung der eigenen Regionen, sondern auch gleichzeitig der Ausdruck der Solidarität mit den grenznahen Regionen in den Nachbarländern, die Mitglieder in der Europäischen Wirtschafts-, Werte- und Friedensgemeinschaft werden sollen, genau so wie es heute sehr treffend Abgeordneter Dirnberger gesagt hat. Mit der Solidarität aller Partnerschaften in der Union müssen aber auch jene Mitgliedsstaaten rechnen können, die als unmittelbare Ostnachbarn die Hauptlast der Erweiterung zu tragen haben. Sie brauchen die Solidarität der Gemeinschaft, damit die notwendigen Übergangsfristen und Regelungen für eine behutsame Öffnung, nicht nur der Arbeitsmärkte sondern auch vieler anderer Bereiche ebenso, die festgelegt werden müssen, mit denen auch die sozialen und wirtschaftlichen Standards für ihre Bürger gesichert werden können. Und ich glaube, Niederösterreich gibt dazu ein großartiges Beispiel. Und daher werden wir seitens der Österreichischen Volkspartei dieser Vereinbarung gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Schabl: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Schneeberger.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Wir beschließen hier bei diesem Tagesordnungspunkt Förderungsprogramme im Zusammenhang mit dem Bund, mit der EU. Und gleichzeitig

vernichten wir Arbeitsplätze. In Wahrheit passt das überhaupt nicht zusammen. Und wenn das der Schlusspunkt der Tagesordnung dieser heutigen Landtagsitzung ist, dann ist er mit einem fahlen Nachgeschmack versehen. Wir haben, wenn wir die heutigen Zeitungen lesen, Überschriften „Betrieb mit 500 Jobs blockiert“. Wir haben die Situation, dass wir über Förderkulissen streiten mit der EU. Dass wir alles machen, dass sie erweitert werden. Wir schauen, dass wir jeden Schilling lukrieren. Wir schauen, dass wir überall Investoren an Land ziehen.

Ich denke, er ist nicht da, aber er war die ganze Zeit hier, der Herr Landesrat Knotzer. Hier werden sogar Überlegungen angestellt, Aufrufe zu machen in Traiskirchen, Conti-Reifen nicht mehr zu fahren und zu kaufen, weil die überlegen, Absiedlungen durchzuführen. Und gleichzeitig haben wir einen Investor, der 300 Millionen investiert, der 500 Arbeitsplätze abgesichert, hoch qualifiziert im technologischen Bereich, wo wir relativ schwach angesiedelt sind, investieren will, platzieren will. Und das scheitert an der Engstirnigkeit lokaler Politiker beider, wenn man so will, Fraktionen. Federführend natürlich ist der Bürgermeister und das ist die SPÖ-Fraktion. Aber ich gestehe ein, ich bin sehr enttäuscht auch über meine Fraktionskollegen im Gemeinderat. Weil ich es fast als fahrlässig, sicher als verantwortungslos ansehe, dass man hier engstirnig agiert und damit für das Land und die Bürger dieses Landes etwas macht, was in Wahrheit unverzeihlich ist.

Wenn ich hier in den Raum blicke, ist wahrscheinlich jeder Abgeordnete, jeder Abgeordnete, der hier sitzt, nicht nur gierig, sondern würde alles machen, dass er in seiner Region so etwas zusammenbringt. Und daher verstehe ich zum Beispiel auch nicht die SPÖ-Landesfraktion. Lieber Kollege Sacher! Ich würde mir erwarten von dir, vielleicht machst du es jetzt nach mir, dass man sagt, meine Herrschaften, das ist ja fahrlässig. Wir rennen jedem Arbeitsplatz nach. Und hier haben wir das am goldenen Tablett serviert und sagen nein. Und jetzt unterstützt die Landes-SPÖ noch diese Haltung. Das verstehe ich überhaupt nicht. Jetzt gehe ich davon aus, meine Damen und Herren, dass man natürlich die lokale Organisation, dass man der hilft. Aber das hat Grenzen. Das kann es doch nicht sein, meine Herrschaften.

Und ich erwarte mir wirklich, dass man jetzt nicht Ausflüchte, Ausreden sucht, sondern hier sagt, das ist Landesinteresse. Und natürlich eines in gleichem Atemzug sagt: Hier geht es um eine Teststrecke für Prototypen. Das ist nicht der Österreich in Zeltweg, sondern eine Prototypen-

strecke, wo zugesagt wurde, dass alles, was lärmtechnisch möglich ist, gemacht wird. Und damit die Verträglichkeit gewährleistet ist. Was den Lärm anlangt, was die Emissionen anlangt. Das heißt, alle Rahmenbedingungen, die wir natürlich zum Schutz der Bürger verlangen, werden hier eingehalten. Es wurde versichert, dass sie eingehalten werden. Und trotzdem, Hoher Landtag, meine geschätzten Damen und Herren, gibt es ein Nein der Gemeinde, unterstützt durch eine Landesorganisation der SPÖ. *(Abg. Keusch. Das sind problematische Feststellungen!)*

Ich würde mich unheimlich freuen, Herr Kollege, ich würde mich unheimlich freuen, wenn euer Repräsentant der Landespolitik hier sagt nein, wir gehören nicht der Arbeitsplatzvernichtungsmaschine von St. Valentin an, sondern wir unterstützen diese Investition, weil wir diesem Land Gutes tun wollen. Das erwarte ich von einer verantwortungsbewussten Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und daher, Hohes Haus, stelle ich einen Resolutionsantrag *(liest:)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mag. Schneeberger zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art.15a B-VG über Regelungen zur Durchführung der EU Regionalprogramme in Österreich in der Periode 2000 – 2006, Ltg. 722/V-11/5 betreffend Betriebsansiedlung in St. Valentin.

Die Firma Magna plant in St. Valentin ein Entwicklungszentrum für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie. Damit würden S 300 Mill. investiert und 500 hochqualifizierte Arbeitsplätze in Niederösterreich geschaffen werden. Nach Plänen der Firma Magna ist damit auch eine Teststrecke für entwickelte Prototypen zwingend erforderlich.

Vor Ausführung des Projektes ist ein Gemeinderatsbeschluss über die Umwidmung der benötigten Flächen zu fassen. Dem Vernehmen nach liegt ein derartiger Beschluss noch nicht vor und beabsichtigt die Gemeinde einen solchen auch nicht zu fassen. Damit werden die Grundvoraussetzungen für das Projekt und die damit verbundenen Investitionen nicht geschaffen. Folgewirkung davon ist der Verlust von hochqualifizierten Arbeitsplätzen und dass die positiven Auswirkungen für die Gemeinde und die gesamte Region nicht eintreten werden. Daneben bedarf dieses Projekt anderer behördlicher Genehmigungen.

Im Sinne einer Regionaloffensive und der Attraktivität Niederösterreichs im internationalen Standortwettbewerb sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen um diese Betriebsansiedlung zu ermöglichen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, alles zu unternehmen, damit es rasch zu dieser Betriebsansiedelung kommen kann.“

Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Wie dramatisch die Situation ist, zeigt, dass der zuständige Landesrat in Oberösterreich sofort - und das ist in der unmittelbaren Nachbarschaft - sofort sein Interesse angemeldet hat und sofort Verhandlungen aufnimmt. Das ist der FPÖ-Klubobmann Steinkellner von Oberösterreich, der sich eingeschaltet hat und sofort mögliche heimische Standorte benennt. In meinem Kollegenkreis hat jeder gesagt, seid ihr wahnsinnig? Bei mir sofort! Ich glaube, hier ist wirklich Mut, Verantwortungsbewusstsein der SPÖ Niederösterreich gefordert. Wie ich die Kolleginnen und Kollegen einschätze, sind sie auch mit mir der Meinung, dass alles unternommen werden muss um eben Arbeitsplätze nicht nur zu halten, sondern zu schaffen. Und ich erwarte mir von der SPÖ dieses Landes, dass sie hier mit uns und nicht gegen uns sondern mit uns alles unternimmt, dass hier diese Arbeitsplätze in Niederösterreich in St. Valentin geschaffen werden. Ich ersuche daher, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich gleich feststellen: Der Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger lautet: Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, alles zu unternehmen, damit es rasch zu dieser Betriebsansiedelung kommen kann. Alle Gründe usw. möchte ich nicht bewerten. Ich sehe alles positiv. Nur eines muss ich in Auslegung der Geschäftsordnung hiezu feststellen: Ich kann den notwendigen Zusammenhang des Inhaltes dieses Resolutionsantrages mit dem Antrag des Europa-Ausschusses LtG. 722/V-11/5 nicht erkennen. Und ich werde auch über diesen Resolutionsantrag nicht abstimmen lassen. *(Beifall bei SPÖ und Grünen.)*
In Geschäftsordnungsfragen ist es besser, keinen Applaus oder so zu geben. Das sind reine formale Dinge. Herr Klubobmann Sacher ist als nächster zu Wort gemeldet.

Abg. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich bin einigermaßen überrascht, mit welcher schauspielerischer Qualität sich mein sonst halbwegs geschätzter Kollege Mag. Schneeberger hierher stellt und hier ein Theater abspult in dem Zusammenhang mit Schaffung von Arbeitsplätzen.

Und hier mit Drücken auf die Empörungsdrüsen usw., sehr geehrte Damen und Herren, jetzt pauschal den Angriff, und es war ein Angriff, er war nahe unter der Gürtellinie, lieber Kollege Mag. Schneeberger, pauschal die niederösterreichischen Sozialdemokraten als Arbeitsplatzvernichter bezeichnet. Und dagegen, Hoher Landtag, verwehren wir uns auf das Entschiedenste. Gegen Ende dieser Sitzung muss das gesagt sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn hier gesagt wird, die Sozialdemokraten in St. Valentin vernichten Arbeitsplätze, dann muss ich sagen, Arbeitsplätze kann man erst dann vernichten, wenn es sie erst einmal gegeben hat. Und von Arbeitsplätzen, die irgend jemand verspricht, kann man noch nicht von Vernichtung reden, wenn man sich in Sorge um die Entwicklung einer Gemeinde, einer Region und in Sorge um die Lebensqualität der Bürger auch Gedanken macht wie es dort weiter gehen soll, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)*

Und besonders verwundert bin ich, lieber Kollege Mag. Schneeberger, wie du hier die Einschätzung darbringst, dass wir sozusagen ein Ereignis, das gestern medial bekannt geworden ist, sozusagen auf Knopfdruck via Fernzündung fernsteuern können. Einen Gemeinderat, der von den Bürgern frei gewählt ist von einer Landeszentrale zu beeinflussen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Roth: Und das ist nicht theatralisch?)*

Etwas, was wir strikte von uns weisen müssen.

Und jetzt möchte ich nicht dich, Kollege Mag. Schneeberger als ersten ins Visier nehmen. Mich hat gestern wirklich empört, in welcher Art und Weise der Wirtschaftslandesrat des Landes Niederösterreich sich vor die Medien stellt und von sozialistischer Arbeitsplatzvernichtungspolitik spricht und einen sozialistischen Bürgermeister dafür verantwortlich macht. Ich habe hier *(zeigt Zeitungsausschnitt)* - das ist reiner Zufall, denn wir haben gegen Ende dieser Debatte, sehr geehrte Damen und Herren, nicht wissen können, dass hier noch ein, im Übrigen nicht zur Tagesordnung passender Resolutionsantrag eingebracht wird - das Informationsblatt der Stadt St. Valentin. Und hier ist auf der Seite 1 ein Bericht mit dem Titel „Gemeinderat spricht sich gegen Teststrecke aus“. Mit keinem Wort gegen die Ansiedlung von Arbeitsplätzen. *(Abg. Roth: Das hängt ja zusammen!)*
Darf ich vielleicht erwarten dass Sie zuhören? Es ist offensichtlich heute üblich geworden, dass man nur nach Überschriften schließt und nicht schaut was dahinter steht.

Stellungnahme des Gemeinderates zur geplanten Teststrecke St. Valentin. Auf Grund der außerordentlichen Gemeinderatsitzung vom 15. Mai 2001, also von gestern. Und ich darf das wörtlich verlesen: Die Stadtgemeinde St. Valentin hat sich bemüht, das ECS in St. Valentin anzusiedeln und ist weiter bestrebt, einen Ausbau des Werkes zu unterstützen um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Gemeinderat steht zum Beschluss vom 7. Juni 2000, Ausbau der alten Teststrecke bzw. Erweiterung der Teststrecke in einem vertraglichen Ausmaß. Der Gemeinderat spricht sich übereinstimmend gegen den Bau der vorgelegten Varianten einer neuen Teststrecke aus. Und die Begründung lautet: Erste Begründung: Massive Ablehnung und Proteste aus der Bevölkerung und von den Anrainern wegen der Nähe zu den Siedlungsgebieten Neu-Rubring, Herzograd und Langenhart. Zweitens: Die uneingeschränkte Benutzung des Waldes ist nicht mehr möglich. Drittens: Der Herzograder Wald ist die größte zusammenhängende Waldfläche in St. Valentin. Viertens, und das ist der entscheidende Punkt, und ich bitte Sie, jetzt genau zuzuhören: Im zonalen Raumordnungsprogramm ist der Herzograder Wald als erhaltenswerter Landschaftsteil dargestellt. Wer nun, wie der Herr Landesrat oder wie jetzt auch der Klubobmann Mag. Schneeberger durch seine öffentlichen Äußerungen verlangt, dass der Bürgermeister und der Gemeinderat sich über das Raumordnungsprogramm des Landes Niederösterreich hinwegsetzt, fordert zum Gesetzesbruch auf, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Da erübrigt sich jede Raumordnung und jede Verordnung im Land Niederösterreich wenn sich dann die maßgeblichen, die das sogar noch mitbeschlossen haben, hier hinstellen und sagen, der Bürgermeister kann sich ja ruhig darüber hinwegsetzen. *(Abg. Keusch: War ein einstimmiger Beschluss im Gemeinderat!)*

Ja, kommt schon noch.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema sollte man nicht in einer derartig polemisch demagogischen Art hier darbieten und herausfordern, dass in einer ähnlichen Art auch dann die Antwort erfolgen muss. Diese Resolution der Gemeinde geht noch weiter mit einem vierten Absatz - und das ist das Entscheidende: Der Gemeinderat spricht sich für eine neue Planungsphase aus. Diese sollte genutzt werden, gemeinsam neue Möglichkeiten unter Einbeziehung der alten Teststrecke und des Magna-Geländes zu planen. Wir sind der Ansicht, dass bei gutem Willen aller Beteiligten eine Lösung gefunden werden kann. Und ich bitte euch jetzt, Kollege Mag. Schneeberger und deine Fraktion und deinen Landesrat, nicht zu polemisieren

gegen angebliche sozialistische Arbeitsplatzvernichter, sondern mit gutem Willen zum Konsens beizutragen!

Ich füge jetzt persönlich hinzu: Es kann nicht sein, dass unter dem Druck des Kapitals des Herrn Stronach alles scheinbar so geschieht wie es ein großer Multi will. Er hat sich genauso an die Gesetze zu halten wie jeder Bauwerber in Österreich und in Niederösterreich, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und damit klar ist, dass dieser Angriff auf den sogenannten sozialistischen Bürgermeister - einen sozialdemokratischen Ehrenmann, sehr geehrte Damen und Herren - und einen Gemeinderat, der weiß was er beschließt, dass sich der gegen jemand richtet weil es Absicht ist, möchte ich die Unterschriften zitieren. Ich kann nicht alle namentlich entziffern. Unterschrieben ist diese Stellungnahme des Gemeinderates einstimmig von Bürgermeister Manfred Mießner, SPÖ. Vizebürgermeister Leopold - und der Familienname für mich unleserlich - Vizebürgermeister, ÖVP. Dann von jemand, dessen Unterschrift ich nicht lesen kann, Gemeinderat der Alternativen Liste, und jemandem, Gemeinderat der Freiheitlichen Partei Österreichs. Und alle die werden jetzt sozusagen bezichtigt, Arbeitsplatzvernichter zu sein.

Ich glaube, und nun sollten wir einen Gang zurückschalten, lieber Kollege Mag. Schneeberger, die Gemeinde St. Valentin hat nichts anderes getan als sich darauf vorzubereiten, diesen Betrieb anzusiedeln. Hat alles unternommen, um diese Ansiedlung zu ermöglichen. Der Herr Stronach und sein Konzern haben ganz genau gewusst, welche Widmung dieses Gelände, dieser Wald hat. Und sie haben nie zum Ausdruck gebracht - und ich habe mit Mießner vorgestern - zufällig - in der Landhausküche darüber reden können - dass der Erwerb dieses Waldes nie verbunden war mit der Aussage dass man dort den Wald sperren möchte und eine Teststrecke errichten möchte. Es war also sozusagen ein scheinbarweises Vorgehen. Und jetzt stellt man die Gemeinde vor vollendete Tatsachen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist der gute Wille der Gemeinde und es wird doch möglich sein, ein Gespräch zu führen und diese Ansiedlung zu ermöglichen. Aber in diesem Stil, dass man über das Fernsehen, über das Radio und dann hier im Landtag so als Draufgabe, als Schlusspunkt aggressiv die Gemeinde attackiert und alle anderen, die nicht eurer Meinung sind, das wird nicht der richtige Weg sein. Ich bitte hier um sachliche Zusammenarbeit und Konsens. Wir sind sehr wohl dafür, dass diese Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aber in einem verträglichen Maß. Und auf zwei, drei Monate früher oder später wird es nicht ankommen. Es muss eine Lösung sein, die alle mittragen, vor allem aber die betroffene Bevölkerung von St. Valentin. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. Weinzinger (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Hätte ich am Anfang der Sitzung bei einer Stadterhebung der Marktgemeinde Ebreichsdorf einen Antrag oder eine Resolution zum Thema Magna eingebracht oder hätte ich jetzt zum EU-Regionalprogramm und seiner Abwicklung in Österreich einer Resolution zur inhaltlichen Umsetzung verschiedener EU-Ansätze eingebracht, wäre mit Recht abgelehnt worden, dass sie zugelassen werden. Ich begrüße daher die Entscheidung des Präsidenten, mit gleicher Strenge auch bei anderen Parteien vorzugehen. Weil ich denke, der sachliche Zusammenhang ist tatsächlich nicht gegeben. Und ich habe ehrlich gestanden auch die gesamte Sitzung hindurch mit Interesse darauf gewartet, wo denn der medial angekündigte Antrag zu den anonymen Geburten noch Platz hat. Ich hoffe, er kommt heute dann nicht mehr bei den Regionalprogrammen.

Zur Debatte um St. Valentin darf ich vorausschicken, dass ich die Sachlage auch nur aus der Medienberichterstattung kenne. Und vor diesem Hintergrund beurteile. Aber verwundert bin ich über die Ausführungen des Herrn Klubobmann Mag. Schneeberger. Ich habe das jetzt vorher mitgeschrieben. Ich würde mich ja freuen, wenn das tatsächlich nur in einer Art der Theatralik so zugespitzt worden wäre. Aber es sind hier drei Punkte gefallen, die ich für wichtig halte, zumindest kurz zu entgegnen. Ich weiß nicht, wie es für andere Damen und Herren im Publikum ist, aber ich zähle mich sicher nicht zu den Abgeordneten, wie Herr Klubobmann Mag. Schneeberger das angesprochen hat, die alles tun würden um einen Betrieb anzusiedeln. Ich würde mich zumindest an Gesetze und an den Willen der lokalen Bevölkerung halten wenn ich eine Ansiedlung betreibe. Und ich sollte voraussetzen, dass das selbstverständlich ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das Zweite, und da haben wir im Übrigen auch die Parallele zu Ebreichsdorf, wo offensichtlich alles getan wird um die Betriebsansiedlung zu ermöglichen, obwohl rechtliche Bestimmungen manchmal entgegen stehen. Und wo ja das merkwürdige

Muster der Firma Magna immer wieder zum Durchbruch kommt, nicht nur in Niederösterreich sich ausgerechnet Gebiete auszusuchen, die unter Natur- oder Landschaftsschutzaufgaben stehen. Sie ohne tieferschürfende Auskünfte zu erwerben, dann einmal irgendwo was anzufangen. Und dann die scheinbar Taktik zu betreiben und zu tun – und das halte ich für das wirklich Infame an dieser Strategie – als ginge es nur so. Als wäre zum Beispiel beim Pferdesportpark in Ebreichsdorf das Schwenken in eine andere Achse, wie das die Naturschutzfachleute empfohlen haben, schlichtweg nicht möglich. Als wäre es vermutlich nicht möglich, diese Teststrecke nicht auch anders zu führen oder anders zu planen. Nein, genau so muss es sein. Und wenn es dann nicht geht, dann sind alle, die was kritisieren daran, Arbeitsplatzvernichter. Also das kann es ja wohl wirklich nicht sein!

Und ich sehe die Aufgabe des Landes und des Landtages nicht darin, Vollzugsgehilfe für die Firma Magna zu spielen. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Vielleicht da auch noch ein kleines Bonmot: Wer keinen Kniefall vor Stronach macht ist als Arbeitsplatzvernichter verschrien. Ich kontere jetzt und sage: Stronach kann man nur als politischen Rückgratvernichter in Niederösterreich bezeichnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein letzter Punkt, der mir wichtig ist, den ich zwar immer wieder auch gerade aus grüner Sicht für schwierig halte, aber trotzdem aufrecht erhalte als Prinzip. Wenn sich, wie in St. Valentin die Bevölkerung sehr deutlich artikuliert – es gab immerhin 2.500 Menschen, entnehme ich den Medien, die bei einer Unterschriftenaktion gegen diese Teststrecke in ihrer Führung sich artikuliert haben - und ein Gemeinderat einstimmig etwas beschließt, muss doch gerade die ÖVP, die immer wieder die Unabhängigkeit der Gemeinden und immer wieder das Prinzip in der Raumordnung vertritt, die vor Ort sollen die möglichst große Gestaltungsmöglichkeit haben, sich daran zumindest halten und das respektieren. Ich respektiere Wünsche auf Betriebsansiedlungen. Ich teile sie vielleicht nicht immer in diesem Maß, aber ich respektiere das. Und sage aber, es muss doch auch einen anderen Weg geben als den Holzhammer. Wenn es einen Gemeinderat gibt, wenn es die Bevölkerung gibt, die sagt, so wollen wir das nicht, würde ich auffordern, doch andere Wege zu suchen. Sei es in St. Valentin oder Wr. Neustadt oder wo immer. Der Kollege Friewald hat gesagt, bei uns ginge es auch. Außerdem es gibt ja wohl andere Möglichkeiten als den Stab zu brechen über Gemeinderat und Bevölkerung von St. Valentin und zu sagen, euer eigen-

bestimmtes Interesse, eure Lebensqualität ist uns „wurscht“. Der Landtag fährt einfach drüber und sagt, ihr sollt das anders machen. Das ist allein von der Vorgangsweise her etwas, was wir weder teilen oder akzeptieren wollen. Und das wollte ich heute hier auch noch gesagt haben. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Hinterholzer (ÖVP): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Europa-Ausschusses. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Europa-Ausschusses, Ltg. 722/V-11/5:)* Danke. Gegenstimmen gibt es keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen!

Über den Resolutionsantrag des Herrn Mag. Schneeberger wird nicht abgestimmt. Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir nach unserer Hausordnung, die wir hier vereinbart haben, Mobiltelefone während der Sitzung des Landtages und der Ausschusssitzungen abschalten. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 19.24 Uhr.)*